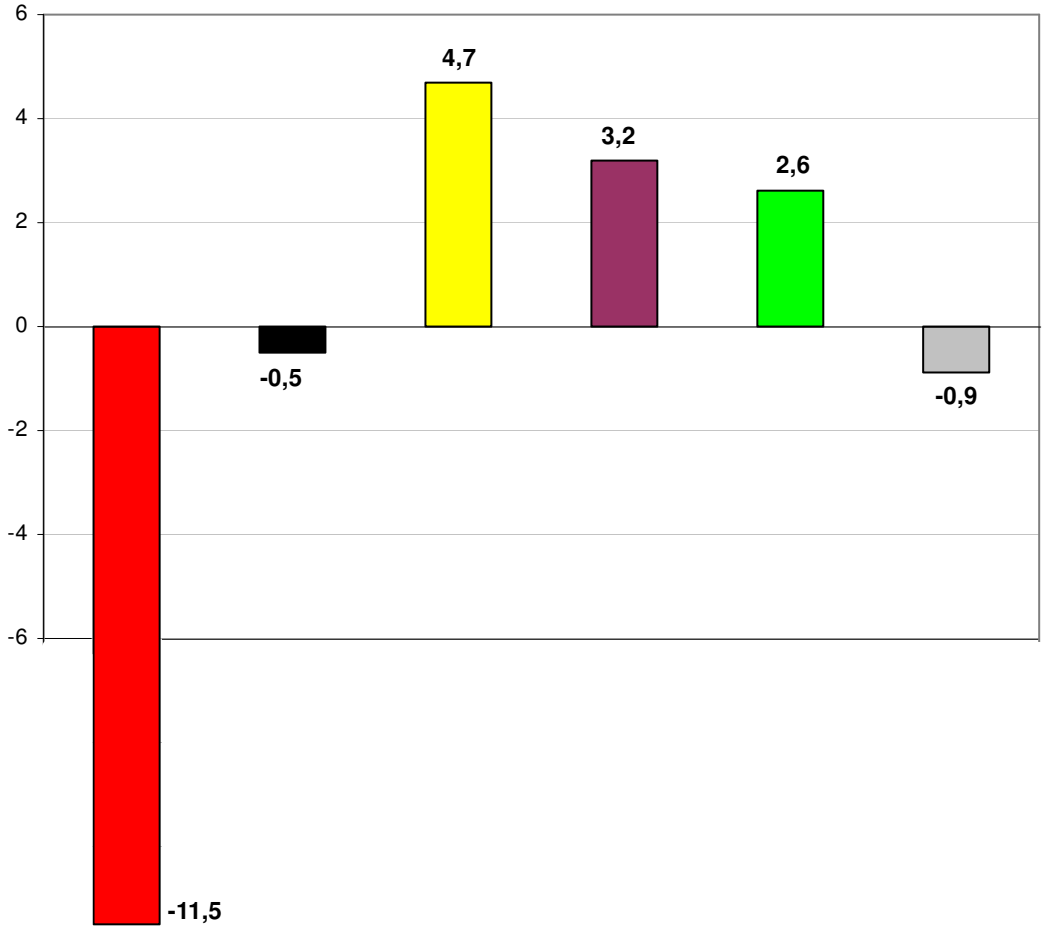
DISS-Journal

Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

18 (2009)



Aus dem Inhalt:

Kollektivsymbolik der Finanzkrise

Papst und Marktwirtschaft

Projekt Zeitungszeugen

Rezensionen zu Diskursforschung

Bologna-Prozess in der Kritik

Amok-Diskurse

Diskursforschung in Polen

Obama und Nahost

Der Kollaps der SPD, das Beben der Normalität und die neue Lage.

Jürgen Link

Um es im Kollektivsymbol des medizinischen Körpers auszudrücken: Die SPD hat einen „Kollaps“ erlitten. Wobei SPD meint: ihre Rolle als (hegemoniale) „Volkspartei der linken Mitte“ seit dem Godesberger Programm ist kollabiert. Das wiederum bedeutet die größte Denormalisierung des politischen Systems der Bundesrepublik seit Godesberg.

Fortsetzung auf Seite 2

Impressum:

Das DISS-Journal wird herausgegeben vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg
Tel.: 0203 / 20249
Fax: 0203 / 287 881
e-mail: info@diss-duisburg.de
http://www.diss-duisburg.de

Das zeigt sich daran, dass die Sieger sichtlich fast mehr über den Kollaps der SPD entsetzt sind, als sie sich über ihren Triumph freuen. Schon propagieren mehrere „Stimmen der öffentlichen Meinung“, die bis gestern noch kräftig an der Verteufelung der Linkspartei als angeblich „extremistisch“ mitgestrickt haben, darunter ein in der Wolle gefärbter neoliberaler Haudegen wie Ulrich Reitz von der WAZ, als neue Perspektive eine „Wiedervereinigung“ von SPD und Linkspartei – natürlich unter den Auspizien eines (rein symbolischen) „Linksrucks“ der Rest-SPD (von „Münte“ zu „Wowi“, Gabriel, Nahles o.ä.). Ob Lafontaine ein derartiges Ziel von Anfang an verfolgt hat und noch immer verfolgt, sei dahingestellt. Abgesehen davon, dass man einem Politiker wie Lafontaine, der bewiesen hat, dass er nicht nur um Posten und Macht pokert und der von den alten Stasi-Seilschaften der PDS wie André Brie (groteskerweise) als „linksextrem“ bekämpft wird, nicht a priori die Bereitschaft zum schwärzesten Verrat unterstellen sollte – abgesehen davon wird die Frage, ob es künftig wieder eine einheitliche hegemoniale Linke-Mitte-Volkspartei SPD geben kann, nicht in erster Linie von taktischen Kalkülen großer Männer (und Weiber) entschieden, sondern auch vom Prozess der Kapitalakkumulation und der kapitalistischen Megakrise.

Die bittere Wahrheit, die doch ein Publizist wie Reitz wissen sollte, ist: Das deutsche Kapital, das unter dem selbstauferlegten Zwang von zweistelligen Profitraten steht und keine Systemkonkurrenz mehr fürchten muss, hat kein Geld mehr übrig für „sozialen Klimbim“. Das war ja die Erkenntnis von Hombach (dem jetzigen Chef des Ulrich Reitz), Stein (meier plus brück) und Schröder mit der Agenda 2010 gewesen: Schlagartige Anhebung der Profitraten durch Zusammenstutzen der „sozialen Netze“ („Einsparung“ von Kapitalsteuern und „Arbeitgeberanteilen“) und statt dessen Aufstellen eines „sozialen Trampolins“ (Hombach 1998 in seinem Spiegel-Essay „Der Befreiungsschlag“). Und nun erstmal 2008 ff, wo das durch Hartz IV usw. „gesparte“ Sozialnetzgeld, multipliziert mit einer Größenordnung von 50, für die Rettung der zweistelligen Profitrate unserer Banken weggegangen ist! Keine Maus beißt einen Faden davon ab: Das Geld für eine hegemoniale „Sozialstaat“-SPD wie in den schönen alten Zeiten ist futsch und kommt nicht wieder.

Heute sind Forderungen, die früher harmlos bzw. einfach vernünftig waren wie „Weg mit Hartz IV“, „keine Studiengebühren“ oder „Raus aus Afghanistan“, antihegemonial. Das wissen die Stein (brück plus meier) und die „Müntes“, und das zuckt so tragisch in ihren Grimassen. Und damit ist auch der Spielraum der früheren SED-Stasi-Betonköpfe um ihren „Vordenker“ André Brie beschränkt: Sooft er auch nach Afghanistan zur Bundeswehr gereist ist: Er wird seine „neue Option“ in der Linken nicht durchsetzen können – und nach dieser Wahl wird er auch mit einem Übertritt zur SPD keinen Blumentopf mehr gewinnen können: Sämtliche Blumentöpfe der SPD liegen in Scherben.

„Das deutsche Kapital, das unter dem selbstauferlegten Zwang von zweistelligen Profitraten steht und keine Systemkonkurrenz mehr fürchten muss, hat kein Geld mehr übrig für ‚sozialen Klimbim‘.“

Vor vier Jahren schrieb ich an dieser Stelle über die Zweite Große Koalition der Bundesrepublik, dass sie systemwidrig sei, weil keine Notstandssituation vorliege. Sie müsse also das „normale“ deutsche Parteiensystem schwächen. Dieses System beruhe auf zwei großen „Volksparteien“, einer der rechten und einer der linken „Mitte“ (Normalität), zwischen denen tiefenstrukturell immer eine Große Koalition bestehe, weil sie in den hegemonialen Essentials übereinstimmten (Kapitalismus, Großindustrialismus, soziales Netz per Umverteilung, Konsens mit Gewerkschafts- und Kirchenapparaten, Westbindung, NATO) und sich auf dieser Basis in Regierung und (hegemonietreuer) Opposition abwechseln könnten. Das normale politische Spiel bestand also darin, dass die unvermeidliche Unzufriedenheit mit der jeweiligen Regierung durch die jeweilige hegemonale Zweite, die sich „in der Opposition regenerierte“, aufgefangen werden konnte. Die formelle Große Koalition war somit für wirkliche Notstandssituationen aufgespart.

Insofern war die Große Koalition von 2005 systemwidrig, weil die Zeiten damals insgesamt noch normal waren. Das hat sich aber mit der kapitalistischen Megakrise, wie sie 2008 „ausbrach“, geändert: Seitdem besteht – auch wenn das vor der Wahl völlig verdrängt wurde – tatsächlich eine Notstandssituation und damit tatsächlich die Bedingung für eine Große Koalition. In der alten Regierung waren es nur Steinbrück und Schäuble, die diese „mutige Wahrheit“ ansatzweise ausgesprochen haben. Im Wahlkampf wurde statt dessen um den verbalen Fetisch „Wachstum“ herum Normalität zelebriert.

Damit ist nun aber paradoxerweise 2009 die umgekehrte, nicht weniger systemwidrige Situation wie 2005 entstanden: „Schwarzgelb“ ist eine „normale“ Regierung der „rechten Mitte“ in nicht-normalen Zeiten (und vom System her wäre jetzt eine offen den Notstand proklamierende Große Koalition ‚richtiger‘ gewesen). Das wird sich bald erweisen, und es war an dem mimisch eigenartig verzerrten Grinsen aller Sieger am Wahlabend bereits ablesbar. Denn keine der beiden „normalen“ Hälften (Regierung rechts und Opposition links) wird lange normal funktionieren können. Die Opposition ist, wie oben erläutert, nicht länger insgesamt eine hegemoniale (was

auch die Grünen einer Zerreißprobe aussetzen wird, insbesondere was den Krieg in Afghanistan betrifft). Und die Regierung? Der Erfolg der Westerwelle-FDP verdankt sich vor allem jenen Wählern, die an die bereits erreichte Normalisierung der Krise glauben. Dazu gehört auch ein erheblicher Teil der jungen „Generation Internet“ (deren „Avantgarde“ die „Piraten“ gewählt hat). Ihnen geht es vor allem um die Verhinderung der Vorratsdatenspeicherung und ähnlicher Schäuble-Maßnahmen sowie einen radikalen „open access“.

„Natürlich ist die Situation gefährlich, weil die Opfer der Krise in Isolation gehalten und dadurch ohnmächtig gemacht werden sollen. Aber der Kollaps der SPD öffnet auch lange Zeit hegemonial versperrte diskursive Räume, in die neue, nicht-hegemoniale Diskurse jetzt hineinströmen können.“

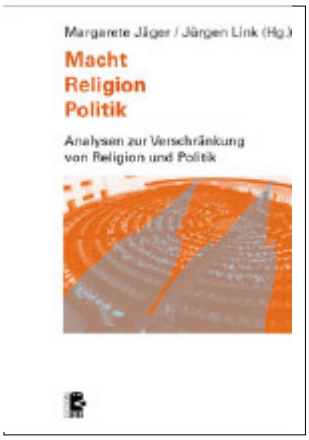
Schäuble argumentiert mit der wachsenden Terrorgefahr wegen der Eskalationspolitik der Bundeswehr in Afghanistan und damit mit dem Notstand. Das wird nicht der einzige Antagonismus zwischen Notstand und Normalität bleiben. Vor allem hat die neue Regierung auf Normalität in der Wirtschaft gesetzt: Sie klammert sich an das Wort „Wachstum“ und meint normales Wachstum damit. Des Pudels Wachstum Kern heißt aber: Wachstum der Profite und Profitraten (mindestens Erreichung hoher Profitraten) – wie soll das bei anhaltendem Einbruch der Exporte und damit sinkenden Gewinnmargen auf den Weltmärkten wegen der wachsenden Konkurrenz allein von der Politik erreicht werden? Und was, wenn die nächste Abwärtsspiralenphase der Krise mit steigender Arbeitslosigkeit beginnt? Dann muss die Agenda-Politik verstärkt werden, ohne dass eine starke hegemoniale Opposition samt Gewerkschafts- und Kirchenapparaten Flankenschutz geben kann. Wie soll Guido seine neue Klientel bei der Stange halten, ohne dass Merkel ihre verliert? Sollte die Krise also anhalten, dürfte Schwarz-gelb als „normale“ Regierung die vier Jahre nicht durchstehen können. Also sich entweder (nach einem denormalisierenden Megaereignis) als Notstands-Regierung ganz „neu aufstellen“ – was aber ohne Einbeziehung einer hegemonietreuen Opposition nicht geht – oder?

Bei Anhalten der kapitalistischen Krise werden sich also Denormalisierungen häufen: nicht nur in der Ökonomie, nicht nur in der Politik, nicht nur im Sozialen, sondern auch in Militär, Kultur und Alltag. Es werden sich auch die Kopplungen zwischen Denormalisierungen häufen. Konkret bedeutet das immer mehr „überlaufende Fässer“, Entstehungen von Antagonismen (die durch konsensuelle Kompromisse nicht mehr zu kitten sind) und eben Kollapse. Dem Kollaps der SPD werden andere Kollapse folgen – auf den verschiedensten Ebenen. Jeder einzelne Kollaps „ruft“ nicht-hegemoniale Subjekte „an“ – wie jetzt der große Kollaps der SPD. Was die Auseinandersetzung hegemonialer und nicht-hegemonialer Tendenzen in der neuen parlamentarischen „Opposition“ betrifft, so wird sie nur dann produktiv werden können, wenn starke nicht-hegemoniale außerparlamentarische Oppositionen „Druck machen“, um eine hegemoniale Sprechblase umzufunktionieren. Natürlich ist die Situation gefährlich, weil die Opfer der Krise in Isolation gehalten und dadurch ohnmächtig gemacht werden sollen. Aber der Kollaps der SPD öffnet auch lange Zeit hegemonial versperrte diskursive Räume, in die neue, nicht-hegemoniale Diskurse jetzt hineinströmen können. Und hoffentlich werden!

Gerda Heck
›Illegale Einwanderung‹
Eine umkämpfte Konstruktion in Deutschland und den USA

Edition DISS Bd. 17
ISBN 978-3-89771-746-6
280 S., 24 €

Obwohl die staatliche Seite Einwanderung mittels Kontrolle zu unterbinden versucht., produziert diese Kontrolle genau das, was sie eigentlich verhindern soll: den „illegalen Einwanderer“. Im Mittelpunkt dieser Studie stehen die verschiedenen Akteure, die in das Migrationsgeschehen und die Debatte eingreifen.



Margarete Jäger / Jürgen Link (Hg.)
Macht – Religion – Politik
Zur Renaissance religiöser Praktiken und Mentalitäten

Edition DISS Bd. 11
ISBN 3-89771-740-9
304 S., 24 €

Aus einer vorwiegend kulturwissenschaftlich orientierten Perspektive werden Aktionen und Konflikte des Machtkomplexes in Deutschland untersucht und (normalismus-)theoretisch begründet. Die Analysen beziehen sich auch auf Entwicklungen in den Niederlanden, den USA und Russland.

Kollektivsymboliken der Finanzkrise(n)

Interdiskurstheoretische Überlegungen

Rolf Parr

Wirtschaft als ‚wissensintensiver Sektor'

Gibt es einen Punkt, an dem Wirtschaftswissenschaftler, Interdiskursanalytiker und Wirtschaftssoziologen in der Bewertung der ‚großen' Finanzkrise von 2008 zusammenfinden können? Wenn überhaupt, dann ist es wohl der, dass das Finanzwesen „nicht nur global organisiert", sondern zudem auch „extrem wissensintensiv" ist.[1] Wir haben es demnach – interdiskurstheoretisch formuliert – einerseits mit einem sich aus den verschiedensten Spezialdiskursen und ihren Wissensressourcen speisendem und diese wiederum verarbeitendem Integral ‚ökonomisches Wissen' zu tun, andererseits mit dessen globaler Streuung. Hier hören die Gemeinsamkeiten dann allerdings auch schon wieder auf, denn Wirtschaftswissenschaftler sehen die Wissensintensivität des Finanzgeschehens vor allem im Input von IT-gestütztem technisch-mathemati-schem Wissen, das auf Formeln zur Risikoberechnung abzielt, wie sie – nobelpreisgekrönt – als erste Fischer Black und Myron Scholes entwickelt haben. Den Negativauswirkungen solcher Formeln in Kombination mit gebündelten und dann verbrieften Krediten geht Jakob Arnoldi von der Aarhus School of Business in seinem Essay „Alles Geld verdampft. Finanzkrise in Weltrisikogesellschaft" erfreulich kritisch nach.

Ein interdiskurstheoretischer Blick auf die Wissensintensität des Finanzgeschehens könnte demgegenüber sehr viel weiter angelegt sein und insbesondere auch jenes elementar-literarische Alltagswissen und die in ihm ausgebildeten Redeformen einbeziehen, die die verschiedenen gesellschaftlichen Praxisbereiche miteinander kurzschließen und auf dem Wege der Analogiebildung, insbesondere durch Metaphorisierung und Symbolisierung, komplexitätsreduzierendes Integralwissen bereitstellt. Solche Symbole, die kollektiv verwendet und verstanden werden können, stellen im modernen Medieninterdiskurs einen kaum wegzudenkenden diskurskonstitutiven Faktor dar. Als Tendenzgesetz lässt sich sagen: Je komplexer hinsichtlich der Fakten und der beteiligten Spezialwissensbereiche ein Thema und je kürzer die Zeit im Fernsehen und Radio, je geringer der Platz auf Internetseiten und in der Presse ist, um so eher wird in der Medienberichterstattung sowie auch in den Vorworten und einleitenden Passagen fachwissenschaftlicher Werke auf Kollektivsymbole zurückgegriffen. Kein Wunder also, dass Kollektivsymbole gerade in der Finanz- und Börsenberichterstattung zuhauf anzutreffen sind.[2]

Risiko – Krise – Katastrophe – Re-Normalisierung

Über die seit der Krise von 2008 verstärkt und zum Teil auch neu zirkulierenden Symbole[3] hinaus fällt aktuell auf, dass Politiker, Finanzexperten aber auch Medien vor allem um so etwas wie eine ‚glaubhafte' diskursive Re-Normalisierung der Situation bemüht sind. Das impliziert ein Verlaufsmodell von ‚Risiko', ‚Krise', ‚(Beinahe-)Katastrophe' und ‚Normalisierung', in dem die einzelnen Stadien oder Schritte neben dem durchgehend anzutreffenden Grundbestand an Symbolen auch eine Reihe von jeweils spezifischen Bildlichkeiten anziehen (die Phase der ‚Krise' beispielsweise das medizinische Symbol ‚Fieber', die der ‚Re-Normalisierung' Symbole wie ‚Gesundung' oder ‚Frühling'). Um das mit ein wenig Material zu belegen, hier einige Formulierungen aus der Tagespresse, wie sie zurzeit symptomatisch sind:

„Die Krise ist vorbei. Weltweit mehren sich die Anzeichen des Aufschwungs. Aber in Deutschland bleibt ein Risiko – die Banken" (Josef Joffe, in Die Zeit, Nr. 32, 30.7.2009, S. 1).

„Experten warnen davor, einen Bankenfrühling zu erwarten. Die Krise dauere an. Die Gefahr bleibe, dass Banker zu risikoreiche Geschäfte machten" (Sabine Brendel/Daniel Freudenreich, in Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 29.7.2009, S. 1).

1 Jakob Arnoldi: Alles Geld verdampft. Finanzkrise in Weltrisikogesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2009 (edition suhrkamp 2590), S. 7.

2 Siehe dazu Rolf Parr: Börse im Ersten: Kollektivsymbole im Schnittpunkt multimodaler und multikodaler Zeichenkomplexe. In: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes, Jg. 54 (2007), H. 1 („Medialitität und Sprache"), S. 54-70.

3 Das Symbolarsenal ist aufgearbeitet bei Jürgen Link: „Ein 11. September der Finanzmärkte." Die Kollektivsymbolik der Krise zwischen Apokalypse, Normalisierung und Grenzen der Sagbarkeit. In: kultuRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie, nr. 55/56 (Februar 2009), S. 10-15. – Ders.: Prognostische Szenarien zur Denormalisierungskrise Herbst 2008ff. In: ebd., S. 18-29. – Ders.: Normalismustheoretisches Wörterbuch zur Krise von 2008. In: ebd., S. 35-40. – Rolf Parr: Die Meta-Narration zum Börsencrash 2008. Diskursbastelei als Anregung für den Deutschunterricht. In: ebd., S. 16f.

„Trügerische Normalität […] Die scheinbare Normalität auf den Finanzmärkten ist trügerisch. […] Bislang haben die Staaten nur lediglich die Feuer an den Finanzmärkten gelöscht. Die Rettungsaktionen haben die Steuerzahler auch in Deutschland Milliarden gekostet. […] Denn im Notfall springt der Steuerzahler ein. Das Spiel im Casino läuft – und die Bank gewinnt immer?“ (Ulf Meinke, ebd., S. 2).

„Realistisch bleiben. Einige Konjunkturdaten sind besser, doch die Krise ist noch nicht vorbei. […] Es wird noch eine Weile dauern, bis sich die Wirtschaft erholt. […] Der Herbst wird kritisch, weil viele Firmen dann prüfen, ob sie die Kurzarbeit verlängern oder Mitarbeiter entlassen. Nur wenn die Unternehmen gut über den Winter kommen, ist eine echte Erholung in Sicht“ (Sibylle Haas, in Süddeutsche Zeitung, 13.7.2009, S. 17).

Ähnliches findet sich auch in fachwissenschaftlichen Publikationen. So spricht Arnoldi von einem „*Risiko*, das seit 2007 Realität geworden und in Form der Finanz*krise* als *Katastrophe* über die Weltgesellschaft hereingebrochen“ sei.[4]

Allen diesen Belegen gemeinsam ist ein nicht immer vollständig realisiertes Sechs-Stadien-Szenario, in dem der *erste* Schritt eine zunächst einmal positiv bewertete, wenn auch im Nachhinein völlig falsch erscheinende ‚Risikoeinschätzung‘ bildet, die dann gegenüber den intendierten ‚positiven Ergebniszielen‘ ‚angepasst‘ oder ‚korrigiert‘ werden muss (symbolisch abgekürzt heißt das dann ‚Luft aus der Blase lassen‘, bis dass man wieder ‚Boden unter den Füßen‘ hat).

Das führt im *zweiten* Schritt zu einer ‚Krise‘ (symbolisch zu ‚Bewertungslöchern‘, ‚schwächelndem Markt‘, ‚Ausbruch‘, ‚Sturmwarnung‘), wobei ‚Krise‘ konnotiert, dass analog zum medizinischen Krisenbegriff das Überstehen des ‚Höhepunktes‘, der im Börsengeschehen eine symbolische ‚Talfahrt‘ in Richtung ‚Talsohle‘ oder ‚Keller‘ ist, noch zur halbwegs vollständigen ‚Gesundung‘ führen kann.

Die ‚Krise‘ löst dann im *dritten* Entwicklungsstadium eine ‚(Beinahe-)Katastrophe‘ aus (Symbole: ‚Abwärtsspirale‘, ‚Flächenbrand‘, ‚überschwappende Flut‘, ‚Schockwelle‘, ‚Tsunami‘, ‚hochinfektiöser Vertrauensverlust‘, ‚Kernschmelze‘, ‚Lawine‘, ‚Kollaps‘, ‚Sturz ins Bodenlose‘, ‚freier Fall‘), was zumindest einige ‚bleibende Schäden‘ konnotiert.

Das macht wiederum – *vierter Schritt* – Interventionen nötig: politische wie Milliardenkredite, verstärkte Kontrollen und Teilverstaatlichungen; ethisch-moralische wie an Bankenvorstände gerichtete Bescheidenheitsappelle; spezialwissenschaftliche wie die Entwicklung verbesserter Instrumente der Risikoeinschätzung (kollektivsymbolisch z.B. ‚Rettungsschirme aufspannen‘, ‚Feuerwehrfonds aufstocken‘, ‚Therapien verordnen‘, ‚Auswüchse eindämmen‘, ‚Märkte stabilisieren‘, ‚Lage in den Griff bekommen‘, ‚neue Spielregeln aufstellen‘, ‚Notoperationen durchführen‘, ‚Notbremse ziehen‘, ‚umsteuern‘).

Diese Maßnahmen sollen, was für die aktuelle Krise noch abzuwarten bleibt, im *fünften* Schritt zur allmählichen ‚Normalisierung‘ beitragen und damit im *sechsten* Stadium zur ‚Genesung‘ des Weltfinanzsystems führen, womit ein neuer Zyklus beginnen kann: Wieder können die Instrumente der Risikoeinschätzung ungenau sein (symbolisch ‚toxisch‘[5]), wieder die Kreditvergabekriterien zu lax, wieder… usw. ad infinitum (oder bis hin zum endgültigen ‚Kollaps‘ des Systems, wie ihn Slavoj Zizek prognostiziert[6]).

Die einzelnen Schritte oder Stadien sind nun nicht nur mit spezifischen Sets von Kollektivsymbolen verknüpft, sondern auch jeweils in spezifische interdiskursive Konstellationen eingebunden, die Arnoldi, ohne als Wirtschaftsfachmann dafür eine wirklich operationale Terminologie zu besitzen, dennoch ansatzweise analytisch einzubeziehen versucht. So stellt er heraus, dass es vor der Krise eine Konstellation gegeben habe, in der ein Finanzmarktprodukt wie „Subprime-Hypotheken“ mit erhöhtem Ausfallrisiko sowie die Verbriefung von zuvor gebündelten Krediten nur schwer rein fachlich zu kritisieren gewesen seien, da Kritik an ihnen und auch den finanzmathematischen Modellen ihrer Risikoberechnung immer als undifferenzierte „Kritik am globalen Kapitalismus“ wahrgenommen worden wäre und sich daher in Fachkreisen besonders leicht als irrelevant hätte abtun lassen. Auch im Übergang vom dritten zum vierten Schritt des Szenarios habe das nicht anders ausgesehen, denn im „Verlauf der Krise“ sei „die moralische Kritik an gierigen Investmentbankern nun mit der Kritik am – möglicherweise – sachlich falschen Risikomanagement verknüpft“ worden; moralische Normen und finanztechnische Fakten würden so miteinander vermischt,[7] was es so schwer mache, die finanzmathematischen Faktoren einer genaueren fachlichen Analyse zu unterziehen. Interdiskurstheoretisch formuliert: Kritik innerhalb eines Spezialwissensbereiches war nicht möglich, da die Kritik in beiden Fällen immer schon interdiskursiv aufgeladen war. Fazit bei Arnoldi: „Die Finanzwirtschaft bewegt sich seit jeher im Spannungsfeld juristi-

4 Arnoldi: Alles Geld verdampft (s. Anm. 1), S. 7 (Hervorhebungen von R.P.).

5 So der Altmeister kollektivsymbolisch basierten Sprechens, Helmut Schmidt, im Januar 2009 in einem Artikel der „Zeit“, der sich als regelrechter Symbolfundus in Form eines fortlaufenden Katachresenmäanders präsentiert, einschließlich der oben zitierten Formulierung vom ‚hochinfektiösen Vertrauensverlust‘ (H.S.: Wie entkommen wir der Depressionsfalle? In: Die Zeit, Nr. 4, 15.1.2009, S. 19).

6 Vgl. Slavoj Zizek: Auf verlorenem Posten. Frankfurt a.M. 2009: Suhrkamp (edition suhrkamp 2562).

7 Arnoldi: Alles Geld verdampft (s. Anm. 1), S. 20.

Werbung „Blätter für deutsche und internationale Politik“

scher, religiöser und moralischer Diskurse.“[8]

Framing

Hinzu kommt für Arnoldi als ein weiterer Risikofaktor das ‚Framing‘ (Goffman), die – mit Luhmann gesprochen – Reduktion von Komplexität *innerhalb* der Modelle der Finanzmathematik. Denn jede „Risikobewertung, ob wissenschaftlich oder laienhaft, beginnt mit irgendeiner Art von Framing, das bestimmte Möglichkeiten ausschließt“.[9]

Ein solches Framing – wenn auch ganz anderer Art – stellen dann aber auch die Kollektivsymbole des mediopolitischen Interdiskurses dar, auf die in der medialen Wirtschaftsberichterstattung besonders stark zurückgegriffen wird. Auch sie wären dann als Faktor bei der Ermittlung von Werten und den mit ihnen verknüpften Risiken zu berücksichtigen, sind sie es doch, die zu einem nicht unerheblichen Teil Stimmungen, Ängste, Erwartungen und auch die subjektiven Meinungen stimulieren und nicht nur an Laien gerichtet sind, sondern gerade auch die im Finanzsystem professionell Handelnden ansprechen. So ist ein Wirtschaftsblatt wie die „Financial Times Deutschland“ nicht etwa so strukturiert, dass es in den Überschriften Kollektivsymbole für Laien und in den eigentlichen Artikeln ‚harte‘ fachliche Analysen für Experten liefert. Interdiskurselemente und insbesondere Kollektivsymbole werden vielmehr für beide Gruppen von Lesern durchgehend verwendet und häufig sogar textuell und zugleich auch noch einmal ikonografisch realisiert, und zwar meist durch gemischt repräsentativ (metonymisch)-metaphorische Symbole.

Aus solchen (Text/Bild-)Symbolen generieren sich mit der Lektüre quer durch eine oder mehrere Ausgaben die bekannten Narrative von ‚Talfahrten‘, ‚kommenden Auf- und Abschwüngen‘ und ‚kippenden Dominosteinen‘. Daher „müssten sich die Investoren“, so der von Arnoldi in diesem Zusammenhang zitierte Keynes, eher „eine Meinung über die Meinungen der Konkurrenten“ bilden, als über den tatsächlichen Wert eines Finanzprodukts. Diese Meinungen sind aber in den Kollektivsymbolen geradezu kodifiziert, sodass sie einen zumindest anteiligen Faktor bei der Regulierung der „reflexive[n] Beziehung zwischen dem Markt und den Investoren“ darstellen.[10] Ob, und wenn ja welche Symbole international übergreifend genutzt werden, welche bloß national und welche europäisch, wie ihre Kopplungen bzw. Ersetzungsmöglichkeiten untereinander genau aussehen, all das müsste in einem größeren internationalen Projekt noch erforscht werden.[11] Dabei wäre auch auf die Vernetzung der verschiedenen Krisenszenarien von Schulden über Energie, Klima bis hin zu Nahrung (dazu Abb.) und ‚Grippeviren‘ zu achten, was durch Verwendung gleicher bzw. ähnlicher Kollektivsymbole geschehen kann (bzw. durch aktual-historische Analogiebildungen vom Typ 11. September, AKWs, Giftmüll usw.).

Gerade im Moment haben wir es ja (noch?) mit der ‚Implosionskrise‘ der Weltwirtschaft und zugleich schon einer latenten ‚Explosionskrise‘ in Sachen Schweinegrippe zu tun. Die Kopplung zwischen beiden steht aus, liegt aber auf der Hand, man denke nur an die vielen Medizinsymbole, etwa den ‚hochinfektiösen Vertrauensverlust‘ im Artikel von Altbundeskanzler Helmut Schmidt.

8 Ebd., S. 71.
9 Ebd., S. 43.
10 Ebd., S. 67.
11 Ein solches Projekt, das zugleich den Graben zwischen zwei Wissenskulturen überbrückt, wird zurzeit vorbereitet.

Antisemitische Phantasmen im Internet

Jens Zimmermann

Die antisemitische Projektion, dass Juden (zuviel) Einfluss auf Politik, Ökonomie und Medien hätten, gehört zum Kern des gegenwärtigen Judenhasses. In einer Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2007 stimmten insgesamt 33% der Teilnehmer der Frage zu: „Die Juden haben auf der Welt zuviel Einfluss." Dieses Ergebnis macht nachdenklich, auch wenn es sich dabei nicht um eine repräsentative Studie handelt. Doch an Gelegenheiten, jene Facette des antisemitischen Ressentiments zu beobachten, fehlt es nicht.

In jüngster Vergangenheit war zum Beispiel der sogenannte „Madoff-Skandal"[1] ein Auslöser für latenten und offenen Antisemitismus in zahlreichen Internetforen[2]. Eine „Probebohrung" reicht aus, um idealtypische Elemente des modernisierten Antisemitismus zu Tage zu fördern.

Im online-Forum von *yahoo! online* hatte man schnell die Schuldigen für die Finanzkrise ausgemacht: „Das Finanzjudentum ist für die derzeitige Krise voll verantwortlich." Das Phantasma einer „jüdischen Verschwörung" findet sich auch in anderen Beiträgen wieder. So stellt der user *Erik der Rote* in seinem Beitrag fest: „natürlich mühselig festzustellen das er auch zum Volk der Auserwählten zählt." Rhetorisch fragt *elas*: „Ist vielleicht die amerikanische Justiz auch in den Händen des auserwählten Volkes?" Die userin *Ingeborg* weiß dies zu beantworten: „**J**ene helfen **J**enen."

Zur Ikonographie des Judenhasses gehört das Bild des „jüdischen Kapitalisten", der vor allem Nicht-Juden übervorteilt. Eine biologistische Version dieses Stereotyps präsentiert der user *Kaltduscher*: „Tja, tatsächlich schwer zu glauben, dass die Geldgier-Gen-Abhängigen nicht dem Talmud folgen und nicht nur den Gojim, sondern nun auch Geldgier-Gen abhängige Auserwählte einkochen." Als Zentrum dieser Verschwörung wird die „US-Ostküste" und die Wallstreet ausgemacht: „Ich gewinne aber immer mehr den Eindruck, das das gelobte Land an der US Ostküste liegt nicht zwischen Nahariya und Elat." Auch die Identifikation von „Juden" und Israel wird in den postings vollzogen. So gibt der user *H5N1 Asia* an, dass es doch komisch sei, dass er noch nichts von Verlusten israelischer Banken gehört habe, „wo doch die Juden an fast allen grossen (sic) Geldgeschäften beteiligt sind." Und so folgert *quetsch* innerhalb der antisemitischen Logik konsequent: „Der größte Teil des betrügerisch erreichten Kapitals liegt sowieso in Israel auf Nummer Sicher (sic)…"

Ein weiteres Strukturmerkmal des modernen Antisemitismus ist die Täter-Opfer-Umkehr. In dieser Logik sehen die user *kirov* und *Kaltduscher* auch Deutschland gefährdet: „Die Mischpoke tut alles, um in Deutschland die jetzt nach und nach auffliegenden Riesen-Betrügereien ihrer weltweit dislozierten Familienmitglieder herunterzuspielen und zu verheimlichen." Gründe für das Gelingen seien dabei vor allem „mosaische Freunde" wie Josef Ackermann und das „Zionisten-Organ" Spiegel. Das alles kulminiert im paranoiden Gesellschaftsbild: „Ist ja auch ein Stück aus dem Tollhaus, dass die hier lebenden Juden, die nur 0,1 Prozent der Bevölkerung ausmachen, aber wie Leo Kirch, Springer und andere jüdische Familien fast 99 Prozent der Printmedien (…) kontrollieren." Auffallend, aber nicht untypisch für den modernen Antisemitismus, ist die „Identifizierung" von Personen als „jüdisch", welche allerdings keine Juden sind. In der antisemitischen Logik ist dies jedoch plausibel, da „Medienmacht" als „typischer Herrschaftsbereich der Juden" imaginiert wird. Im Umkehrschluss ist dann jede Person, die sich dort verorten lässt, „jüdisch".

Eine kursorische Durchsicht von populären Internetforen (yahoo, Heise, politikforen.net) reicht aus, um bei Themen wie z. B. dem „Madoff-Skandal" auf weltanschaulichen Antisemitismus zu treffen, wie er sich seit Mitte des 18. Jahrhunderts entwickelt hat. Das Bild des „jüdischen Kapitalisten", die „jüdische Weltverschwörung" und die imaginierte „jüdische" Kontrolle der Medien, Politik und Ökonomie sowie ein wachsender Hass auf Israel gehören zum Inventar des offenen, modernen Judenhasses, der sich in der Anonymität von Internetforen bestens ausleben lässt. Dass es „nur" in Internetforen passiert, kann kein Trost sein, handelt es sich beim Netz doch um die Informationstechnologie der Zukunft und damit auch jener der Kommunikation von Ressentiments.

---

1 Ende 2008 wurde bekannt, dass der US-amerikanische Börsen- und Finanzmakler Bernard Madoff mit Hilfe eines Investmentfonds insgesamt über 65 Milliarden Dollar veruntreut hatte. Juni 2009 wurde er zu 150 Jahren Haft verurteilt. Der „Madoff-Skandal" gilt als einer der größten Fälle von Wirtschaftskriminalität weltweit. In den Medien wurde vor allem auf Madoffs jüdische Herkunft verwiesen.

2 Ich verweise in diesem Artikel auf die Diskussionsseiten von *yahoo! online*, *politkforen.net* und *heise.de*. Folgend werde ich den link zu den threads angeben. http://de.news.yahoo.com/blog/allgemein/beitrag/18177/ (23.10.09) http://www.politikforen.net/showthread.php?s=fa77ed97d1598130bc9339e8e88ce70d&t=71505 (23.10.09) http://www.heise.de/newsticker/foren/S-Finanzkrise-soll-Flut-von-antisemitischen-Kommentaren-in-Internetforen-verursacht-haben/forum-145056/list/ (23.10.09) Die konkreten Belegstellen können bei mir angefragt werden.

Der alte Himmel und die alte Erde

Die Enzyklika *Caritas in Veritate* empfiehlt die Marktwirtschaft und das gemütliche Jenseits

Jobst Paul

Die Tradition

Während in gesellschaftspolitischen Debatten gern auf die ‚katholische Soziallehre' als Institution des Katholizismus verwiesen wird, meint Erzbischof Giampaolo Crepaldi [1] als Sekretär des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden, dass „die Sozialethik nicht als Teil der kirchlichen Tradition" gelte.[2] Im Januar 2009 und mit Blick auf eine neue Sozial-Enzyklika von Papst Benedikt XVI. erinnerte Crepaldi daran, dass das Lehramt in der Vergangenheit nur zögernd, bzw. mit Verzögerung sozialethische Verantwortung übernommen hätte. Eine ‚Tradition' der katholischen Soziallehre gebe es erst seit der Enzyklika Rerum Novarum aus dem Jahr 1891, in der Papst Leo XIII. auf die industrielle Revolution reagierte – nachdem diese schon über ein halbes Jahrhundert lang die europäischen Gesellschaften erschüttert hatte: Anstoß waren die Predigten (1848/1849) des Wilhelm Emmanuel von Ketteler gewesen, die 1849 unter dem Titel „Die großen sozialen Fragen der Gegenwart" erschienen waren.

Dennoch bedurfte es nach 1891 weiterer Jahrzehnte, bis die Enzyklika Populorum Progressio von Paul VI. (1967) auf die Weltgesellschaft insgesamt Bezug nahm. Der Text, der untrennbar mit dem II. Vatikanischen Konzil verknüpft ist, forderte einen Ausgleich zwischen Nord und Süd und zwischen Arm und Reich und klagte die Bringschuld der westlichen Kolonialmächte ein. Entsprechend sollte Caritas in Veritate, die neue Sozial-Enzyklika von Papst Benedikt XVI., im Jahr 2007 zum 40. Jahrestag von Populorum Progressio herauskommen. Doch sorgte die Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise für unvorhergesehenen, neuen Stoff und damit für eine Überarbeitung des Textes: Erst im Juni 2009 unterzeichnete Benedikt XVI. das nun auf über 100 Druckseiten angewachsene Dokument.

Fragt man, warum das katholische Lehramt in seiner Geschichte so lang zur existenziellen Frage der Menschheit nach ihrem weltlichen Weg schwieg, stößt man zunächst auf den christlich-theologischen Primat von transzendenten Glaubensaussagen, denen weit mehr Gewicht zukommen soll als der ‚irdischen' Frage nach Gut und Böse. Sogar ein protestantischer Theologe meinte kürzlich: „Unser Glaube und die Kirche und alles, was wir damit verbinden, ist eine halbe Sache und ist im Grunde auf dem Holzweg, wenn wir sie nur innerweltlich (…) verstehen. Wenn die Transzendenz fehlt, wenn der Blick auf den Himmel fehlt, auch der naive Glaube des Menschen an ein Leben nach dem Tod, wenn wir das aufgeben, können wir die Kirche schließen."[3] Und noch in seiner Regensburger Rede vom 12. September 2006 hatte Benedikt XVI. vor der bloßen Auffassung Jesus' als „Vater einer menschenfreundlichen moralischen Botschaft". Damit würde man nämlich „den Kult zugunsten der Moral" verabschieden und den „Glauben an die Gottheit Christi und die Dreieinheit Gottes" in Gefahr bringen.[4]

Man könnte diese Herabstufung der ethischen Reflexion, die auch vor dem eigenen Religionsstifter als Juden nicht Halt macht, als theologisches Kuriosum ignorieren, steckte darin nicht zugleich ein religionsgeschichtliches Skandalon mit katastrophalen Folgen. Denn der abwertende Blick auf die ‚bloße' Ethik, d.h. auf die reiche rechtliche und sozialethische Erfahrung des Alten Testaments zielte auf das Judentum. Mit dem Übergehen und der Übertrumpfung der jüdischen Ethik[5] verbaute sich die Amtskirche aber nachhaltig den Anschluss an die Grundlegung der eigenen Werte, verlernte den Umgang mit sozialethischen Prinzipien – und trat die gewaltsame Geschichte der Judenfeindschaft los. An diese und anderen Dimensionen der ‚Wahrheit' erinnerte auch Robert Leicht:

„Wenn es ohne den Glauben an die kirchliche Lehre keine „ganzheitliche Entwicklung des Menschen", ja des Menschengeschlechts geben soll, wie kann es dann angehen, dass die Kirche in ihrer Geschichte so oft gegen den Geist der Wahrheit und der Liebe gehandelt hat, von den Zwangsbekehrungen über die Kreuzzüge, die Inquisition und die religiösen Bürgerkriege bis zu der Kollaboration mit fragwürdigsten Machthabern und Eliten in der jüngsten Vergangenheit?"[6]

Offenbar besteht ein Zusammenhang zwischen der kirchlichen Anlehnung an die Herrschaft und die Ideologien nationalistischer und totalitärer Regime und ihrer langen sozialethischen Abstinenz: Als Teilhaber daran musste sie die Unteilbarkeit der menschlichen Gleichheit und der Gerechtigkeit bestreiten, was sie auch ausgiebig tat. Mit der Enzyklika Rerum Novarum (1891) begab sie sich auf den offenbar mühsamen Weg, diese Prinzipien wieder buchstabieren und umsetzen zu lernen, vorläufig nur hinsichtlich des Verhältnisses von Kapital und Arbeit. Erst mit Populorum Progressio (1967) legte sie sich auf die globale Geltung[7] von Freiheits-[8] und Grundrechten (A. 31) und von verlässlichen Rechtsordnungen (A. 78) als Voraussetzung sozialethischer Maximen fest.

Die ‚Menschheit'

Unter Rückgriff auf Populorum Progressio (A. 10-20) wird diese Festlegung in Caritas in Veritate (2009) zum Leitmotiv, wobei die 79 Abschnitte des Dokuments einen emphatischen Kern in den Mittelpunkt rücken. Inmitten der Anrufung von ‚Freiheit', ‚Recht' und ‚Gerechtigkeit' (auch ‚Demokratie') wird 25 Male die Kernvorstellung der „Menschheit" hervorgehoben und in weitere Varianten gekleidet: seien es (70fach) die „Völker", (30fach) die „Nationen" und „Kulturen", die Völker als „menschliche Familie" (A. 73), oder sei es die „Familie" der Völker (A. 13, 53, 57), die „Familie der Nationen" (A. 67), die „Gemeinschaft der Völker und der Nationen" (A. 7), die „Gemeinschaft der menschlichen Familie" (A. 73), „die ganze menschliche Familie" (A. 79), die „Menschheitsfamilie" (A. 7, 32, 42, 50, 53, 54) oder die „brüderliche Gemeinschaft" der Menschheit (34).
Weitere Formeln wie „universales Gemeinwohl" (A. 76), die „universale Gemeinschaft" (A. 35, 55, 59) oder die „universale Ebene" (A. 59) wecken die Erwartung, die große Gestik würde inhaltlich in Richtung eines Universalismus der Werte präzisiert. Die Erwartung wird verstärkt durch eine intensive Metaphorik des ‚Weges' (25 Male), auf dem sich die Menschheit befände. Über 250 Male wird die „Entwicklung" beschworen, die sie soeben durchmache.
Stattdessen löst die Enzyklika die große Geste nur durch die eher profane Begrifflichkeit der (ökonomischen) „Globalisierung" (25 Male) ein: Erwähnt werden daneben die „zunehmend globalisierte Gesellschaft' (A. 19), der „globale Rahmen" (A. 64), „eine globale Neuplanung der Entwicklung" (A. 23), der „global gewordene Markt" (A. 25), die „globalisierte Wirtschaft" (A. 37), die „Ausrichtung des globalen Integrationsprozesses" (A. 42), globale Verantwortung (A. 50), „die Frage nach einem globalen Gemeingut" (A. 57), die „globalen Wirtschaftskreisläufe" (A. 47), und die „Mechanismen der globalisierten technologischen Zivilisation" (A. 59). Diese Alltagsformeln lassen die unvergleichliche Intensität, mit der die Enzyklika (durchschnittlich sechsmal pro Abschnitt) an die Idee der ‚einen Welt' appelliert, als aufgesetztes Pathos erscheinen.
Und auch die spirituelle Ergänzung, die Benedikt XVI. im Verlauf des Textes immer wieder fordert, erweist sich nicht als Beitrag zur kritischen Analyse der „Globalisierung" oder von Akteuren, Zielen und Methoden. Denn hinter dem ‚echten', ‚neuen', ‚wahren', ‚christlichen', sich dem ‚Absoluten' öffnenden, kurz: ganzheitlichen (25 Nennungen) „Humanismus" (A. 16, 18, 19, 78), den der Papst unter Rückgriff auf Populorum Progressio zum Leitbild erhebt, verbirgt sich das genaue Gegenteil von sozialethischen Handlungsmaximen, nämlich die „metaphysische Interpretation des humanum" (A. 55), bzw. die erneute Forderung, über der ‚irdischen' Ethik, der Willensfreiheit und der individuellen Verantwortung nicht das Wichtigste, das Jenseits, zu vergessen. Nur „Metaphysik und Theologie" könnten „die transzenden-

Papst Leo XIII.

Die bisherigen Lehrschreiben zur Sozialethik

Leo XIII. (1891): Rerum novarum (zur industriellen Revolution / zur sozialen Frage des 19. Jahrhunderts)

Pius XI. (1931): Quadragesimo anno (umstrittene Thesen zur Weltwirtschaftskrise)

Johannes XXIII. (1961): Mater et Magistra (praktische sozialpolitische Maßnahmen)

Johannes XXIII. (1963): Pacem in Terris (Atomare Bedrohung, Kalter Krieg, Grundrechte, Menschheit)

Pastoralkonstitution/Zweites Vatikanum (1965): Gaudium et spes: (Öffnung der Kirche, Grundrechte, Bewegungen von unten)

Paul VI. (1967): Populorum progressio (Ausgleich zwischen Nord/Süd, Arm/Reich)

Johannes Paul II. (1981): Laborem exercens (90 Jahre Rerum novarum, zu Begriff und Praxis der menschlichen Arbeit)

Johannes Paul II. (1987): Sollicitudo rei socialis (20 Jahre Populorum progressio, Analyse der ‚Unterentwicklung')

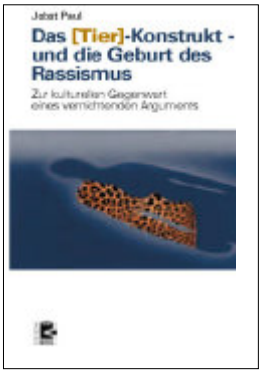
Johannes Paul II. (1991): Centesimus annus (100 Jahre Rerum novarum, Zusammenbruch des Sozialismus)

Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden (2004): Kompendium der Soziallehre der Kirche (Zusammenfassung zentraler Passagen zur Soziallehre, insbesondere von Johannes Paul II.)

Klaus Holz / Heiko Kauffmann / Jobst Paul (Hg.)
Die Verneinung des Judentums
Antisemitismus als religiöse und säkulare Waffe

Edition DISS Bd. 22
ISBN 978-3-89771-751-0
184 S., 22 €

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus. Einen Schwerpunkt bildet die jüdische Perspektive auf das Phänomen des Antisemitismus und auf ihr Gegenprogramm der gerechten Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund wird die Flüchtlingspolitik der Gegenwart betrachtet. Dies geschieht anlässlich des 70. Jahrestages der Konferenz von Evian und deren Umgang mit jüdischen Flüchtlingen (1938).



Jobst Paul
Das ›Tier‹-Konstrukt – und die Geburt des Rassismus
Zur kulturellen Gegenwart eines vernichtenden Arguments

Edition DISS Bd. 2
ISBN 3-89771-731-4
400 S., 24 €

Die Studie ermittelt das Konstrukt vom ›Tier‹ als destruktives und zugleich widersprüchliches Stereotyp der westlichen Bildung. Alltag, Philosophie und Wissenschaft bedienen sich darin seit Jahrhunderten – und heute medial – eines gemeinsamen Codes, der Ausgrenzung und Ungleichheit rechtfertigt.

---

te Würde des Menschen“ herstellen, nicht die Sozialwissenschaften allein (A. 53).
Wie allerdings der ‚echte ganzheitliche Humanismus’, auf die Menschheit insgesamt bezogen, sozialethisch eingelöst und beglaubigt werden könnte, lässt die Enzyklika offen. Es muss tiefe Zweifel an einer tiefer gehenden sozialethischen Motivation der Kirche wecken, wenn der Text sich stattdessen gerade an dieser Stelle in politischen Populismus (und Utopismus) flüchtet. Wer die nachfolgenden Forderungen in die Wege leiten, wer die imaginierten Machtpositionen einnehmen und wer sie kontrollieren soll, und ob sie eher im Sinne des Hobbes’schen Leviathan und einer irgendwie aus dem Off wirkenden göttlichen Transzendenz verstanden werden sollen, scheint dem Papst gleichgültig zu sein:

„Um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, (…) um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, sowie Ernährungssicherheit und Frieden zu verwirklichen, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren, ist das Vorhandensein einer echten politischen Weltautorität (…) dringend nötig. Eine solche Autorität muß sich dem Recht unterordnen, (…) sich für die Verwirklichung einer echten ganzheitlichen menschlichen Entwicklung einsetzen, (…) von allen anerkannt sein, über wirksame Macht verfügen, (…) die Befugnis besitzen, (…) getroffenen abgestimmten Maßnahmen Beachtung zu verschaffen.“ (Absch. 67)
Passagen wie diese weckten bei Kommentatoren in der Tat Zweifel, ob „sich Papst Benedikt bei der Erarbeitung des Schreibens von einer aktuellen sozialen oder internationalen Problemlage herausfordern lässt, zur Lösung eines schwelenden Konflikts beitragen oder sich an der Beseitigung einer himmelschreienden Ungerechtigkeit beteiligen möchte.“[9] Dass diese Passage dennoch so „viel spontanen Beifall aus verschiedensten Richtungen“ auslöste, führte Hermann Steinkamp auf die darin demonstrierte „politische Äquidistanz zu allen politischen Positionen“ zurück[10]. Doch auch wenn man die Enzyklika als Kamingespräch eines Unpolitischen versteht, hält sie sich an alte politische Gewohnheiten. Jörg Eigendorf[11] bezeichnete es als „äußerst fragwürdig“, wenn das katholische Lehramt zwar eine alles erschütternde Wertekrise ‚von unten’ diagnostiziere, die Werte aber wie gehabt von oben, von der „Staatshand“’ kurieren lassen wolle.
Eigendorfs Alternativvorschlag geht dahin, die Kirche solle stattdessen mit der Wertedebatte „in den Dialog mit vielen Managern“ treten. Ob die Kirche allerdings etwas Instruktives sagen könnte, muss bezweifelt werden: An anderer Stelle erinnert Benedikt XVI. nämlich an ‚anthropologische’ Hindernisse gegen eine willentliche moralische Umkehr: Bei der Interpretation der sozialen Gegebenheiten und beim Aufbau der Gesellschaft, d.h. auch dort, wo die Wirtschaft Autonomie fordere und moralische „Beeinflussung“ zurückweise, müsse stets „die Erbsünde“ beachtet werden, so die „Weisheit der Kirche“. Die „schädlichen Auswirkungen“ der „Ursünde“ zeigten sich übrigens grundsätzlich dort, wo die Überzeugung vorherrsche, man könne „das in der Geschichte gegenwärtige Übel allein durch das eigene Handeln überwinden“, und wo man „das Glück“ in Formen „des sozialen Engagements“ erblicke (alle A. 34).
So verwundert es nicht, dass die Enzyklika noch einmal das „Denken und Wollen“, d. h. konkrete Überlegungen zur Sozial- und Wirtschaftsethik, zugunsten einer passiven Glaubenshaltung zurückweist. Die Wahrheit komme „nicht aus Denken und Wollen, sondern übermächtigt gleichsam den Menschen“. Die Wahrheit werde „nicht von uns erzeugt, sondern immer gefunden, oder besser, empfangen.“ (A. 34) Die „ganzheitliche Entwicklung des Menschen“ auf Erden sei nur ein Echo „auf eine Berufung durch den Schöpfergott“. Sie kön-

ne nur in einem „Humanismus jenseitiger … Art“ verwirklicht werden. (A. 18)
Vor diesem Hintergrund können freilich alle auf Gerechtigkeit pochenden Ansätze und Analysen, kann alles Sich-Einlassen auf Wirklichkeit und Geschichte zur Klasse der „Messianismen“ geschlagen werden, die für Benedikt XVI., da sie das Hier und Jetzt im Auge haben, „auf die Leugnung der transzendenten Dimension der Entwicklung“ gründen und sich damit disqualifizieren. (A. 17) Damit aber geht der Enzyklika selbst der Ort abhanden, von dem aus sozialethisch überhaupt agiert werden könnte. Dass der Papst damit eine höchstpolitische Position bezieht, zeigt sich dann im „Kleingedruckten“ des Textes.

Sozialethische shopping list

Die mühsame Extraktion eines „Deutungsrahmens“ aus dem Lehrschreibens kann nicht verbergen, was bereits im März 2007 Bischof Giampaolo Crepaldi, Sekretär des Päpstlichen Rats für Gerechtigkeit und Frieden, beklagte, nämlich „das Unvermögen der Kirche, ihre Soziallehre in einer systematischen und zusammenhängenden Weise zu vertreten“ [12]: In neuerer Zeit hat sich die Kirche wohl kein vergleichbar chaotisches und redundantes Dokument erlaubt. Dies wurde in der englisch- wie deutschsprachigen Rezeption gleichermaßen hervorgehoben.
Die Enzyklika sei ein Fabel-, bzw. Schnabeltier („a duck-billed platypus“)[13], eine „Einkaufsliste“[14], „thematisch überladen“ [15], ein „schwacher Aufguss“ von bereits Gesagtem[16], ein „Trauerspiel“[17], bzw. ein Mischmasch von Inhalten[18] und verschlungenen Gedankengängen[19] oder kurz: ein „Schrottpapier“ (Friedhelm Hengsbach).[20] Besonders eklatant erscheint, dass das Papier zwar beteuert, die Kirche könne keine „technischen Lösungen“ (A. 9) anbieten, aber zugleich eine „schier unerschöpfliche Palette der Vor- und Ratschläge“ ausbreitet, so dass man „vor lauter Bäumen … den Wald „Globalisierung“ nicht mehr“ sieht[21]. Benedikt XVI. plaudert belehrend über „Detailfragen heutiger Unternehmensethik“, über „die Macht der Konsumentenverbände, wünschenswerte Familiengrößen usw. bis zu ethischer Kreditpraxis und Mikrofinanzierung“[22]. Die BILD-Zeitung meinte sogar, im „Kleingedruckten“ eine „revolutionäre Steuerreform“ entdeckt zu haben[23], und während Klimawandel oder mögliche Wasser- und Rohstoffkonflikte unerwähnt bleiben[24], wartet die Enzyklika mit einer überraschenden Lösung der derzeitigen Krise auf.
Dazu betont der Text zunächst die Wichtigkeit der distributiven Gerechtigkeit für die Marktwirtschaft selbst: „Ohne solidarische und von gegenseitigem Vertrauen geprägte Handlungsweisen in seinem Inneren kann der Markt die ihm eigene wirtschaftliche Funktion nicht vollkommen erfüllen.“ Das jetzt verloren gegangene Vertrauen sei „ein schwerer Verlust.“ (A. 35) Kritisiert wird insbesondere die Trennung zwischen der Wirtschaftstätigkeit, die Reichtum schaffen soll, und der Politik, die für die distributive Gerechtigkeit zuständig sein soll. (A. 36) Aber hier bricht die institutionelle Kritik schon ab: Letztlich sei nicht der Markt und seine Mittel, sondern „die verblendete Vernunft der Menschen“ für Fehlentwicklungen verantwortlich. Daher müsse sich der Appell zugunsten eines Ethos der ‚Unentgeltlichkeit’ „nicht an das Mittel, sondern an den Menschen richten, an sein moralisches Gewissen und an seine persönliche und soziale Verantwortung.“ (A. 36)
Um nun zu ihrer erstaunlichen Lösung der gegenwärtigen Krise zu kommen, erinnert sie – wieder von der institutionellen Ebene her – daran, dass neben Staat und Wirtschaft auch die „Zivilgesellschaft“ als Marktteilnehmer in Frage komme. Wären nun vermehrt zivilgesellschaftliche „Produktionsverbände“ mit sozialen Zielen auf dem Markt tätig, so würde ihr „Zusammentreffen“ mit anderen eine „Art Kreuzung und Vermischung der unternehmerischen Verhaltensweisen“ bewirken, und als Folge würde dann gewiss „spürbar auf eine Zivilisierung der Wirtschaft geachtet“. (A. 38)
Nun fordert der Papst aber – wie einschlägige Lehrbücher des liberalen Wirtschaftens – aber zugleich einen Markt, „auf dem Unternehmen mit unterschiedlichen Betriebszielen frei und unter gleichen Bedingungen“, d.h. eben unter ‚Marktbedingungen’, agieren. Auch ‚soziale’ „Produktionsverbände“ würden daher nicht auf Gewinn verzichten, ihn aber nicht als Selbstzweck betrachten. Ausdrücklich fügt Papst hinzu, dass diese spektakuläre Idee ein Beispiel für das Prinzip „Liebe in der Wahrheit“ (Caritas in veritate) sei. (alle Zitate A. 38)
So scheint es nur konsequent, wenn die Enzyklika die noch von Paul VI. formulierte „Option für die Armen“ fallen lässt und nun auch noch die globale ‚Armut’ marktwirtschaftlich interpretiert. Die „angemessen geplanten und ausgeführten“ Globalisierungsprozesse ermöglichten nämlich „eine noch nie dagewesene große Neuverteilung des Reichtums“. Nur wenn diese Prozesse „schlecht geführt“ würden, könne es „zu einer Zunahme der Armut und der Ungleichheit führen“. (A. 42)
Schon zuvor hatte der Papst auf Populorum progressio verwiesen, wonach „allgemein verbreitete gerechte Handlungsweisen für das Wirtschaftssystem selbst einen Vorteil darstellen, da die reichen Länder die ersten Nutznießer des wirtschaftlichen Aufschwungs der armen Länder sind.“ – „Die Armen dürfen nicht als eine ‚Last angesehen werden, sondern als eine Ressource, auch unter streng wirtschaftlichem Gesichtspunkt“ – meint Benedikt XVI. Zwar sei die Marktwirtschaft nicht „strukturell auf eine Quote von Armut und Unterentwicklung angewiesen“, es sei aber „im Interesse des Marktes, Emanzipierung zu fördern.“ (A. 37)
Vor diesem marktwirtschaftlichen Hintergrund überrascht nun doch, dass das Papier den Schlüssel zur einen Weltgemeinschaft in der Ausbildung inniger zwischenmenschlicher ‚Beziehungen’ sieht. Ebenso nämlich, wie der Mensch sich zum Nächsten, d.h. „in den zwischenmenschlichen Beziehungen“ verwirkliche, so sei es auch in der Beziehung zwischen den Völkern. Die Kirche habe dafür – so verblüfft Benedikt XVI. den Leser – eine ganz besondere Kompetenz: In „der Beziehung der Personen der Dreifaltigkeit in dem einen

Göttlichen Wesen“ finde das Gemeinte nämlich „eine klare Erhellung“ … (A. 54)

Resümee

In der Tatsache, dass es sich der Papst erlaubt, angesichts dramatischer ökonomischer wie ökologischer Szenarien „theoretisch am Schreibtisch“, gleichsam „aus der Perspektive eines wohlwollenden Beobachters“ [25] und über den gesellschaftlichen Konflikten und Widersprüchen (Norbert Nette) über „das Panorama der Welt“ zu plaudern, kann man die „Grenzen dieses unpolitischen Papstes“[26] sehen. Doch sollte die taktische Funktion der vermeintlichen „Unschuld“[27] und ihre restaurative Energie nicht übersehen werden.

So bietet die Enzyklika eine Fülle wohlfeiler politischer Ratschläge. Da ihnen aber von vornherein die theologische Legitimation ebenso wie der politische Ort der Realisierbarkeit verwehrt wird, bleiben sie Spielmaterial, das den wenig ansehnlichen Kern des Textes, die Unterfütterung neoliberaler Marktprinzipien mit dem Dogma der Kirche, nur dürftig verdecken kann. Mit Recht meint der Befreiungstheologe Leonardo Boff, dessen Doktorvater einst Joseph Ratzinger war, der Text arbeite „der funktionalen Ideologie der herrschenden Gesellschaft zu“ und bewege sich in einem Diskurs, „der das herrschende System reproduziert, das alle leiden macht, besonders die Armen.“

Wie den G20-Gipfeln[28] ginge es dem Papier um „Berichtigungen statt Veränderungen, Verbesserungen statt Paradigmenwechsel, Reform statt Befreiung“, um „Korrektur“ statt „Bekehrung“. Benedikt XVI. lege „keinen Wert auf den neuen Himmel und die neue Erde, die durch menschliche Praxis antizipiert werden können“. Er kenne allein das „dekadente“, „unhaltbare Leben“ und das Jenseits:

„Indem er nicht vom symbolischen Kapital der Transformation und der Hoffnung, die in der christlichen Botschaft enthalten ist, ausgeht, verpasst er eine große Gelegenheit, sich in einem dramatischen Moment der Geschichte an die Menschheit zu wenden. (…) Er rückt so von der großen biblischen Botschaft, ihren revolutionären politischen Konsequenzen und ihrer Behauptung ab, dass die endgültige Utopie des Reiches der Gerechtigkeit, der Liebe und der Freiheit nur wirklich sein wird in dem Maße, wie sie diese Güter unter uns, in den Grenzen von Raum und Zeit, gestaltet und vorwegnimmt.“

Eine andere Hypothek kommt hinzu: Nachdem das Lehramt seit einem Jahrhundert die ‚katholische Soziallehre’ zunehmend mit Gewicht versehen hat, wird diese von der jetzigen Enzyklika jeder Ernsthaftigkeit beraubt und ins Abseits gelenkt. Von dort wird sie nur ohne Benedikt XVI., dann vielleicht aber mit großer Wucht auf die Bühne zurückkehren.

1 Seit Juli 2009.
2 Crepaldi, Giampaolo, *Awaiting the new Encyclical of Benedict XVI*. In: International Observatory Cardinal Van Thuân (http://www.vanthuanobservatory.org) vom 21. Januar 2009.
3 Pastor Andreas Müller, Marienstift Arnstadt. NDR Info vom 26. September 2009.
4 Vgl. Paul, Jobst, *Die katholische Kirche auf dem Weg zur ‚robusten Ökumene’?* In: Schneiders, T. G. (Hg.) Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwinden. Wiesbaden : VS Verlag 2009, S. 398.
5 Paul, Jobst, *Die christliche Übertrumpfung des Judentums als Paradigma der Ausgrenzung.* In: Holz, K., Kauffmann, H.; Paul, J. (Hrg.) Die Verneinung des Judentums. Antisemitismus als religiöse und säkulare Waffe. Münster : Unrast 2009, S. 46-65.
6 Leicht, Robert, *Wahrheitsliebe. Mehr Selbstkritik hätte der neuen Enzyklika des Papstes gutgetan*. In: Die Zeit Nr. 29 / 9.07.2009.
7 Caritas in Veritate (= CiV), A. 39: „Damit dehnte er [Paul VI.] die Forderungen und Ziele der Enzyklika *Rerum novarum* auf eine universale Ebene aus.“
8 „Und der Mensch ist nur in dem Maß wahrer Mensch, als er (…) selbst der Meister seines Fortschritts ist, in Übereinstimmung mit seiner Natur … „ (A. 34).
9 Emunds, Bernhard, *Kein großer Wurf. Kommentar zur Enzyklika Caritas in Veritate*. In: *Oswald von Nell-Breuning Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik* vom 7. Juli 2009 [http://www.sankt-georgen.de].
10 Steinkamp, Hermann, *Vor lauter Bäumen sieht man den Wald „Globalisierung“ nicht mehr*. In: Institut für Theologie und Politik (Münster) 11. Juli 2009 [http://www.itpol.de/].
11 Eigendorf, Jörg, *Papst Benedikt XVI. traut dem Staat zu viel zu*. In: Die Welt (online) vom 7. Juli 2009 [http://www.welt.de].
12 Crepaldi, Giampaolo, *Three Catholic weaknesses*. In: *Catholic Insight* vom 1. März 2007.
13 Weigel, George, *Caritas in Veritate in Gold and Red*. In: *National Review* vom 7. Juli 2009.
14 Vgl. Bunting, Madeleine, *Big on morals - but big on moralising too*. In: *The Guardian* vom 7. Juli 2009.
15 Mette, Norbert, *Caritas in veritate*. In: *Institut für Theologie und Politik* (Münster) vom 10. Juli 2009 [http://www.itpol.de/].
16 Drobinski, Matthias, *Der weltfremde Papst*. In: Süddeutsche Zeitung vom 8. Juli 2009.
17 Deckers, Daniel, *Katholisches Selbstgespräch*. In: FAZ vom 7. Juli 2009.
18 Bottum, Joseph, *The New Encyclical*. In: *First Thoughts* vom 3. Juli 2009 [http://www.firstthings.com]. Der Kommentar erschien bereits *vor Veröffentlichung* der Enzyklika.
19 Vogt, Markus, *Beredtes Schweigen*. In: AG der Sozialethikerinnen und Sozialethiker des deutschsprachigen Raumes. Juli 2009 [http://www.christliche-sozialethik.de].
20 *Sozialethiker kritisiert Enzyklika des Papstes*, a.a.O.
21 Drobinski, Matthias, *Der weltfremde Papst*. In: Süddeutsche Zeitung vom 8. Juli 2009.
22 Alle Zitate von: Boff, Leonardo, Dem Papst täte ein bisschen Marxismus gut. In: Institut für Theologie und Politik (Münster) vom 22. Juli 2009 [http://www.itpol.de/].
23 Die Enzyklika wurde unmittelbar vor dem Treffen der „G8“ (am 7. Juli 2009) publiziert.
24 Ulrich, Stefan, *Verschlungene Gedankengänge*. In: Süddeutsche Zeitung vom 8. Juli 2009.
25 *Sozialethiker kritisiert Enzyklika des Papstes*. Friedhelm Hengsbach im Gespräch mit Jürgen Zurheide. In: Deutschlandfunk vom 11. Juli 2009. [http://www.dradio.de].
26 Steinkamp, a.a.O.
27 Steinkamp, a.a.O.

Amok-Diskurse: Veranlagung, Verbrechen, psychische Krankheit?

Deutungshoheit über das Unerklärbare

Rolf van Raden

„Familien gegen Killerspiele" – unter diesem Motto wollte das *Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden* im Oktober 2009 Computerspiele einsammeln und anschließend vernichten. Das Angebot wurde zwar kaum angenommen, sicherte jedoch bundesweite Aufmerksamkeit für das Anliegen der Elterninitiative: Die gesellschaftliche Ächtung von so genannten Killerspielen. Das Verbot von Spielen, die das Töten von Menschen realitätsnah simulieren, ist ebenfalls eine von 83 Empfehlungen des vom Land Baden-Württemberg eingesetzten *Expertenkreises Amok* – und wahrscheinlich die in der Öffentlichkeit am meisten diskutierte. Welche politisch-sozialen Konsequenzen nach einer Gewalttat gefordert werden, das ist die eine Sache. Die andere ist, wer sich aus welcher Position heraus zum Thema äußert. Geht es um eine Bewertung der längerfristigen gesellschaftlichen Folgen von Amok-Debatten, sollte beides im Blickfeld stehen.

Der *Expertenkreis Amok* erhielt von der Landesregierung den Auftrag, die notwendigen Konsequenzen zu benennen, welche Politik, Justiz und Gesellschaft aus dem School Shooting von Winnenden ziehen sollten. In seinem Abschlussbericht empfiehlt das Gremium unter anderem die Installation von Amok-Alarmknöpfen in den Klassenzimmern, eine doppelte PIN-Sicherung von Sportwaffen, weniger Datenschutz für SchülerInnen und eine Ausdehnung der geplanten Internet-Sperren auf „absolut unzulässige" Gewaltdarstellungen. Nach Meinung der Kommission soll außerdem das Schulgesetz um eine pädagogische Sanktionsmaßnahme erweitert werden – um die „Verpflichtung zu sozialen Diensten für die Gemeinschaft".

Wie die Gemeinschaft vor gefährlichen Individuen geschützt werden kann, das ist eine Frage, die nicht erst seit dem Amoklauf von Winnenden im Zentrum politischer Auseinandersetzungen steht. Analysen historischer Diskursformationen, wie sie Michel Foucault etwa in seinen Vorlesungen zu den Anormalen[1] vorgenommen hat, zeigen: Es ist seit jeher ein umkämpftes Feld, wer zu einer bestimmten Zeit akzeptierte und plausible Antworten auf diese Frage formulieren kann. Die Analyse dessen, wer jeweils eine Gesellschaft vor ihren inneren Gefahren schützen soll, sagt einiges über die herrschenden Machtverhältnisse aus. In Bezug auf die baden-württembergische Kommission könnte man es sich einfach machen: Die relative Mehrheit in dem 13köpfigen Gremium bildeten sechs JuristInnen, flankiert von drei Politikern, einem Psychiater, einem Psychotherapeuten, einem Pädagogen und der Vorsitzenden des Landesschulbeirats. Als nicht-ständige Mitglieder nahmen VertreterInnen der Opfereltern teil. Der Kommission zur Seite gestellt wurden sieben BeraterInnen aus den Landesministerien – von denen mindestens fünf ebenfalls studierte JuristInnen sind. Amok ist also ein Thema, bei dem die Baden-Württembergische Landesregierung offensichtlich am meisten dem Votum von JuristInnen vertraut. Es gibt jedoch auch Stimmen, die in der Tat nicht in erster Linie das juristisch aufzuarbeitende Verbrechen, sondern vielmehr die Folge einer Krankheit sehen: Der Täter Tim K. habe unter einer masochistischen Persönlichkeitsstörung gelitten, erklärte der renommierte Kinderpsychiater Reinmar du Bois in dem offiziellen psychiatrischen Gutachten. Er begründete das unter anderem mit sado-masochistischen Bondage-Fotos, die auf dem Computer des 17jährigen gefunden wurden. Der Täter habe mithilfe von Informationen aus dem Internet bei sich selbst eine bipolaraffektive Störung und manisch-depressive Stimmungsschwankungen diagnostiziert, berichteten die Medien im September, als das Gutachten bekannt wurde. Einzelne Gespräche mit einer Psychotherapeutin sollen der Selbstdiagnose gefolgt sein, eine Therapie nicht. Weite Teile der Presse-Berichterstattung über das du-Bois-Gutachten haben den Tenor: Der Überfall auf die Albertville-Realschule hätte relativ einfach verhindert werden können – von den Eltern, die Tim K. in eine Therapie hätten schicken können, und von Psychologen und Psychiatern, wenn sie weitergehenden Zugriff auf den Jungen gehabt hätten.

Den Anspruch, dass ihr Fachwissen schreckliche Gewalttaten verhindern könne, haben Psychologen und Psychiater in jüngerer Vergangenheit wiederholt in die Öffentlichkeit getragen. Nach dem Amoklauf in der finnischen Stadt Kauhajoki im September 2008 interviewte etwa die Süddeutsche Zeitung den Kriminalpsychologen Jens Hoffmann, um das an der TU Darm-

1 Foucault, Michel: Die Anormalen. Vorlesungen am Collège de France (1974–1975), Frankfurt/Main 2003.

stadt entwickelte *Dynamische Risiko-Analyse-System* vorzustellen. Hoffmann erklärte, sein Programm gebe anhand von 31 Variablen „eine Risiko-Einschätzung ab, ähnlich einem Wetterbericht". Fazit: Die Gefahr eines Amoklaufs „hätte ohne Zweifel erkannt werden können", gab sich der Psychologe überzeugt.

Während Hoffmanns Methode die psychische Konstitution sowie Einstellungs- und Verhaltensmuster der Probanden analysiert, begründen andere Wissenschaftler ihre Zuständigkeit für die Täter biologisch. Schon im Jahr 2007 hatte der Bielefelder Professor für Physiologische Psychologie Hans Markowitsch im Spiegel postuliert, dass zukünftig Gewalttäter durch neurologische Scans im Vorfeld erkannt werden könnten: „Meiner Ansicht nach ist jedes kriminelle Verhalten bedingt durch etwas Pathologisches. In mittelferner Zukunft wird man möglicherweise sehen, dass sich alle Hirne von Mördern in mindestens einer Determinante von Hirnen aller Nicht-Mörder unterscheiden und dass genau diese biologischen Abweichungen bedingen, dass jemand mordet."[2] Bereits heute sei wissenschaftlich belegt, dass die Handlungen auch von Verbrechern hirnphysiologisch determiniert seien: „Wir identifizieren derzeit Mechanismen im Hirn, die ein Verhalten hervorbringen können, das wir moralisch als böse, juristisch als strafbar bewerten. Neurowissenschaftlich sind das Defekte, für die der Delinquent nichts kann, weil sie angeboren sind, oder meist in früher Kindheit erworben wurden."[3]

Als die Polizei im September 2009 den Abschluss der polizeilichen Ermittlungen zum School Shooting in Winnenden verkündete, machte ein weiteres Detail die Runde durch die Zeitungen, das die Wirkmächtigkeit solcher Vorstellungen verdeutlicht: Die Polizei habe im Zimmer von Tim K. eine Notiz gefunden, die man als Abschiedsbrief deuten könne. Auf einem Zettel habe der 17jährige notiert: „Es gibt zwei Behauptungen, warum es solche Menschen gibt. Die einen sagen, man wird so geboren, die anderen sagen, man wird zu dem gemacht. Die Wahrheit ist, diejenigen haben es schon von Geburt an in sich, es kommt jedoch nur raus, wenn das Gemachte hinzukommt!" Die Rede von der angeborenen Veranlagung zum Verbrechen hat ihren Weg aus dem Mediendiskurs in das Jugendzimmer von Tim K. und wieder zurück in die Zeitungen gefunden, wo der Täter posthum als authentischer Sprecher fortan die Vorstellung weiter plausibilisiert.

Auf dem Computer von Tim K. fanden die Ermittler neben den Sado-Maso-Bildern noch anderes Material, berichteten die Zeitungen übereinstimmend weiter: Der 17-Jährige habe vor seinem Überfall auf die Schule Informationen über einen spektakulären historischen Mehrfachmord aus dem Jahr 1913 gesammelt: Damals tötete der Lehrer Ernst August Wagner in Degerloch bei Stuttgart seine Frau und seine vier Kinder. Anschließend fuhr er ins Dorf Mühlhausen bei Vaihingen an der Enz und legte dort Feuer. Bis er überwältigt werden konnte, erschoss er neun weitere Menschen und verletzte elf schwer. Aufgrund eines Gutachtens des Leiters der Tübinger Universitätspsychiatrie wurde Wagner nicht verurteilt, sondern fristete den Rest seines Lebens in der Nervenheilanstalt Winnenthal in Winnenden, ausgerechnet Tim K.s Wohnort. Dort starb er erst im Jahr 1938.

Schon unmittelbar nach dem Überfall auf die Albertville-Realschule im März 2009 zogen Zeitungsartikel die Verbindung zu Wagners Mehrfachmord 96 Jahre zuvor. Die gleiche Region, hier ein Schüler, da ein Lehrer – mit solchen Parallelen plausibilisierten die Medien das erneute Interesse an dem historischen Fall.

Ein genauerer Blick auf die Diskurse, in denen die diskursiven Ereignisse Winnenden 2009 und Degerloch/Mühlhausen 1913 eine Rolle spielen, kann dagegen auf einer inhaltlichen Ebene erklären, weshalb beide Fälle nicht nur für die Presse, sondern auch für Politik und Psychiatrie eine so herausragende Rolle spielen.

Wie im Jahr 2009 begannen auch im Jahr 1913 die Zeitungen unmittelbar nach der Tat damit, anhand von Aussagen von NachbarInnen und angeblichen Bekannten ein Bild des Täters zu zeichnen, das deutlich machte: Obwohl er bisher wie ein „normaler" Mensch aus der Mitte der Gesellschaft wirkte, sei er in Wirklichkeit alles andere als das gewesen. Nach wenigen Tagen Zeitungsberichterstattung galt das zunächst als harmonisch beschriebene Familienleben Wagners als „stark zerrüttet", und ihm wurde ein „liederlicher Lebenswandel" nachgesagt. Auch der Medienkonsum des Lehrers rückte ins Interesse. So schrieb etwa der *Schwäbische Merkur* wenige Tage nach der Tat: „Wagner gab sich in seiner freien Zeit sehr viel mit Lektüre ab. Welchen Inhalts diese war, dazu äußerte er sich nie. Es ist aber Anlaß vorhanden zu der Annahme, daß es Stoffe zweifelhafter Art waren." Durch solche Darstellungen und Bemerkungen über Wagners eigensinniges Verhalten wurde der „seltsame und merkwürdige Charakter des Mörders" zu einem zentralen Bestandteil der Berichterstattung.

Eine kohärente Geschichte, welche die Morde schlüssig erklärte, konnte die Rede vom anormalen Täter in den Zeitungen alleine jedoch nicht leisten. Hier traten zwei institutionell verankerte Wissenssysteme auf, die in einem intensiven auch öffentlich geführten diskursiven Gefecht um die Zuständigkeit für den Fall Wagner kämpften: Die Justiz und die Psychiatrie.

Sowohl der medizinisch-psychiatrische als auch der Rechtsdiskurs bezogen sich bei ihren Bemühungen auf die Angst vor dem gefährlichen Individuum, vor dem die Gesellschaft geschützt werden musste. Im Diskurs über den Schutz vor gefährlichen Geisteskranken machten die Ärzte der Justiz mit biopoli-

2 Neuronen sind nicht böse. Gespräch zwischen Hans Markowitsch und Jan Philipp Reemtsma. In: Der Spiegel 31/2007, S. 221.

3 Ebd., S. 122. Im Spiegel-Gespräch sowie in dem zusammen mit Werner Siefer verfassten Buch „Tatort Gehirn" (Frankfurt/Main 2007) lehnt Markowitsch die Vorstellellungen eines freien Willens und persönlicher Schuld aus neurophysiologischen Gründen ab. Er fordert die Ablösung des Schuldstrafrechts durch ein Maßnahmenrecht der Heilung, Besserung und Verwahrung.

tischen Argumentationen aggressiv das Feld streitig. Während die Juristen ihren Zugriff auf den Delinquenten nutzten, um erste Ergebnisse der Verhöre zu veröffentlichen, wurde in der medizinisch orientierten Rede Ernst Wagners gesamte Biographie weiter anormalisiert und pathologisiert. Im Kern organisierte sich dieser psychiatrische Diskurs in Form eines argumentativen Dreisatzes: Der für die Gesellschaft gefährliche Verbrecher ist krank, also ist die Gesellschaft krank, also sind die Ärzte dafür zuständig, die Gesellschaft zu schützen und mit biopolitischen Maßnahmen zu heilen.
Die Diskursstrategie der Ärzte war erfolgreich: Nicht nur wurde Wagner für schuldunfähig erklärt und in die Obhut der psychiatrischen Institutionen übergeben; über den Einzelfall hinaus machten sich die Psychiater in den Jahren ab 1914 mit einem ungewöhnlich großen publizistischen Aufwand für eine Reform der so genannten Irrengesetzgebung stark, die ihnen mehr Einfluss auf potentiell delinquente, also gefährliche Individuen sichern sollte. Anhand zeitgenössischer gerichtsmedizinischer Gutachten, aber auch anhand der Presseberichterstattung lässt sich im Einzelnen nachweisen, wie die Vorstellungen von anormalem Verhalten, Krankheit und Verbrechen zunehmend verschmolzen. Unter dem Primat der biologischen Medizin avancierten die Ärzte, allen voran die Psychiater, zu den tatsächlich Zuständigen für gesellschaftliche Delinquenz. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung schließlich im Nationalsozialismus, wo Ärzte im Namen der Volksgesundheit als Richter an den Erbgesundheitsgerichten Zwangssterilisierungen anordneten und in den Jahren 1940/41 im Rahmen der Aktion T4 über 100.000 Anstaltsinsassen vergasten.

Ein Verweis auf diese historischen Entwicklungen und ihre diskursiven Bedingtheiten soll keinesfalls undifferenziert nahelegen, dass sich Geschichte wiederholt. Gleichwohl kann eine diskurshistorische Perspektive dazu beitragen, sensibel und kritisch auf Argumentationen zu reagieren, mit denen bestimmte wissenschaftliche Disziplinen über den Verweis auf einen besseren Schutz der Gesellschaft mehr gesellschaftlichen Einfluss für sich reklamieren. Derzeit ist noch unentschieden, ob zum Beispiel eine neurowissenschaftlich orientierte Psychiatrie in näherer Zukunft das Primat der Justiz ablösen kann, wenn es um die gesellschaftliche Verarbeitung von individuellen Gewalttaten geht. Unbestreitbar ist jedoch, dass einige VertreterInnen dieser Wissenschaft das offensiv fordern.

Rolf van Raden
Patient Massenmörder
Der Fall Ernst Wagner und die biopolitischen Diskurse

Edition DISS Bd. 25
ISBN 978-389771-754-1
184 S., 24 €

Ernst Wagner, Hauptlehrer aus Degerloch bei Stuttgart, tötete am 4. August 1913 seine Frau und seine vier Kinder. Anschließend erschoss er neun weitere Menschen und verletzte elf schwer. Bis 1938 fristete er sein Leben in einer psychiatrischen Anstalt. Immer wieder stellte er fest, dass er nicht bedauere, seine Kinder getötet zu haben, da sein ganzes Geschlecht entartet sei.

Rolf van Raden untersucht das Geflecht der damaligen biopolitischen Diskurse. Er leistet damit einen bemerkenswerten Beitrag zu einer kritischen Psychiatriegeschichte des 20. Jahrhunderts, in dem er am konkreten Fall aufzeigt, wie die Psychiatrie in dieser Zeit die Reichweite ihrer Diskurse ausdehnte, bis schließlich im Nationalsozialismus eliminatorische ärztliche Praktiken möglich wurden. Der Täter Ernst Wagner und seine namenhaften Psychiater erscheinen somit als Referenzfiguren eines Jahrhunderts der Biopolitik, das 1945 keineswegs endete. Bis heute wird der Fall Enst Wagner in unterschiedlichen Debatten reaktiviert – sei es in der Neurobiologie, in der Auseinandersetzung über Amokläufe in Schulen oder selbst im RAF-Erinnerungsdiskurs.

Horst Pöttker im Gespräch über das „Zeitungszeugen“-Projekt

Es geht um Öffentlichkeit

Darf man das? Seit der britische Verleger Peter McGee unter dem Titel „Zeitungszeugen“ in Deutschland Reprints von Zeitungen aus der Zeit des Nationalsozialismus verkauft, ist eine neue Debatte über den Umgang mit NS-Quellen entbrannt. Nach einem knappen Jahr voller Auseinandersetzungen, mehreren Gerichtsprozessen, und über 40 veröffentlichten Ausgaben ist es Zeit für ein erstes Fazit. Der Dortmunder Medienwissenschaftler Prof. Dr. Horst Pöttker ist wissenschaftlicher Berater des „Zeitungszeugen“-Projekts. Im DISS-Journal spricht er über publizistische Verantwortung, über das Verhältnis von Wissenschaftlichkeit und Kommerz und über die Frage, ob man NS-Geschichte „erlebbar“ machen sollte. Das Interview führte Rolf van Raden.

Herr Pöttker, Anfang Oktober hat das Oberlandesgericht München in zweiter Instanz entschieden: Die Zeitungszeugen dürfen weiter erscheinen. Der Freistaat Bayern hatte keinen Erfolg mit dem Versuch, die Herausgabe von Nazi-Faksimiles zu verbieten. Sind Sie zufrieden?

Das Oberlandesgericht hat genauso entschieden wie das Landgericht: Die Urheberrechte sind 70 Jahre nach dem Erscheinen erloschen. Dass wir auf der Grundlage der Urheberrechte der Herren Goebbels und Hitler darüber diskutieren, ob diese Zeitungen in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik präsent sein dürfen, das ist natürlich ein Scheingefecht. Die eigentliche Frage ist doch: Ist das öffentliche Interesse daran so groß, dass dieser ganze Urheberrechtskram gar nicht greift? Und das muss ein oberstes Bundesgericht entscheiden. Das betrifft im Übrigen nicht nur diese Zeitungen, sondern auch „Mein Kampf“ und andere Materialien.

Die Frage nach den Urheberrechten hat einen großen Teil der Diskussion dominiert. Es gab aber auch inhaltliche Kritik am Projekt. Mir ist zum Beispiel nicht klar: Welchen Mehrwert hat ein im A2-Format veröffentlichtes Hochglanz-NSDAP-Wahlplakat gegenüber verkleinerten und kommentierten Abbildungen?

Da sehe ich keinen besonders großen Mehrwert drin. Mir geht es um etwas anderes: Wenn wir diese Zeitungen vollständig nachdrucken, dann wird auch der Alltag dieser Zeit sichtbar. Außerdem können Sie zum Beispiel sehen, dass man schon am 28. Februar 1933 wissen konnte, dass Goebbels von der vollständigen Vernichtung der Gegner gesprochen hat. Die Brutalität der Pläne war für die Öffentlichkeit einsehbar.

Der Anspruch von „Zeitungszeugen“ ist es, Geschichte authentisch darzustellen und sie erlebbar zu machen. Was halten Sie von diesem Anspruch?

Wir sind ja leider nicht völlig authentisch gewesen. Es gab auch Fehler im Umgang mit Quellen, die mich als Wissenschaftler schmerzen. Zum Beispiel hat der Verleger aus Urheberrechtsgründen in der ersten Ausgabe des Völkischen Beobachters die Autorennamen getilgt. Das ist für so ein Projekt natürlich eine Katastrophe. Als ich meinen Beitrag für den Mantelteil geschrieben habe, lag mir ein Exemplar mit den

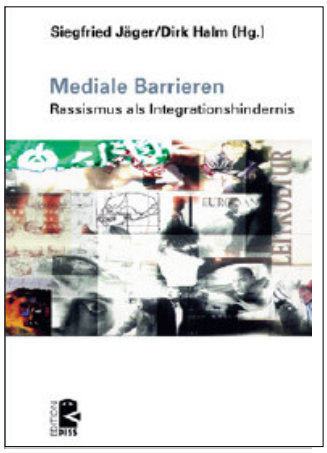
Autorennamen vor. Nach dem Erscheinen habe ich dann Post bekommen: Man fragte mich, wie ich zu der Unterstellung komme, dass ein bestimmter Autor für den Völkischen Beobachter geschrieben habe. Das sei aus der Zeitung doch gar nicht ersichtlich. In meiner Version stand es aber drin. Es ging um jemanden, der nach 1945 als Lyriker eine gewisse Bedeutung gehabt hat, und von dem nicht bekannt war, dass er zuvor in der Nazi-Zeitung veröffentlicht hatte. Es war ein grober Fehler, die Namen unkenntlich zu machen – nicht nur wegen diesem Widerspruch zwischen Mantelkommentar und Faksimile. Denn wenn durch die Neuveröffentlichung auffällt, dass bestimmte Autoren in NS-Zeitungen geschrieben haben, dann erfüllt das Projekt einen wichtigen Zweck. Das ist die segensreiche Wirkung von Öffentlichkeit: Erst in dem Moment, wo die Dinge transparent werden, können sie diskutiert werden. Ich bin davon überzeugt, dass eine Gesellschaft Öffentlichkeit notwendig hat, damit sie sich selbst regulieren kann. Was nicht veröffentlicht wird, kann auch nicht verarbeitet werden.

Unabhängig von möglichen handwerklichen Fehlern: Ist es nicht so, dass das „Zeitungszeugen"-Projekt von Anfang an ein eigentlich uneinlösbares Versprechen der Authentizität formuliert hat? Im Mantelteil der Zeitungen und auf der Homepage wurde zum Beispiel mit Zitaten von Fernsehmoderatorinnen, Politikern und Sportlern geworben. Der Tenor: Deutsche Geschichte werde durch den Nachdruck der NS-Zeitungen „erlebbar". Da wird zum Beispiel der Schauspieler und Sänger Björn Casapietra mit folgenden Worten zitiert, die sich zumindest in meinen Ohren in Bezug auf den Nationalsozialismus deplatziert anhören: „Geschichte ist wie Musik: Man muss sie erleben können, um sie zu begreifen. Zeitungszeugen macht deutsche Geschichte hautnah nachvollziehbar."

Mit diesem Anspruch habe ich kein Problem. Man darf auch nicht vergessen: Die „Zeitungszeugen" sind kein volkspädagogisches Projekt, sondern ein kommerzielles. Der Verleger will damit Geld verdienen, und das muss sich keineswegs mit der publizistischen Leidenschaft beißen. Natürlich ist der Verleger an größtmöglichem Publikum interessiert, Publikum ist ja übrigens auch Bedingung für öffentliche Wirkung. Warum sollte nicht damit geworben werden, dass das Projekt Geschichte anschaulich und erlebbar macht?

Ein Zyniker würde vielleicht antworten: Wer den Nationalsozialismus wirklich hautnah nachvollziehen will, wie Björn Casapietra das in dem Zitat formuliert, müsste sich schon in Auschwitz durch Menschenversuche zu Tode quälen lassen. Aber auch ganz ohne Zynismus ausgedrückt: Ist die Behauptung, man würde die mörderische NS-Geschichte „erleben", wenn man ein paar Reprints am Bahnhofskiosk kauft, nicht eine Verharmlosung der Zustände im Nationalsozialismus?

Meine Antwort darauf ist vielleicht provokativ, aber ich denke, sie ist notwendig: In der Bundesrepublik haben wir die NS-Vergangenheit immer nach einem Modell erzählt, das Nietzsche das kritische genannt hat: Gegenwart wird darin als der Kontrast zur Vergangenheit verstanden. Die beiden anderen Formen des historischen Erzählens sind die genetische und die analoge Geschichtsschreibung. Genetisch meint: Vergangenheit ist das, woraus die Gegenwart hervorgegangen ist. Das analoge Geschichtsmodell fragt nach den Ähnlichkeiten. Ich glaube, man darf sich der NS-Vergangenheit nicht ausschließlich mit dem kritischen Modell nähern. Wenn der Nationalsozialismus immer als das ganz andere verstanden wird, dann hat er nie was mit einem selbst zu tun. Dann geht es um diese bösen Nazis, die irgendwann mal vom Mars gekommen sind und den guten Deutschen alles aufgezwungen haben. Und 1945 sind die wieder verschwunden. So ist das natürlich nicht gewesen. Die „normalen" Deutschen haben die Verbrechen zumindest zugelassen oder waren daran beteiligt. Das ist unsere Vergangenheit. Wir müssen



Siegfried Jäger / Dirk Halm (Hg.)
Mediale Barrieren
Rassismus als Integrationshindernis
Edition DISS Bd. 13
ISBN 978-3-89771-742-8
259 S., 24 €

Insbesondere nach dem 11.9.2001 befeuern die Medien einen rassistischen Einwanderungsdiskurs. Dabei bedienen sie sich häufig eines „binären Reduktionismus": Es findet eine Schwarz-Weiß-Malerei statt, indem Muslimen (und anderen Einwanderern) pauschal schlechte Eigenschaften zugeschrieben werden. Demgegenüber findet bei der Charakterisierung von „Eingeborenen" das Umgekehrte statt. Ihnen werden vornehmlich gute Eigenschaften zugeschrieben. Die Autor*innen* sehen hierin ein ernsthaftes Hindernis für eine „friedliche Koexistenz" der Kulturen – weltweit.

Aus dem Inhalt:
Dirk Halm / Marina Liokova / Zeliha Yetik: Pauschale Islamfeindlichkeit? Zur Wahrnehmung des Islams in Deutschland
Siegfried Jäger: Der Karikaturenstreit in deutschen Printmedien
Teun A. van Dijk: Rassismus und die Medien in Spanien
Jürgen Link: Ein übersehener Aspekt des Karikaturenstreits: Zur Archäologie der „Bombenköpfe"
Sabine Schiffer: Die Verfertigung des Islambildes in deutschen Medien
Carolin Ködel: Anti-integrative Integrationsdiskurse in der Debatte um den Mord an Theo van Gogh
Horst Pöttker: Der Karikaturenstreit aus der Sicht journalistischer Berufsethik
Jobst Paul: Erklärungen und Manifeste. Islamkritik zwischen Aufklärung, Religionskritik und Gegenaufklärung

mal endlich zulassen, dass der Nationalsozialismus etwas mit uns zu tun hat; dass jeder von uns auch etwas in sich hat, was solche Verbrechen ermöglicht, wenn bestimmte Rahmenbedingungen dazukommen. Es ist passiert, und es ist nicht ausgeschlossen, dass es wieder passiert. Wir dürfen den Nationalsozialismus nicht immer als das ganz Fremde und ganz Andere sehen. Deshalb finde ich den Ansatz, die NS-Vergangenheit nacherlebbar zu machen, auch nicht völlig verkehrt. Daran hat es bisher gemangelt.

Die Zeitungszeugen-Chefredakteurin Sandra Paweronschitz hat geschrieben: „Ab sofort verfügen Sie über die einmalige Gelegenheit nachzulesen, welche Informationen Ihren Eltern und Großeltern zur Verfügung standen." Diese Formulierung blendet aber doch gerade eine Perspektive aus: Nämlich die Möglichkeit, dass unsere Eltern und Großeltern mehr gewusst haben könnten, als in den Zeitungen steht – weil sie selbst Täter waren.

Ich würde erstmal sagen, es war öffentlich, dass Goebbels gesagt hat: Wir werden unsere Gegner brutal vernichten. Das bedeutet, man konnte das wissen. Viele behaupten noch heute, dass sie nichts gewusst haben. Und genau das ist zumindest in Bezug auf die Dinge nicht mehr möglich, die man jetzt in den Reprints nachlesen kann.

Aber liegt dem Versprechen der Nacherlebbarkeit nicht ein naives Medienverständnis zugrunde? Ein Reprint 70 Jahre später steht doch in völlig anderen diskursiven Zusammenhängen. Kann ich dann wirklich so tun, als ob das das gleiche wäre wie vor 70 Jahren? Kann das überhaupt eine authentische NS-Erfahrung sein, alleine schon deswegen, weil Geschichte niemals etwas authentisches ist, sondern eine von gesellschaftlichen Deutungsmustern geprägte Konstruktion von Vergangenheit?

Vollständige Authentizität können wir natürlich nicht erreichen. Aber Zitate, die Sie in den Schulbüchern finden, sind doch noch mehr aus dem Kontext gerissen. Wir drucken ja auch nicht nur die NS-Zeitungen nach, sondern auch die oppositionelle Presse, so lange es sie gab. Sie finden bei uns auch Reprints der Exilpresse und der jüdischen Presse. Wir bemühen uns also, ein Optimum an Kontext herzustellen. Vielleicht kann man auch die Plakate, die Sie am Anfang angesprochen haben, in diesem Zusammenhang sehen. Und wenn ich Kontext sage, meine ich nicht nur die nackten Informationen und das rationale Verarbeiten. Nacherleben heißt, dass man begreift, warum unsere Eltern und Großeltern dem gefolgt sind oder zumindest nichts dagegen getan haben. Man muss das begreifen, wenn man verhindern will, dass Ähnliches wieder passiert. Und dazu muss man auch die emotionale Seite nachvollziehen – natürlich ohne, dass es in Zustimmung zur NS-Propaganda umschlägt.

Dass das nicht passiert, dazu soll ja auch der Mantelteil mit den wissenschaftlichen Kommentaren beitragen. Mir kommt es allerdings so vor, als ob der wissenschaftliche Anspruch und die Umsetzung ein Stück weit auseinander fallen. Konkret: Vier Mantelseiten, die um 30 Zeitungsseiten herumgefaltet sind, wobei die Zeitungsseiten zum Teil sogar noch deutlich größer sind als die Mantelseiten – von einem historisch-kritischen Apparat kann man da ja nun wirklich nicht sprechen.

Mit diesem Verhältnis habe ich nicht so ein Problem, vor allem wenn Sie bedenken, dass es sich nur bei einem Teil der 30 Seiten um NS-Presse handelt. Klar ist aber, dass die Qualität unserer Beiträge stimmen muss, sonst ist Kritik berechtigt. Insgesamt glauben wir aber, dass man heutigen Lesern zutrauen kann, dass sie kritisch genug mit diesem Material umgehen – vielleicht sogar, wenn es gar nicht erklärt würde.

Wenn Sie ein solches publizistisches Projekt selbst entwickeln könnten, wie würde das dann aussehen?

Ich wäre zum Beispiel froh, wenn der Verleger nicht ein Engländer wäre, sondern ein Deutscher – und wenn die Chefredakteurin nicht eine Österreicherin wäre, sondern auch eine Deutsche. Ich glaube, wenn man in dieser Gesellschaft sozialisiert worden ist, dann hat man eine andere Sensibilität für diese Themen. Das ist allerdings nicht als Kritik an dem Verleger gemeint. Abgesehen von einem Projekt Anfang der 1970er Jahre haben sich Deutsche einfach nicht dran getraut.

Halten Sie die „Zeitungszeugen" für wissenschaftlich genug?

Also zunächst einmal handelt es sich um ein publizistisches Projekt. Es geht darum, Dinge öffentlich zu machen. Wir trauen der deutschen Öffentlichkeit zu, dass sie damit angemessen umgeht. Es gibt sicherlich immer einzelne, die das nicht können, ich rede von der Öffentlichkeit insgesamt. Dieses Zutrauen ist natürlich auch eine Zumutung, denn so schön ist es ja auch nicht, sich mit dieser eigenen Vergangenheit zu beschäftigen. Über diesen publizistischen Ansatz hinaus kann man sich natürlich auch als Wissenschaftler mit dem Thema beschäftigen – dann aber nicht so sehr in dem Sinne, dass man der Öffentlichkeit etwas erklären muss, sondern im Sinne von Forschung: Man möchte wissen, wie es tatsächlich gewesen ist.

Sie firmieren als wissenschaftlicher Berater der Zeitungszeugen. Abgesehen von ihren Beiträgen im Mantelteil, wie sind Sie in das Projekt eingebunden? Hatten Sie auch ein Wort bei der Konzeption mitzureden?

Ja, ich bin zum Beispiel in die Entscheidung über den Titel eingebunden gewesen. Außerdem war ich an der Auswertung einer qualitativen Studie im Vorfeld beteiligt. Mit der wollte der Verleger herausfinden, ob es auf dem deutschen Markt Interesse für das Projekt gibt. Ein interessantes Ergebnis war übrigens, dass das Interesse in den jüngeren Altersgruppen größer war als in den älteren. Da haben viele junge Men-

schen gesagt: Wir wollen so eine Zeitung auch mal selbst in die Hand nehmen und das nicht immer nur von anderen erklärt bekommen. Bei Jugendlichen gibt es einen gewissen Überdruss, erklärt wurde denen in der Schule schon genug.

Stehen die „Zeitungszeugen" für einen Umgang mit Geschichte, den Sie sich auch in Bezug auf andere Medien wünschen?

Es gibt ja auch noch die so genannten Verbotsfilme, die von den Alliierten nach 1945 nicht für die Aufführung freigegeben worden sind. Wir haben einen merkwürdigen Umgang mit diesem Material. Wir sehen einen großen Teil der NS-Unterhaltungsfilmproduktion Sonntag nachmittags im Fernsehen. Die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft macht Schnittauflagen, die Hakenkreuze sind rausgeschnitten. Das halte ich für einen ganz verqueren und problematischen Umgang. Wenn man diese Filme schon zeigt, dann muss man sie doch mit Hakenkreuzen zeigen. Wenn wir die Hakenkreuze rausschneiden und nur Herrn Rühmann beim Witze-Machen zusehen, dann ist das eine Auslöschung von Geschichte.

Das erste Jahr „Zeitungszeugen" nähert sich seinem Ende. Wie wünschen Sie sich die Fortsetzung des Projekts und haben Sie vielleicht schon Ideen für Folgeprojekte?

Ich könnte mir vorstellen, dass man in dieser Form auch andere Epochen wieder präsent machen kann, zum Beispiel die 1920er Jahre, die Zeit vor dem ersten Weltkrieg, oder auch das Leben in der DDR. Aber erstmal geht es ja noch ein zweites Jahr mit diesem Projekt weiter. Ein bisschen schade ist, dass es zu Anfang so schnell gegangen ist. Bei den Jahren 1933 bis 1935 waren die Sprünge zu groß, so dass wir jetzt im zweiten Jahr sehr viele Kriegsereignisse lesen werden. Das halte ich für die etwas weniger interessante Seite. Über den Verlauf des zweiten Weltkriegs gibt es nun wirklich genug Literatur. Wir müssen den Krieg hier nicht noch mal gewinnen wollen.

Haben Sie den Eindruck, dass es eine solche Tendenz gibt?

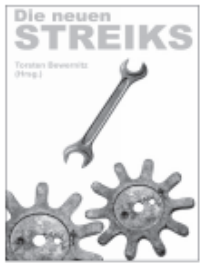
Ich bin in den 1950er Jahren in die Schule gegangen, und ich hatte einen Lehrer, der war vorher Panzeroffizier. Da fing die Stunde dann mit Caesar und dem gallischen Krieg an, und am Ende waren wir dann irgendwie doch wieder vor Stalingrad. Die 50er Jahre, das war die Zeit, in der viele noch den Krieg wieder gewinnen wollten – ich übrigens auch. Ich gehöre auch zu denen, die als 13- oder 14jährige Landserhefte und Fliegergeschichten gelesen haben. Zum Glück hat es dann in der Bundesrepublik Stufen der Verarbeitung gegeben, die einem geholfen haben, davon weg zu kommen. Ich wünsche mir, dass es im zweiten „Zeitungszeugen"-Jahr nicht hauptsächlich um die großen Schlachten und Kriegsereignisse geht, sondern vielmehr um die Frage: Wie war das eigentlich möglich? Ich will, dass wir begreifen, wie es dazu kommen konnte, dass so viele Deutsche bis zum letzten Moment, bis in den eigenen Tod, dem allem gefolgt sind – und zwar freiwillig, nicht gezwungen.

Haben Sie dem Verleger oder der Chefredaktion denn schon konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht?

Ja, durchaus. Zum Beispiel brauchen wir in der gedruckten Ausgabe eine Korrekturspalte, in der wir auf eigene Fehler hinweisen. Ich würde mir da mehr offene Diskussionen wünschen. Aber das sind Detailkritiken. Insgesamt stehe ich hinter dem Projekt, weil ich denke, dass es sinnvoll und wichtig ist. Vor allem wünsche ich mir jetzt aber, dass abschließend juristisch geklärt wird, ob das öffentliche Interesse an dem Material nicht so groß ist, dass die ganzen Urheberrechtsfragen irrelevant sind.

Christian Jakob / Friedrich Schorb
Soziale Säuberung
Wie New Orleans nach der Flut seine Unterschicht vertrieb

228 Seiten, 13.80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-484-7



Torsten Bewernitz (Hg.)
Die neuen Streiks
Geschichte. Gegenwart. Zukunft.

192 Seiten, 14,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-480-9

Christian Riechers
Die Niederlage in der Niederlage
Texte zu Arbeiterbewegung, Klassenkampf, Faschismus
Dissidenten der Arbeiterbewegung Band 1

576 Seiten, 28 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-453-3

Niels Seibert
Vergessene Proteste
Internationalismus und Antirassismus 1964-1983

224 Seiten, 13.80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-032-0

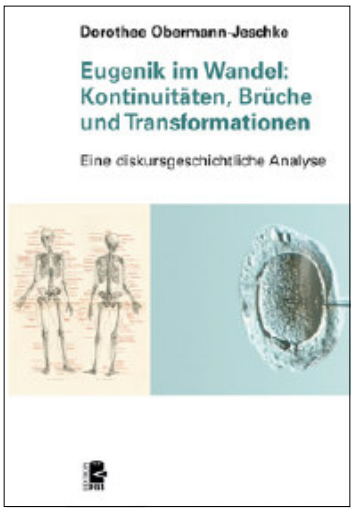
jour fixe initiative berlin (Hg.)
Krieg
Angesichts der Notwendigkeit, die Welt zu verändern, sind es nicht zuletzt ihre Kriege, die uns dazu zwingen, die Wege der Veränderung radikal neu zu denken.

184 Seiten, 18 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-490-8

Samuel Willenberg
Treblinka
Lager. Revolte. Flucht. Warschauer Aufstand.
reihe antifaschistischer texte *rat*

240 Seiten, 22 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-820-3

UNRAST Verlag
Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de



Dorothee Obermann-Jeschke
Eugenik im Wandel: Kontinuitäten, Brüche und Transformationen. Eine diskursgeschichtliche Analyse
Edition DISS Bd. 19
ISBN 978-3-89771-748-0
280 S., 24 €

In der aktuellen bioethischen Debatte werden Verfahren der Pränatalen Diagnostik als Form einer „neuen" Eugenik diskutiert. Die Formierung als „neu" beruht dabei auf der Abgrenzung von einer „alten" Eugenik, die mit der moralisch diskreditierten NS-Rassenhygiene gleichgesetzt wird. In diesem Buch wird die in dieser Abgrenzung liegende reduktionistische Perspektive auf das Phänomen Eugenik hinterfragt. Gegenüber der Engführung der Bedeutungsinhalte auf die NS-Rassenhygiene wird die historische Entwicklung eugenischen Wissens seit dem 19. Jahrhundert bis in die gegenwärtige soziale Praxis untersucht. Exemplarisch wird aufgezeigt, wie dieses eugenische Wissen über Wissenschaft und Medien in die Lebenswelt der Individuen zirkuliert und deren Denkrahmen und Handlungsmöglichkeiten im Kontext der pränatalen Diagnostik bestimmt.

Das Buch richtet sich an alle, die sich für die wissenschaftstheoretischen und sozial-ethischen Fragen der genetischen Diagnostik und Therapie interessieren.

Lexikon Grundbegriffe der Kritischen Diskursanalyse

Ein Projekt der Diskurswerkstatt im DISS

Die Diskurswerkstatt im DISS hat ein Begriffslexikon zur Kritischen Diskursanalyse erarbeitet, das im Frühjahr in der edition DISS im Unrast-Verlag erscheinen wird. Dieses Lexikon enthält über 100 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzen Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen. In einer Einleitung wird das zentrale Netz von Diskurstheorie und Diskursanalyse entfaltet, in dem sich diese Begriffe verorten lassen. An der Erarbeitung beteiligt waren ca. 18 Mitarbeiter*innen* der Diskurswerkstatt. Die Redaktion erfolgt durch Siegfried Jäger und Jens Zimmermann. Der Entwicklung dieses Projekts gingen die folgenden Überlegungen voraus: Diskursanalyse (-theorie) im Allgemeinen und die *Kritische Diskursanalyse* im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Entsprechend ist die Publikationslandschaft zur Diskursanalyse (-theorie) angewachsen und vielfältig. Damit einher geht eine große Vielfalt unterschiedlicher Ansätze, die in ihrer begrifflichen und theoretischen Konzeption variieren. Mit dieser Pluralität wissenschaftlicher Zugänge, die unter dem Etikett Diskursforschung subsumiert werden können, ist eine gewisse „Unübersichtlichkeit" verbunden. Problematisch sind hier vor allem unklare und divergierende Begriffe wie zum Beispiel „Diskurs", „Aussage/Äußerung" und „Wissen" innerhalb der unterschiedlichen Ansätze.

Das Begriffslexikon will den aktuellen Stand der *Kritischen Diskursanalyse* (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion. Neben einer solchen anwendungsspezifischen wissenschaftlichen Ausrichtung ist das Lexikon auch dazu geeignet, Studierenden den Zugang zur *Kritischen Diskursanalyse (KDA). Eine Einführung* (5. Aufl. 2009) zu erleichtern. Es kann komplementär zu dieser Einführung gelesen werden und so ein tieferes Verständnis der Theoriearchitektur und des methodischen Vorgehens ermöglichen. Darüber hinaus kann das Lexikon auch als ein erster Zugriff auf Diskursforschung überhaupt verstanden werden, da es die wesentlichen Rezeptionen der KDA von Seiten anderer diskursanalytischer Ansätze berücksichtigt.

Das Lexikon richtet sich aber auch an „politisch Praktizierende" und versucht für diskursanalytische Perspektiven auf Politik zu sensibilisieren. Die KDA stellt dabei das Rüstzeug zur Analyse gesellschaftlicher Konstruktionen wie z.B. ‚Gender' oder ‚Ethnie' sowie hegemonialer Identitäten und Politikformen zur Verfügung. Durch das auf diese Weise gewonnene Verständnis diskursiver Prozesse können politische Aktions- und Kommunikationsformen offengelegt und – wo es Not tut – kritisiert werden. Als angewandte Diskurstheorie kann Diskursanalyse sich interdisziplinär kritisch mit gesellschaftlichen Deutungs- und Wirklichkeitsproduktionen auseinandersetzen und es ermöglichen, Gegenstrategien zu hegemonialer Politik zu formulieren.

J.Z./S.J.

Visionen der gerechten Gesellschaft

Im Rahmen eines zweijährigen diskurshistorischen Forschungsprojekts, das vom Forschungsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen finanziell ermöglicht wurde, haben das Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung und das Salomon Ludwig Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte, Duisburg, den deutsch-jüdischen Diskurs im 19. Jahrhundert zur Thematik Staat, Nation, Gesellschaft untersucht.

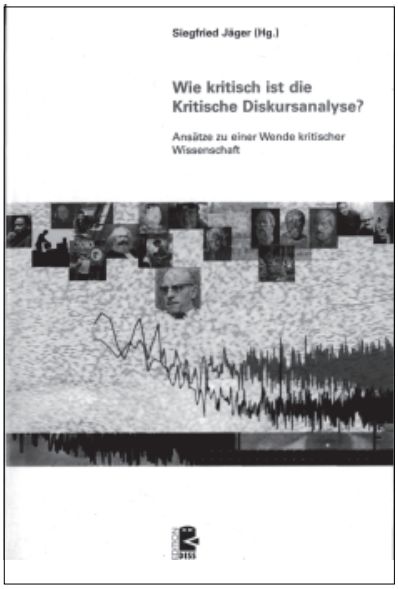
Das Projekt und seine Ergebnisse bilden nunmehr die Grundlage einer Neuedition wichtiger Werke aus diesem Diskurs unter dem Titel: *Deutsch-Jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts. Schriften zu Staat, Nation, Gesellschaft.* Die Reihe erscheint im Kölner Böhlau-Verlag und wird über mehrere Jahre sozialethische Beiträge deutsch-jüdischer Autoren des 19. Jahrhunderts in anspruchsvoller Form präsentieren.
Als Auftakt erschien soeben der wissenschaftliche Bericht zur genannten Untersuchung unter dem Titel *Visionen der gerechten Gesellschaft. Der Diskurs der deutsch-jüdischen Publizistik im 19. Jahrhundert*. Mit dem zweiten Band soll die Edition im engeren Sinn eröffnet werden. Es handelt sich um: *Elias Grünebaum, Die Sittenlehre des Judenthums andern Bekenntnissen gegenüber. Nebst dem geschichtlichen Nachweise über Entstehung und Bedeutung des Pharisaismus und dessen Verhältniß zum Stifter der christlichen Religion.* Synoptische Edition der Ausgaben von 1867 und 1878, hrsg. von Carsten Wilke.

In Vorbereitung befindet sich darüber hinaus eine Ausgabe von vier Werken des Berliner Aufklärers und Querdenkers *Saul Ascher* (Herausgeberin ist Renate Best, Reutlingen) sowie der erste Band einer Anthologie zur jüdischen Sozialethik (Herausgeber sind Michael Brocke und Jobst Paul). Über 30 deutsch-jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts sind darin mit Beiträgen zum Thema *Gotteserkenntnis und Menschenbild* vertreten. Weitere Bände werden der *individuelle Pflichtenlehre*, dem Thema *Recht und Gerechtigkeit*, dem *staatsbürgerlichen Ethos*, sowie dem jüdischen *Universalismus und Messianismus* gewidmet sein.
J.P.

Integrationsblockade Sarrazin

Zugegeben — im DISS hat das wochenlange Blätterrauschen volle Aktenordner, vor allem aber mentale Spuren hinterlassen: Die DISS-Journal-Redaktion bestreikt den *Casus Sarrazin*! Aber nicht, weil er Teil des biologistischen, rassistischen und sozialdarwinistischen Diskurses ist und Herr Sarrazin, wie andere vor ihm, der gesellschaftlichen Mitte gerade eine neue Dosis an rechtslastiger Ausgrenzungsrhetorik verabreicht hat. Wir möchten stattdessen vor der Inszenierung und ihren Nötigungen einige Fragen und Ansichten in Sicherheit bringen, die zum Gegendiskurs taugen.
Was zum Beispiel bedeutet es, dass Sarrazins atemloses Gerede, das an eine Sitzung beim Friseur erinnert, auf über einem Dutzend Seiten in *Lettre International* abgedruckt wurde und sich dieses Medium der Debatten zum Forum der Geschwätzigkeit entwickelt hat? Was befähigt jemanden, dessen wissenschaftliche Bildung offenbar vom Boulevard der 70er und 80er Jahre, aus dem Umfeld der rassistischen *IQ Debate* ebenso wie der des Gespensts der *population bomb* stammt, der von einer „negative(n) Auslese“ in der deutschen Bevölkerung und von „Hammelresten der türkischen Grillfeste“ verfolgt wird, der einen „Bevölkerungsaustausch“ vollziehen, 20 % der Berliner Bevölkerung (die „Unterschicht“) „auswachsen“ (versterben) lassen, einen „produktiven Kreislauf von Menschen“ schaffen möchte und sich selbst als „stammtischnah“ beschreibt — was also befähigt ihn zum Aufstieg in die Chefetage der Bundesbank?
Stephan J. Kramer vom Zentralrat der Juden in Deutschland hat im TAGESSPIEGEL (13.10.2009) auf die Analogie mit Heinrich von Treitschke aufmerksam gemacht, die allerdings nicht deshalb trägt, weil Treitschke 1879 vor der jüdischen Flut „hosenverkaufender Jünglinge“ aus Osteuropa warnte, während Sarrazin heute den ‚Ostjuden‘ das philo-/antisemitische Klischee eines erhöhten Intelligenzquotienten anheftet. Oder weil der *Berliner Börsen Courier* Treitschkes Familie selbst als ‚slawisch‘ entlarvte und die „Sarrazins“ irgendwo im Süden einst mit dem Schimpfwort ‚Sarazene‘ (Moslem/Araber) belegt wurden.
Die Analogie trägt aber insofern, als auch Sarrazin (wie einst Treitschke) — im Namen einer ‚Bildung‘, die ohne Kultur auskommt und in Deutschland noch nie Verbrechen verhindert hat — offenbar den bildungsbürgerlichen Konsens über Grundrechte aufkündigen möchte. Die These, sein Gerede habe die Integrationsdebatte beflügelt, ist absurd. Rassismen sind von Sachargumenten und Fakten unerreichbar, bzw. stülpen jedem Faktum eine rassistische Stereotypie über. Rassismen augenzwinkernd als ‚belebendes Element‘ der Integrationsdebatte zu empfehlen, heißt nur diese Debatte zu blockieren. Nicht Hammelreste: Thilo Sarrazin ist die Integrationsblockade. J.P.

Nicht unbedingt immer akademisch und hochgestochen



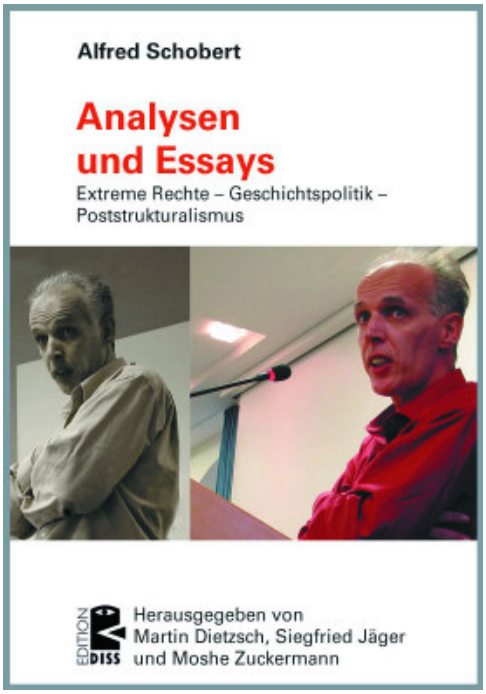
Siegfried Jäger (Hg.)
Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse?
Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft
2008 Münster: Unrast Verlag Edition DISS Bd. 20
ISBN: 978-3-89771-749-7
266 S., 24 €

Die Kritische Diskursanalyse (KDA) ist in den vergangenen Jahren zu einer zunehmend beliebten Methode geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung geworden. Doch wie kritisch ist Diskursanalyse wirklich und woher nimmt sie deren Begründungen? Ein von Siegfried Jäger herausgegebener Sammelband, der im Rahmen des 20. wissenschaftlichen Colloquiums des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) entstand, sucht nach Ansätzen einer radikaleren kritischen Wissenschaft. Er enthält in seinem ersten Teil die Vorträge von Siegfried Jäger, Gabriel Kuhn, Jürgen Link, Franz Januschek und ein Interview mit dem Historiker Ulrich Brieler. Im Zentrum stehen unterschiedliche theoretische Aspekte und Zugänge diskursanalytischer Methoden für die kritische Analyse gesellschaftlicher Missstände. Als Motto ist ihm der Satz Foucaults vorangestellt: „Veränderung kann nur in der freien und dennoch ständig bewegten Luft einer permanenten Kritik erfolgen."
Im zweiten Teil werden einzelne diskursanalytisch orientierte Projekte zu den Themen Migration, EU-Beitritt der Türkei, Verhältnis von Islam und Islamismus und der Beschäftigungspolitik der EU vorgestellt und diskutiert.
Vassilis Tsianos und Serhat Karakayali konfrontieren Foucault mit Marx auf der Insel Lesbos, Ferda Ataman analysiert die Diskursverschränkungen der deutschen Integrationsdebatte mit der Diskussion über einen EU-Beitritt der Türkei. Ihre Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass das Bild, welches Deutsche von türkeistämmigen Migrant*inn*en haben, übertragbar auf alle muslimischen Migrant*inn*en ist und dass die Vorurteile gegenüber Fremden im Denken vieler Deutscher tief verankert sind. Carolin Ködel befragt eine 30-jährige ägyptische Muslimin und kommt dabei zu erstaunlichen Ergebnissen. Claudia Zuser meint, die Festung Europa werde in Afrika ausgebaut und Markus Wrbouschek widmet sich der europäischen Arbeitsmarktpolitik. Er sieht in der Lissabon-Strategie eine gradlinige Ausrichtung migrantischen und nicht-migrantischen menschlichen Lebens an rein marktökonomischen ‚Erfordernissen'.
Im dritten Teil werden aktuelle Kooperationsprojekte des DISS und des Salomon Ludwig Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte vorgestellt: Jobst Paul berichtet über das Editionsprojekt zur jüdischen Publizistik des 19. Jahrhunderts, bei dem es nicht um Antisemitismus, sondern um den kritisch-visionären Blick deutsch-jüdischer Intellektueller auf die gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland geht. Martin Dietzsch und Regina Wamper legen erste und höchst aufschlussreiche Ergebnisse eines weiteren Projektes vor, das sich mit dem Bild von Juden in aktuellen rechts-christlichen und extrem rechten Publikationen befasst.
Die die Vorträge begleitenden, teilweise durchaus kontroversen Diskussionen geben interessante Einblicke in die Wirklichkeiten engagierter Wissenschaft, die ja nicht unbedingt immer akademisch und hochgestochen einherkommen muss.
Für an Diskursanalyse interessierte Wissenschaftler*innen* stellt das Buch so insgesamt auch einen Einstieg in Methodik, Praxis und Problematik diskursanalytischer Forschung dar.

Marco Zeier

DISS-Journal online

Bereits in der Vergangenheit konnte das DISS-Journal immer auch auf unserer Homepage eingesehen und runtergeladen werden. Mit dieser Ausgabe des DISS-Journals erhält diese Form der Verbreitung ein noch größeres Gewicht. Zukünftig wird das DISS-Journal nur noch in einer sehr begrenzten Auflage in gedruckter Form vorliegen. Die Ausgaben können jedoch – wie bisher – als PDF-Datei – über unsere Homepage runtergeladen werden. Über einen mail-Verteiler wird dann der jeweilige Erscheinungstermin mitgeteilt. Diejenigen, die in diesen Verteiler aufgenommen werden wollen, bitten wir um eine kurze Mitteilung. (info@diss-duisburg.de) Die Umstellung auf den vorwiegenden online-Modus bedeutet eine enorme Kostenreduzierung und – damit verbunden – die Möglichkeit, dass das DISS-Journal in Zukunft wieder häufiger erscheinen kann.



ISBN 978-3-89771-750-3
440 S., 29,80 €

Alfred Schobert
Analysen und Essays.
Extreme Rechte – Geschichtspolitik – Poststrukturalismus

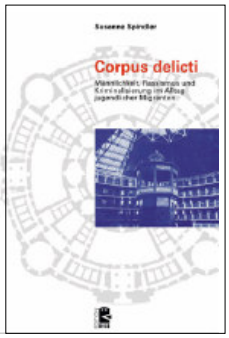
(*hg. von Martin Dietzsch, Siegfried Jäger und Moshe Zuckermann*)

„Dass poststrukturalistische Theorie und politische Praxis sehr wohl eine Verbindung eingehen können, beweisen die zahlreichen Texte von Alfred Schobert (1963-2006). Eine Sammlung seiner luziden wie klugen Darlegungen zu den inhaltlichen Stichpunkten Extreme Rechte, Geschichtspolitik und Poststrukturalismus hat das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung … nun herausgegeben und damit für eine breitere Öffentlichkeit als das Fachpublikum zugänglich gemacht.“ (Tobias Prüwer im LEIPZIG-ALMANACH)

„Schoberts Ziel: Gerechtigkeit. Das dritte Buchkapitel >Poststrukturalismus< dokumentiert, dass Schoberts Gedanken im Anschluss … an Derridas und Michel Foucault und seine Auseinandersetzung mit der Normalismustheorie … Jürgen Links ohne Ausnahme das Ziel verfolgen, ein Denken und damit ein politisches Handeln anzuregen, das auf Gerechtigkeit zielt.“ (Anton Maegerle im VORWÄRTS)

„Die Einleitung der Herausgeber stellt eine verlässliche Road Map durch die drei Teile des umfangreichen Bandes und damit durch drei spezifische, wenn auch eng miteinander verwandte, Dimensionen des Denkens, Forschens und des politischen Engagements des Verstorbenen dar …“ (Jürgen Link und Ursula Link-Heer in der zeitschrift für angewandte diskurstheorie KULTURREVOLUTION)

„Der allzu früh verstorbene Alfred Schobert war ein engagierter Wissenschaftler, der sich nicht damit begnügte, für Kollegen zu schreiben, sondern sich auch an Laien wandte, um den Kampf gegen Rechtsextremismus zu fördern. Wer ihn, so wie der Rezensent, an einer Tagung erlebte, wird ihn nie vergessen. Er sprach druckreif, mit Leidenschaft und faszinierte seine Hörer.“ (Karl Pfeifer in HAGALIL)



Edition DISS Bd. 9
ISBN 3-89771-738-7
358 S., 26 €

Susanne Spindler
Corpus delicti
Männlichkeit, Rassismus und Kriminalisierung im Alltag jugendlicher Migranten

Was ist dran am Bild des „jugendlichen ausländischen Machos“? Das vorliegende Buch zeigt in biografischen Analysen migrantischer Jugendlicher in Haft, wie deren Lebensgeschichten nicht nur von kulturellen Spezifika, sondern von hegemonialen Geschlechter- und Migrationspolitiken bestimmt sind.

Edition DISS Bd. 15
ISBN: 978-3-89771-744-2
160 S., 19,80 €

Susanne Spindler / Iris Tonks (Hg.)
AusnahmeZustände
Krise und Zukunft der Demokratie

Normalität ist prekär: Zunehmender Verarmung wird mit neo-sozialdarwinistischer Politik begegnet. Demografischer Wandel lässt eugenische Konzepte attraktiv werden. Einwanderung als Bedrohung ethnisiert soziale Probleme – Kulturen und Religionen werden auf Konfrontation gebracht. Welche Auswirkungen hat der weltweite Kampf um die Schlüsselressourcen unserer Erde auf Fragen um Normalität? Die Beiträge in diesem Buch gehen nicht nur solchen Fragen nach, sondern diskutieren auch, mit welchen demokratischen Gegenmodellen man der zurzeit gängigen gesellschaftlichen Praxis um Ausnahmezustände und Normalisierungsversuche begegnen kann.

Das Konzept Diskursanalyse hat sich inzwischen fächerübergreifend etabliert. Darauf verweist nicht nur die Vielzahl einschlägiger Veröffentlichungen in allen Disziplinen der Human- und Sozialwissenschaften, sondern auch deren zunehmende Qualität und thematische Bandbreite. Unsere Absicht, in dieser Ausgabe des DISS-Journals eine aktuelle Sammelrezension zu den wichtigsten dieser Publikationen vorzustellen, ließ sich angesichts dieser Fülle von Veröffentlichungen denn auch nicht realisieren, und mit einer Annotationsliste wollten wir uns auch nicht zufriedengeben. So fanden wir den Kompromiss, eine Reihe von Besprechungen abzudrucken, um auf diese Weise wenigstens die Vielfalt und Intensität der genannten Entwicklung anzudeuten.

Rezensionen zum Themenbereich Diskursanalyse

Ingo H. Warnke / Jürgen Spitzmüller (Hg.)
Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene
2009 Berlin/New York: de Gruyter,
ISBN 978-3-11- 020041-6,
449 Seiten, 99,95 €

Die positive Entwicklung der Diskursanalyse zeigt sich auch in dem Methodenreader, der bereits kurze Zeit nach dem Band „Diskurslinguistik nach Foucault“ im gleichen Verlag von Ingo Warnke herausgegeben worden ist und auf den ich im „Foucault Handbuch“, hg. von Kammler/Parr/Schneider, im Kapitel (Die Rezeption Foucaults in der „Sprachwissenschaft“) bereits ausführlich eingegangen bin. Der Schwerpunkt des hier vorzustellenden Bandes liegt bei der Frage einer angemessenen Methode der Diskurslinguistik, die im einleitenden Kapitel von den Herausgebern ausführlich zu beantworten versucht wird und eine Fülle bedenkenswerter Anregungen enthält. Das Konzept bezeichnet sich als Diskurslinguistische Mehrebenen-Analyse und figuriert unter dem griffigen Kürzel DIMEAN. Was ist gemeint? Gemeint sind systematische Analyseschritte als Stufen empirischer Analyse von der Erstlektüre über eine intratextuelle Ebenenzuordnung (textorientierte Analyse, propositionsorientierte Analyse, wortorientierte Analyse) zur Analyse der Diskurshandlungen und zur transtextuellen Ebenenzuordnung. Der Weg der Analyse beginnt also mit Einzeltexten und führt sodann zielgerichtet zum zu untersuchenden Diskurs(-strang). Auf diesem Weg, den die „Kritische Diskursanalyse“ in umgekehrter Reihenfolge in ähnlicher Weise beschreitet, wird eine Fülle interessanter Instrumentarien vorgestellt, die durchaus Platz in der Foucaultschen Werkzeugkiste haben können. Die Stringenz und Praktikabilität des einen oder anderen Verfahrens wird sich erst in der analytischen Arbeit erweisen, die es abzuwarten gilt. Soviel sei jedoch bereits gesagt, dass dieser stark linguistisch geprägte Zugang bei Warnke/Spitzmüller auch für die sozialwissenschaftliche Diskursanalyse von Wichtigkeit werden kann, die ja oftmals linguistischen Instrumentarien eher abwartend bis ablehnend gegenübersteht. Insoweit ist die Lektüre dieses Ansatzes auch für die benachbarten Disziplinen rundum zu empfehlen. Irritieren mag jedoch gleichwohl ein wenig die Zurückhaltung der Autoren gegenüber vorzunehmenden Bewertungen der Diskurse, die gelegentlich zu abqualifizierenden Abgrenzungen gegenüber Ansätzen Kritischer Diskursanalyse und – abgeschwächt: gegenüber Konzepten der Critical Discourse Analysis (Ruth Wodak, Teun A. van Dijk) – führt. Irritieren mag auch in Verbindung damit das Beharren auf dem bloßen Beschreiben der Diskurse, was eine gewisse positivistische Befangenheit zum Ausdruck bringt. Trotz dieser eher kritischen Anmerkungen muss die Lektüre insgesamt als spannend und weiterführend eingeschätzt werden.Dies gilt zudem für eine Reihe der abgedruckten Artikel, wobei der von Georg Albert mit dem Titel „Die Konstruktion des Subjekts in Philosophie und Diskurslinguistik“ hervorgehoben werden soll. Die Bemühungen, das Subjekt im Diskurs aufzuspüren, sind allerdings kaum von Erfolg gekrönt, weil der Diskurs kein subjektives Produkt ist, sondern ein gesellschaftliches, das allerdings subjektivierende Wirkung hat.Auch die Lektüre weiterer Artikel dieses Bandes ist anregend und dürfte die Diskussion um angemessene Verfahren der Diskursanalyse durchaus bereichern.

Siegfried Jäger

Ulrike Freikamp u.a. (Hg.)
Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik
2008 Berlin: Karl Dietz Verlag.
ISBN: 978-3-320-02136-8
328 S., 14,90 €

Welche Rolle spielen spezifische Forschungsmethoden in einem Forschungsprozess? Haben Methoden eine eigene Stimme? Und wenn ja, ist diese Stimme dann kritisch bzw.

führt die Methode per se und automatisch zu einer kritischen Forschung? Freikamp et al. reflektieren genau diese Fragestellungen auf Basis des Verhältnisses von Forschungsmethode und Gesellschaftskritik. Sie untersuchen verschiedene sozialwissenschaftliche Methoden und Forschungsprogramme, die für sich in Anspruch nehmen oder denen unterstellt wird, kritisch zu sein.

Dazu werden nach der Entfaltung eines Kritikbegriffs, der notwendigerweise vieldeutig ist, verschiedene Methoden unterschiedlicher Fachrichtungen herangezogen und auf das immanente Kritikpotential hin überprüft. Dieser interdisziplinäre Ansatz ermöglicht Vergleichsziehungen auf unterschiedlichen Ebenen vom allgemeinen Ansatz der jeweiligen Methode, dem Zugang zur Erkenntnisgewinnung bis hin zur praktischen Anwendbarkeit. Hervorzuheben ist dabei auch die „bunte Mischung" der Autoren – vom Kulturwissenschaftler bis zum Biologen; vom Professor bis zum Studierenden – was im Gesamtspektrum des Bandes immer wieder neue und spannende Perspektiven eröffnet.

Der erste Teil des Sammelbands fragt nach den gesellschaftskritischen Impulsen und Möglichkeiten der Aufdeckung von gesellschaftlich problematischen Strukturen durch kommunikationsorientierte und diskurstheoretische Ansätze wie der Kritischen Diskursanalyse oder der Objektiven Hermeneutik. Der zweite Teil konzentriert sich aus einer psychologischen Perspektive auf Subjekte und Subjektivierungsprozesse. Im dritten und vierten Teil verlassen die Beiträge die Ebene der Auseinandersetzung mit den Methoden und widmen sich einerseits der Methoden- und Wissenschaftskritik und andererseits der Frage nach der Dialektik der Methode.

Insgesamt wirkt der Sammelband gut strukturiert. Jede Methode wird kurz inhaltlich beschrieben und an praktischen Beispielen oder konkreten Forschungen exemplifiziert. Zentrale Frage ist dabei immer: Wie gesellschaftskritisch ist diese Methode?

In Bezug auf die Kritische Diskursanalyse (KDA) wird neben einer Erläuterung der Methodik und basaler theoretischer Hintergründe ein Fallbeispiel gegeben. Bei Foucault zentrale Begriffe wie *Macht, Herrschaft, Macht-Wissens-Komplex, Diskurs, Dispositiv* spielen immer wieder eine Rolle, da die Autoren in der Auseinandersetzung mit eben jenen das Kritikpotential der KDA an gesellschaftlichen Strukturen ausmachen. Bemängelt wird das aus Sicht der Autoren nicht immer terminologisch klar fixierte Begriffsgerüst. Sie sehen die KDA als „work in progress" (Freikamp et al. 2008: 58) und unternehmen den Versuch einer Systematisierung und Ergänzung um eigene Begrifflichkeiten. Insgesamt bewerten sie die KDA als aufschlussreiches, mit hohem Kritikpotential ausgestattetes Analyseinstrument, das aufgrund der vorwiegend sprachwissenschaftlichen Ausrichtung an einigen Stellen aus Sicht der Autoren durch Ansätze der Objektiven Hermeneutik zur Entdeckung von Latenzstrukturen und durch ethnopsychoanalytische Verfahren ergänzt werden sollte – dies insbesondere, um „die ungeklärte Validität von Kategorieeinteilungen und Interpretation zu verbessern" (Freikamp et al. 2008: 71). Deutlich wird: Forschungsmethoden sind Akteure, die innerhalb des Forschungsprozesses ebenjenen entscheidend zu beeinflussen im Stande sind und die Art und Ansatz der Kritik mitbestimmen. Ungeachtet der Rolle der Methoden ist aber insbesondere der Wissenschaftler gefragt, der gegenüber seinem Gegenstand eine kritische Haltung einnimmt: „Kritische Wissenschaft will Macht und Herrschaft, Gewalt und Unterdrückung, Unfreiheit und Ausschließung aufdecken und bietet dafür ihre eigenen Zugänge und Methoden an. Mit kritischer Forschung wird versucht, zu zeigen, dass nicht alles so ist, wie es scheint, und dass nicht alles so bleiben muss, wie es ist." (Freikamp et al. 2008: Auszug aus dem Klappentext). So kann eine Methode ein noch so hohes Kritikpotential aufweisen – ohne die kritische Grundhaltung und die Beharrlichkeit des kritischen Forschers ist dies schnell verpufft.

Jessica Breidbach

Andrea D. Bührmann / Werner Schneider
Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse
2008 Bielefeld: Transcript
ISBN 978-3-89942-818-6
80 S., 15,80 €

Es gibt in den gegenwärtigen Gesellschafts- und Sozialwissenschaften nur selten Publikationen, die „theoretisches Neuland" betreten. Das 2008 erschienene Buch „Vom Diskurs zum Dispositiv" tut dies. Das mag verwundern, gehören doch die Vokabeln Diskurs und Dispositiv mittlerweile fest zum Jargon des Feuilletons und des hegemonialen Kulturbetriebs. Andrea Bührmann und Werner Schneider präsentieren eine Einführung in die Dispositivanalyse, die durch ihre wissenschaftstheoretische und methodische Kompetenz überzeugt und einen umfassenden Überblick über die bisherige Forschung gibt, die sich an den Foucault'schen Dispositiv-Begriff anlehnt. In den ersten beiden Kapiteln (1. Diskursforschung und Dispositivkonzept, 2. Das Dispositivkonzept als Forschungsperspektive) rekapitulieren die Autoren bisherige Ansätze, um den Dispositiv-Begriff für eine empirische Forschung fruchtbar zu machen und befragen anschließend zentrale diskurstheoretische Konzepte wie ‚Diskurs', ‚Wissen' und ‚Macht' auf ihren Platz innerhalb eines empirisch umsetzbaren Dispositivkonzeptes. In einer ersten

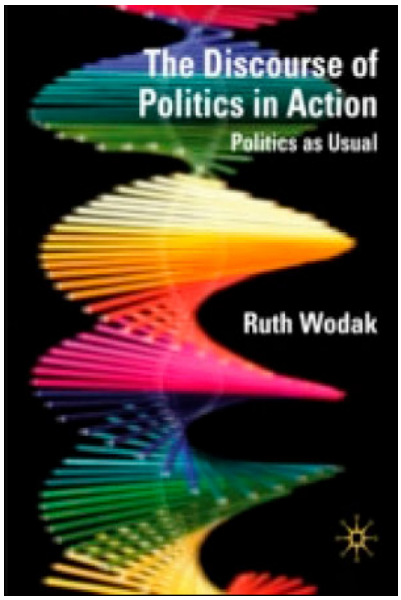
theoretischen Bestimmung fassen Bührmann und Schneider die Dispositivanalyse als einen Forschungsstil, in dessen Fokus die „Bestimmung des je über *Wissen* vermittelten Verhältnisses von *Diskurs*, *Macht* und *gesellschaftlichen Sein*." steht. (32) Der Begriff des Forschungsstil macht deutlich, dass es sich bei dieser Konzeption nicht um eine fixe Kanonisierung von Methoden und deren Umsetzung im Forschungsprozess handelt, sondern eher um eine Rahmung mit Hilfe spezifischer Leitfragen. Die analytischen Leitfragen der Dispositivanalyse konstituieren vier Felder: Praktiken (96-99), Subjektivationen/Subjektivierungen (100ff.), Objektivationen (103f.) und sozialer Wandel (105ff.). Diese Fragen sind für Bührmann/Schneider zugleich die Gütekriterien einer „ ‚gelungenen' Dispositivanalyse" (84), da sie das interpretative Gerüst für eine konkrete empirische Umsetzung stellen. Als methodologische Basis für diese Überlegung steht die „re-konstruktive Analytik", die den Fokus verschiebt „von der Analyse diskursiver Praxisformen und ihrer potenziellen (Macht-)Wirkung hin zur systematischen Analytik auch ihrer praktisch-materialen Entstehungsbedingungen und Folgewirkungen – und zwar sowohl für das beforschte Alltagssubjekt als auch für das forschende Forscher-Subjekt." (89) Im 4. Kapitel zeigen Bührmann/Schneider an den Beispielen des Geschlechterdispositivs und des Sterbe-/Todesdispositivs, wie die theoretischen und methodologischen Überlegungen in der Forschungspraxis umgesetzt werden können. Dabei zeigt sich, dass beide das Postulat der relativen, methodischen Offenheit für ihre Dispositivforschung ernst nehmen. Der von ihnen eingenommene „dispositivanalytische Blick" (132 u. 146) auf das spezifische Forschungsfeld erfordert von dem/der Forscher*in* thematische und theoretische Informiertheit, um z. B. analysetragende Leitdifferenzen wie „diskursiv" und „nicht-diskursiv" identifizierbar zu machen und in das Forschungsdesiderat zu integrieren. Hier wird noch einmal deutlich, dass beide sich um die Grundlegung einer Dispositiv*forschung* bemühen, die eine „Rahmung" für heterogene aber theoretisch integrierbare Konzepte darstellt. Dies wird auch beim Ausblick im Schlusskapitel deutlich. Als dringlichste Fragen werden die Prüfung neuer Theorieanschlüsse sowie eine stärker machttheoretische „*Verhältnisbestimmung zwischen Diskurs bzw. diskursiven Praktiken und nicht-diskursiven Praktiken*." (155) Andrea Bührmann und Werner Schneider leisten mehr als eine „Einführung in die Dispositivanalyse." Hervorzuheben ist vor allem ihre Bestrebung, die heterogenen und bisher diffus nebeneinander stehenden theoretischen und empirischen Bemühungen zu einer Dispositivforschung zu verbinden

Jens Zimmermann

Brigitte Kerchner / Silke Schneider (Hg.)
Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung
2006 Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
ISBN 978-3-531-15240-0
363 S., 29,90 €

„Zwischen Faszination und Abwehr" (S. 9), so beschreiben die Herausgeberinnen die Rezeption der Foucault'schen Diskurstheorie in der Politikwissenschaft und fragen, wie man das Politische (seine Voraussetzungen und Wirkungen) nicht nur mit Habermas oder mit den Erkenntnissen der anglo-amerikanischen *discourse analysis*, sondern auch mit Foucault analysieren kann. In fünf thematischen Blöcken (*Wissen und Politik, Politik der Moleküle, Politik der Sicherheiten, Politik der Identitäten* und *Foucault – Warum nicht?*) wird versucht: a) Debatten über Diskursanalysen in anderen Forschungsdisziplinen (besonders in der Geschichte und in der Soziologie) zu reflektieren und auf die Politikwissenschaft zu beziehen, b) anhand diverser Politikfelder die Foucault'sche Werkzeugkiste zu operationalisieren, c) Foucault kritisch zu lesen.
Es wird u.a. danach gefragt, inwiefern die „strukturalistische Tätigkeit" zu operationalisieren ist, ob Profilierung des Diskurses oder Integration anderer Ansätze die politikwissenschaftliche Diskursanalyse prägen soll, welche Rolle das Geschichtliche spielt, worin die Dekonstruktion der Diskursanalyse besteht, wie die Analyse von Macht in die Politikwissenschaft zu integrieren ist und was es bedeutet, das Politische in „kulturtheoretischer" Perspektive zu betrachten.
Die Stärke des Buches besteht darin, dass man weniger über Erkenntnisgrenzen, sondern vielmehr über das Potenzial der Foucaultschen Diskursanalyse diskutiert (im Sinne einer Forschungsperspektive) und dadurch zur Weiterentwicklung der breitgefassten, empirischen Diskursforschung (hier in der politikwissenschaftlich ausgerichteten Variante) beiträgt.

Lukasz Kumiega



Ruth Wodak
The Discourse of Politics in Action. Politics as Usual

2009 Basingstoke Hampshire: Palgrave Macmillan
ISBN 978-0-230-01881-5
272 S., 52 £

Die Wittgenstein-Preisträgerin Ruth Wodak und wohl mit die kreativste und produktivste Vertreterin der Cri-

tical Discourse Analysis hat mit ihrem neuesten Buch in einen brillianten Beitrag einen sehr diversifizierten Blick hinter die Kulissen der großen Politik geworfen, die man – den Inszenierungen der Medien mehr oder weniger ausgeliefert – nahezu immer nur von ihrer glamourösen Seite zur Kenntnis nehmen kann. Sie zeigt, wie banal und schlicht Politik tatsächlich vonstatten geht. So würden nationale Identitäten ganz konkret zusammengebastelt oder aber auch eine europäische Identität (und Homogenität) recht freihändig diskursiv konstruiert, die es in Wirklichkeit so nicht und nirgends gebe. Anhand von sorgfältig ausgewählten schriftlichen und mündlichen Materialien werden die herrschenden oder doch obwaltenden Klischees herausgearbeitet, die dafür sorgen, dass Homogenitäten formiert werden, wo diese in Wirklichkeit nicht zu finden sind. Erstaunt fragt sich die Autorin und mit ihr die Leserschaft, wie es denn geschehen könne, dass doch die ausgesuchten Eliten, die die über 700 Mitglieder des Europaparlaments doch wohl zu sein beanspruchen, sich diesem Schwindel unterwerfen. Wodak konstatiert: „Ich nehme an, dass das Management des Wissens durch das Aushandeln, Teilen, Einschließen, Ausschließen von Präsuppositionen (und durch andere pragmatische Mittel wie Insinuationen, Inferenzen und Implikaturen) stillschweigende sprachliche Mittel zur Konstruktion von Mächtigkeit und Ordnung in der offensichtlichen ´Unordnung´ im europäischen Parlament darstellen." (S. 75) Die Grundlagen für solche Einschätzungen sind das reichhaltige schriftliche Material, aber auch Interviews mit Parlamentarier*innen*. Dabei wird ein umfassendes, thematisches Spektrum unter die diskursanalytische Lupe genommen (Was heißt europäisch? Was sind die Europavisionen der Parlamentarier*innen*?). Geradezu ethnographisch beobachtet die Verfasserin die Stationen des Alltags der Parlamentarier*innen* vom frühen Morgen, über Komitee-Sitzungen, Phototermine, Mittagessen, Lektüren u.ä., also durch das gesamte alltägliche Chaos, dessen Bewältigung nur mit Hilfe eines Assistenten oder einer Assistentin möglich ist. Er/sie briefen die Abgeordneten ständig für die nächste Herausforderung, was aufgrund der Vielzahl der Anforderungen immer nur oberflächlich erfolgen kann. Wie eine Art Steuermann oder Steuerfrau manövrieren sie die Abgeordneten durch die chaotischen Gewässer der mannigfaltigen Anforderungen der vielen täglichen, diskursiven Rangeleien des parlamentarischen Wettstreits hinter den Kulissen, der aber für die Rezipient*innen* nur in geglätteter und oft sensationalisierender und damit banalisierender Weise über die Medien sichtbar wird. Im Endeffekt sieht die Autorin darin einen Beitrag zur Entpolitisierung. Politik in Aktion bleibt unsichtbar, hinter den Kulissen, backstage. Daher versteht die Verfasserin ihre de-mystifizierenden Analysen auch als Beitrag dazu, reale Politik und ihre Fallstricke besser begreiflich werden zu lassen und einer Entpolitisierung und der damit zugleich einhergehenden Entmündigung der Bevölkerungen entgegenzuwirken. Dazu gehört aber auch, Entscheidungsprozeduren sichtbar zu machen, was den Wähler*innen* erst ermöglichen könnte, sich politisch auf den verschiedensten Ebenen zu beteiligen. Doch das, so wird deutlich, reicht alleine noch nicht aus: auch mit der ständigen Fiktionalisierung von Politik und Politkern müsse Schluss sein. Solche Fiktionalisierungen führen dann auch zu Entpolitisierungen, wenn sie ein Idealbild von Politik zeichnen, das mit wirklicher Politik nichts zu tun hat. Dies weist Wodak akribisch an einer Wild-West-Soap auf, in der es um amerikanische Werte geht. Doch hier wird ein Teufelskreis sichtbar: die entstehende Unzufriedenheit mit der präsentierten Politik und die Unsichtbarkeit von realer Politik führen dazu, dass sich immer mehr Menschen Fiktionalisierungen zuwenden, was wiederum zu Entpolitisierungen führt. Ruth Wodak ist jedoch überzeugt – oder hofft zumindest – dass interdisziplinäre enthnographische und kritische Diskursanalyse ihre Leser*innen* ermutigen wird, über die Komplexität und die gegenseitigen Abhängigkeiten von Politik, Medien und die damit verbundenen Zwänge nachzudenken. Insgesamt eine spannende Lektüre, die den politischen Nutzen von Diskursanalyse eindrucksvoll unter Beweis stellt.

Siegfried Jäger

Daniel Hechler / Axel Philipps (Hg.)
Widerstand denken.
Michel Foucault und die Grenzen der Macht
2008 Bielefeld: transcript
ISBN 978-3-89942-830-8
282 S., 26,80 €

Vielseitig, in sich stimmig und kritisch werden Foucault'sche Widerstandskonzeptionen in dem von Daniel Hechler und Axel Philipps herausgegebenen Sammelband „Widerstand denken" diskutiert. Auf der Folie der Machtkonzeption Foucaults wird in den Beiträgen der Frage nachgegangen, wie Widerstand denkbar ist, wo er anfängt und wo er seine Grenzen findet. Ergänzt wird die gelungene, theoretische Ausarbeitung durch „Analysen von Widerständigkeiten".
Alt ist inzwischen der Anwurf gegen Foucault und andere poststrukturalistische Intellektuelle, ihre Subjekttheorien böten keinen Ort für Widerstände, keine Ausgangspunkte, keine Möglichkeiten. Ebenso alt ist die Foucaultrezeption, die seine Machttheorie übersieht und so der Diskurstheorie ihre politische und kritische Einbettung nimmt.
Gegen beide Rezeptionsansätze wendet sich dieses Buch: Es wird nicht nur herausgearbeitet, dass Widerstand möglich sein kann, sondern auch, dass er faktisch ist, dass vielfältige, subversive Praktiken stattfinden und Widerstand gegen Verfestigungen der Macht, sprich: ge-

gen Herrschaft nicht nur denkbar sondern notwendig ist.
Unter Praktiken der Subversion wird hier sowohl das Erfinden und Erproben neuer Identitäten oder Subjektivitäten verstanden, als auch Unruhen, alltägliche Interventionen und Resistenzen.
Ulrich Brieler verortet Foucault in seinem Beitrag „Widerspenstige Subjektivitäten“ in einem politischen Spektrum, das subjektverändernde Potentiale antiautoritärer Kämpfe anerkennt. Mit seinen Stellungnahmen gegen „die Bürokraten der Revolution und die Funktionäre der Wahrheit“ wendete er sich einer libertären und dezentralen Linken zu. Foucault konstatiere, so führt Brieler aus, drei Arten der Kämpfe: gegen Herrschaft, gegen Ausbeutung und gegen die Unterwerfung der Subjektivität. Im letzteren konstituiere sich das Eigene im Widerstehen, es gehe um die Veränderung der Subjektivität im Widerstand, um Kämpfe um neue Lebensweisen. Dass diese Lebensweisen nicht statisch werden dürfen, dass sie dynamisch bleiben müssen, um nicht zur Herrschaftstechnik umfunktioniert werden zu können, darauf weist Jens Kastner in seinem Beitrag „Gegen-Verhalten im Neoliberalismus“ hin. Er fragt danach, woher Widerstandsbrennpunkte und Gegenverhalten kommen und fokussiert spezifische soziale Kämpfe, die nicht primär ökonomisch oder politisch motiviert sind. Gegenverhalten unterscheide sich nicht von Macht durch die Proklamation des Außen, es schere nicht aus sondern habe schlicht andere Prozeduren. Zu „Gegenverhalten der Subjektivierung“ zählt Kastner Praktiken des Ungehorsams, der Befehlsverweigerung, des Normenbruchs und der Verweigerung der Zustimmung.
Die Beitragenden widmen sich Fragen des Widerstandsrechtes, der Lücken in Herrschaftszuständen, nach Praktiken der Freiheit und dem Verhältnis von Herrschaft, Macht und Widerstand. Die AutorInnen diskutieren Foucault mit und gegen Deleuze, Baudrillard, Butler und Nietzsche.
Eine wichtige, gut lesbare und spannende Foucault-Lektüre bietet dieser Band, in dem Kritiken an Foucault diskutiert, wesentliche Fragen beantwortet und oft ausgeblendete Aussagen in den Fokus gestellt werden. Gleich wo genau die Grenzen des Widerstands liegen mögen, gleich ob wir die genauen Möglichkeitsbedingungen ausfindig machen können, Widerstand findet statt. Und das ist gut so, denn „[a]n einen [irreversiblen] Herrschaftszustand zu glauben, wäre [...] ein Paradestück der Gouvernementalität“ (S. 117).

Regina Wamper

PROKLA 151
Gesellschaftstheorie nach Marx und Foucault,
38. Jahrgang, Band 151, Nr. 2, Juni 2008
ISBN: 978-3-89691-351-7
171 S. 12,00 €

„Das Verhältnis von Marx und Foucault wird trotz einer großen Schnittmenge an theoretischen Interessen, zahlreichen Übereinstimmungen in den analytischen Aussagen und Gemeinsamkeiten in den emanzipatorischen Zielen kaum thematisiert“, so die Redaktion der Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Um so wichtiger ist es zu prüfen, was Foucault zur Kritik der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft beitragen kann und wie sich mit ihm Gesellschaftstheorie, die Begriffe von Marx und die der ihm folgenden Tradition weiterentwickeln lassen, aber auch wie sich seine eigenen Analysen mit den Begriffen von Marx weiter entfalten lassen. Neben Überlegungen grundlegender Art, die das Verhältnis beider Wissenschaftler zueinander betreffen und die sich insbesondere auf Foucaults explizite Bezugnahmen auf Marx und/oder Marxismus beziehen, geht es vor allem um die Macht- und Ökonomiebegriffe beider Autoren. Ist eine Foucault'sche Machtanalytik, der es letztlich nicht um die Abschaffung, sondern um Transformation von Macht geht, vereinbar mit der Ökonomiekritik Marx? Inwiefern lässt sich Foucaults sogenannter Anti-Essentialismus für linke Politik nutzen ohne in Begründungsrelativismen zu fallen? Was leistet Foucaults Diskursanalyse für eine kritische Gesellschaftstheorie und wie lassen sich seine Überlegungen zur Gouvernementalität für emanzipatorische Gesellschaftskritik nutzen?
Ob Marx und Foucault miteinander zu vereinen sind wird in den Aufsätzen aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert. Dabei ist es den Autoren und der PROKLA-Redaktion gelungen ein facettenreiches Spektrum an Argumenten und Themen abzudecken.

Emel Çetin

Anne Waldschmidt / Anne Klein / Miguel Tamayo Korte
„Das Wissen der Leute“. Bioethik, Alltag und Macht im Internet
2009 Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
ISBN 978-3-531-15664-4
323 S., 39,90 €

Wie denken die Leute auf der Straße u. a. über Klone, Gentests und Behinderung?
Diesem „Alltagswissen“ in der bioethischen Diskussion eine Öffentlichkeit zu geben, ist das Ziel des von der „Aktion Mensch“ koordinierten Internetforums „1000 Fragen zur Bioethik“.

In der vorliegenden Studie „Das Wissen der Leute“ werten Anne Waldschmidt, Anne Klein und Miguel Tamayo Korte die Beiträge dieses Internetforums quantitativ und qualitativ aus. Dabei berücksichtigen sie besonders partizipationstheoretische und wissenssoziologische Aspekte. Um das umfangreiche Corpus auswerten zu können, entwickelt das Forschungsteam einen innovativen Methoden–Mix aus Qualitativer Inhaltsanalyse, grounded theory und der Interdiskurstheorie Jürgen Links. In der Vielfalt von Beiträgen expliziert es eine spezifische Diskursordnung: Im Forum haben die Beteiligten im Gegensatz zu den Spezialdiskursen der Fachwissenschaften die Möglichkeit, ihr subjektives Erfahrungswissen einzubringen. Durch diese Wissensformen werden andere Muster in der Diskursstruktur hervorgebracht als die Verwendung von Spezialwissen. Im Internetforum nehmen „Betroffene“ und „Experten“ jeweils legitime Sprecherpositionen ein, die sich in der jeweiligen Wissensform diametral gegenüberstehen. Auch wenn sie die gleichen Themen und Begrifflichkeiten verwenden, bestehen zwischen ihnen Unterschiede in der Konstruktion von Gegenständen und Subjektivitäten.

Die Forscher*innen* kommen zu dem Ergebnis, dass sich im Forum eher Moralisierungen und weniger Pragmatismus finden lassen. Exemplarisch weisen sie in der Rede über Klone, Behinderung und Selbstbestimmung diskursive Grenzverschiebungen nach. Mit der Diskursfigur des „behinderten Kindes“ dominiert beispielsweise in der Rede über Behinderung ein mitleidiger, sozial distanzierender Blick. Die nachgewiesene Tendenz zur Infantilisierung spricht dafür, dass der behindertenpolitische Paradigmenwechsel, der in der Umbenennung von „Aktion Sorgenkind“ zu „Aktion Mensch“ zum Ausdruck gebracht wird, nicht im „Wissen der Leute“ angekommen ist.

Weiter trägt die Studie wesentlich dazu bei, ein für Internetforen spezifisches Setting vielfältiger Wissensformationen sichtbar zu machen. Wie bedeutungsvoll dieser Einblick ist, wird in Anbetracht des steigenden Anteils der Internet-Nutzer (Deutschland 2009: 67,1 %) und der zunehmenden Diskussionsforen deutlich. In Bezug auf dieses Portal ist interessant, dass die bis dahin im bioethischen Diskurs unterdrückten Wissensformen und -bestände – wie subjektive Erfahrungen und Gefühle der Leute – greifbar werden. Ob dies deren Chance auf machtrelevante Teilhabe erhöht, wie sich dies „Aktion Mensch“ erhofft, gilt es weiter nach zu verfolgen. Inwieweit das Internetforum, das in der Studie als „alltagsnah“ charakterisiert wird, mit *dem* Alltagswissen als einer diskursanalytisch relevanten Kategorie assoziiert werden kann, gilt es zu überprüfen. Denn gerade dieses Forum bildet eine spezifische mediale Öffentlichkeit mit spezifischen Wirklichkeitskonstruktionen und Diskurspraktiken ab. So werden den zentralen Fragen Paten zugeordnet, die in einem Statement „erklären, warum sie gerade diese besonders wichtig finden.“ Als Paten agieren „Persönlichkeiten“ aus Politik, Film und Wissenschaft. Weiter konzipierte „Aktion Mensch“ in Zusammenarbeit mit dem Gen-ethischen Netzwerk begleitend zum Forum eine Informationsbroschüre für Schüler*innen*, die „viele Anregungen und Denkanstöße“ gibt, damit diese sich eine eigene Meinung bilden. Ein entsprechendes Begleitheft für *Lehrerinnen* kann man ebenfalls downloaden. Dieses Agieren über die Internetplattform hinaus zeigt, dass hier bestimmte Wissensformationen institutionalisiert werden sollen. Leider fallen diese Broschüren nicht in die Erhebung der vorliegenden Studie. Sie zeigen aber, dass sich im Kontext dieses Forums eine diskursanalytisch höchst interessante Zirkulation und Transformation unterschiedlicher Wissensformationen entwickelt hat. Um dieses Setting weiter fassen zu können, ist es unabdingbar, die Begriffe Interdiskurs und Alltagsdiskurs diskurstheoretisch genauer abzugrenzen. In diesem Ensemble muss das Internet in seiner Spezifität diskurstheoretisch verortet werden. Damit weist die Studie nicht nur ein klares Aufgabenfeld für die Weiterentwicklung diskursanalytischer Forschung auf, sondern liefert selbst bereits konkrete und lohnenswerte Ansätze. Gerade aus diskurstheoretischer und –methodischer Perspektive ist diese Studie äußerst anregend und unbedingt lesenswert.

Dorothee Obermann-Jeschke

Edition DISS Bd. 4
ISBN 3-89771-733-6
246 S., 16 €

Martin Dietzsch / Siegfried Jäger / Helmut Kellershohn / Alfred Schobert
Nation statt Demokratie
Sein und Design der »Jungen Freiheit«

Obwohl programmatisch der Tradition des völkischen Nationalismus verpflichtet, entspricht die „Junge Freiheit“ dennoch nicht der Klischee-Vorstellung einer „rechten“ Zeitung. Die Analyse zeigt, dass sich das Blatt – mal getarnt, mal mit offenen Visier – im rechten Grenzraum des Verfassungs-bogens bewegt und dadurch Woche für Woche intellektuelle Aufrüstung gegen eine moderne demokratische Gesellschaft betreibt. Der Band enthält gleichfalls wichtige Hinweise zu einzelnen Mitarbeitern und Autoren sowie ein Glossar zu wichtigen Publikationen und Organisationen aus dem Umfeld der „Jungen Freiheit“.

Edition DISS Bd. 12
ISBN 3-89771-741-7
288 S., 20 €

Semra Çelik
Grenzen und Grenzgänger
Diskursive Positionierungen im Kontext türkischer Einwanderung

Die diskursanalytische Untersuchung arbeitet heraus, welche nationalen Selbst- und Fremdbilder türkische Migrant*innen* in Deutschland wahrnehmen und wie sie sich anhand dieser „ethnisch“ positionieren. Dabei zeigt sich u.a., dass sie im Zusammenspiel von Begrenzung und Wahlfreiheit die ihnen diskursiv zugeschriebenen „türkischen“ Identitäten (re-)produzieren.

Raphael Böß
Step into a world!
HipHop zwischen Marginalität und Mitte
ISBN 978-3-89771-496-0
142 Seiten, 14 Euro

Leipziger Kamera (Hg.)
Kontrollverluste
Interventionen gegen Überwachung
256 Seiten, 18 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-491-5

Andreas Kemper, Heike Weinbach
Klassismus
Eine Einführung
ISBN 978-3-89771-467-0
188 Seiten, 13 Euro

AG gegen Rassismus in den Lebenswissenschaften (Hg.)
Gemachte Differenz
Kontinuitäten biologischer »Rasse«-Konzepte
368 Seiten, 19,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-475-5

Markus End, Kathrin Herold, Yvonne Robel
Antiziganistische Zustände
Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments
284 Seiten, 18 EUR [D] |
ISBN 978-3-89771-489-2

Gabi Elverich, Annita Kalpaka & Karin Reindlmeier (Hg.)
Spurensicherung
Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft
ISBN 978-3-89771-498-4
304 Seiten, 18 Euro

UNRAST Verlag
Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de
UNRAST

Zwischen Linguistik und Soziologie

Kritische Diskursanalyse in Polen

Lukasz Kumiega (Warszawa/Düsseldorf)

Auch in Polen wird Diskursanalyse seit einigen Jahren als ein Forschungsprogramm verstanden, das zur Untersuchung und Kritik diverser gesellschaftlicher Phänomene genutzt wird und sich explizit auf eine Theorietradition bezieht. Aus dem ganzen Ensemble diskurstheoretischer Erwägungen dominiert hier vor allem die Rezeption anglosächsischer Theorien. Disziplinen, die sich einer solchen Perspektive geöffnet haben, sind vor allem Linguistik und Soziologie. Als ein gewisser Vorreiter der kritischen Studien gilt im polnischen Sprachraum der Literaturwissenschaftler Michal Glowinski und seine Arbeiten zum kommunistischen „Newspeak" (vgl. Glowinski 1990). Ohne jetzt auf Details eingehen zu können, möchte ich hier einige (!) gegenwärtige Tendenzen aufzeigen, die im Umfeld der breit angelegten Diskursforschung in Polen (in ihrer kritischen Version) zu verorten sind.

Eine von wenigen Linguistinnen, die sich in Polen mit dem Diskursbegriff näher auseinander setzte, war Anna Duszak, die in ihrer Monographie (vgl. Duszak 1998) vor allem dem Verhältnis zwischen Text, Diskurs und interkultureller Kommunikation nachgegangen ist. Diskurs ist nach Duszak „Text im Kontext". Somit wurden die rein formalistischen Methoden der linguistischen Diskursanalyse, die eher nach der Struktur des Diskurses fragen, um den prozessualen und kontextuellen Aspekt erweitert. An diese Überlegungen anknüpfend entwickeln sich am Institut für Angewandte Linguistik der Universität Warschau zwei diskursanalytische Zweige.

Zum einen ist dies die sogenannte kritische Linguistik, die an die Theorien von Chomsky und Halliday anknüpft und diese zu erweitern sucht. In dieser Perspektive ist Diskurs ein „zentraler Faktor der sozialen Konstruktion von Gesellschaften (…) und ein wichtiger Machtfaktor" (Fairclough, Duszak 2008:16-17). Das Linguistische in dieser Perspektive kommt darin zum Ausdruck, dass man in den Untersuchungen neben den Gesellschafts- und Machtanalysen Textanalyse[1] eine wichtige Rolle der zuspricht (vgl. Duszak 2006).[2]

„Political-linguistic" ist das zweite Projekt, das Universität Warschau zusammen mit der Universität Lodz seit 2007 realisiert. Die dort behandelten Aspekte sind:

- politische Rhetorik in medialen Kontexten,
- normative Verwendung der Sprache,
- sprachlich basierte Reproduktion von Ideologien,
- Rhetorik politischer Systeme und politischen Wandelns,
- Sprache politischer Institutionen,
- Globalisierung in politischen Diskursen etc.[3]

Zu den Linguistinnen, die Diskursanalyse als eine Methode betrachten, gehören u.a. auch Ewa Micz-

1 Texte werden hier multimodal aufgefasst.

2 Die Debatte rund um die Problematik der kritischen Linguistik hat in Warschau während der internationalen Tagung „*Critical* Discourse Analysis and *Global Media*" stattgefunden (Warschau, 18.09. – 20.09.2008, *vgl.* http://globe.ils.uw.edu.pl/index.php?section=4&subsection=1 *(21.10.09)).* Die Ergebnisse dieser Tagung wurden in einem umfangreichen Tagungsband mit Texten in deutscher und englischer Sprache dokumentiert (vgl. Duszak, House, Kumiega 2009*).*

3 Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden während „Political Linguistics Conferences" präsentiert und dokumentiert (vgl. http://pl.ils.uw.edu.pl/ (21.10.09)).

ka, die den Diskurs stärker aus der kognitiven Perspektive definiert (vgl. Miczka 2002) und Izabela Prokop, die Diskurse gesprächsanalytisch untersucht (vgl. Prokop 1995). Darüber hinaus gibt es in der polnischen Linguistik einige Autor*inn*en, die kritische Analysen der öffentlichen Kommunikation durchführen wie z.B. *Bralczyk, Mosiolek*-Klosinska 2000.

Im Gegensatz zu der relativ breiten Rezeption anglosächsischer Diskurstheorie ist die Rezeption des poststrukturalistischen Diskurskonzepts (vor allem in der Linguistik) eher gering. Nur einige polnische Germanist*inn*en erwähnen die bereits in Deutschland stattfindende breite Rezeption der Diskursanalyse poststrukturalistischer Prägung und machen die zum Gegenstand eigener Analysen. Hier wird vor allem die „Diskurslinguistik" wahrgenommen (vgl. z.B. Bilut-Homplewicz 2006, Miller 2006).[4]

Wie schon erwähnt, ist Diskursanalyse auch in der polnischen Soziologie ein wichtiges aber auch umstrittenes Forschungsprogramm. Umstritten ist es in dem Sinne, dass mehrere Jahre vor allem die quantitativen Methoden die polnische Soziologie geprägt haben. Erst seit einiger Zeit wird gesehen, dass „Kommunikationsprozesse in Gesellschaften, ‚Werden' und Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Prozessen öffentlicher Kommunikation wichtig sind" (Czyzewski, Kowalski, Piotrowski 1997).

Vor allem zwei polnische Soziologen beziehen sich explizit auf Diskurstheorie. Zum einen ist das Marek Czyzewski von der Universität Lodz, der öffentliche Debatten im Rahmen einer sogenannten „vermittelnden Diskursanalyse" untersucht, die die Erkenntnisse der enthnomethodologischen Konversationsanalyse mit der Kritischen Diskursanalyse (in der anglosächsischer Variante) verbindet (vgl. Czyzewski 2005). Lech M. Nijakowski von der Universität Warschau hat ein diskursanalytisches Modell zu Analysen der nationalen und ethnischen Minderheiten in Polen entwickelt (vgl. Nijakowski 2002).

Mit diesem (kleinen) Überblick der polnischen Diskursforschung werden selbstverständlich nicht alle Repräsentant*inn*en dieser theoretisch-methodologischen Ausrichtung genannt. Es steht außer Zweifel, dass diese Forschungsperspektive in Polen neu ist und daher weitere Reflexionen erforderlich sind. Aus meiner Sicht gehören zu den wichtigsten vor allem zwei Aspekte: die Entwicklungen in der polnischen Diskursforschung sollten Diskursanalyse als ein interdisziplinäres Forschungsprogramm betrachten, deswegen wäre eine Zusammenarbeit zwischen Linguistik und Soziologie sehr sinnvoll[5]. In die Diskursforschung sollten poststrukturalistische Diskurskonzepts einbezogen werden und konstruktiv mit den anglosächsischen Konzeptionen verglichen werden. Dies könnten weitere Herausforderungen sein, denen sich die polnische Diskursforschung stellen sollte.

4 Vom Interesse polnischer Germanist*inn*en an der Diskurskategorie zeugt auch die in diesem Jahr veranstaltete Internationale wissenschaftliche Konferenz des Verbandes Polnischer Germanisten, die zum Thema „Diskurse als Mittel und Gegenstände der Germanistik" hatte (Olsztyn, 8."10. 5. 2009).

5 Der erste Versuch einer solchen Kooperation wurde von Marek Czyzewski vorgenommen, der im Juni 2009 die erste diskursanalytische Werkstatt veranstaltet hat, an der Vertreter diverser wissenschaftlichen Disziplinen aus Polen teilgenommen haben (Lodz, 12.06-13.06.2009). Die nächste Werkstatt fand vom 13.11 bis 14.11.2009 an der Universität Warschau statt.

Literatur:

Bilut-Homplewicz, Zofia (2006): *Diskurslinguistik - ein Paradigmenwechsel*. In: Homa, Jaromin; Lucyna, Wille (eds.): *Menschen - Sprachen - Kulturen*. Marburg. S. 39-47.

Bralczyk, Jerzy; Katarzyna, Mosio³ek-Klosinska (2000): *Jezyk w mediach masowych. Warszawa.*

Czyzewski, Marek (2005): *Öffentliche Kommunikation und Rechtsextremismus*. Lodz.

Czyzewski, Marek; Sergiusz, *Kowalski*, Andrzej, *Piotrowski (1997): Rytualny chaos - studium dyskursu publicznego*. Krakow.

Duszak, Anna (1998): *Tekst, dyskurs, komunikacja miedzykulturowa*. Warszawa.

Duszak, Anna (2006): *Why 'New' Newspeak? Axiological Insights into Language Ideologies and Practices in Poland*. In: Mar-Molinero, Clare; Patrick, Stevenson (eds.) Language Ideologies, Policies and Practices: Language and the Future of Europe. Houndmills and New York: Palgrave Macmillan. S. 91-103.

Duszak, Anna; Juliane, House; *Lukasz, Kumiega (2009, eds.):* Globalization, Discourse, Media: In a Critical Perspective / Globalisierung, Diskurse, Medien: eine kritische Perspektive. *Warszawa.*

Fairclough, Norman; Anna, Duszak (2008): *Krytyczna Analiza Dyskursu. Interdyscyplinarne podejœcie do komunikacji spolecznej*. Krakow.

Glowinski*,* Michal *(1990): Nowomowa po polsku. Warszawa.*

Miczka, Ewa (2002): *Kognitywne struktury sytuacyjne i informacyjne w interpretacji dyskursu. Katowice.*

Miller, Dorota (2006): *Das Chamäleon DISKURS*. In: Wawrzyniak, Zdzislaw; Zbigniew Swiatlowski (eds.): *Studia Germanica Resoviensia 4*, Nr. 35/2006. Rzeszow. S. 169-179.

Nijakowski, Lech M. (2002): *Dyskursy o Slasku. Ksztaltowanie slaskiej tozsamosci regionalnej i narodowej w dyskursie publicznym.* Warszawa.

Prokop, Izabela (1995): *Stereotype, Fremdbilder und Vorurteile*. In: Czyzewski, Marek; Elisabeth, Gülich; Heiko, Hausendorf; Maria, Kastner (eds.): *Nationale Selbst- und Fremdbilder im Gespräch*. Opladen. S.180-202.

„NO a Bolonia!“

Wie Studenten in Spanien die Reform verhindern wollen

Alexander Wolf

Jeden Morgen nach dem Aufstehen wird Luis daran erinnert, wofür er kämpft. Der Betonklotz, in dessen Innern er sein Zelt aufgeschlagen hat, ist die Fakultät für Journalistik der öffentlichen Universität Complutense, der größten Uni Madrids. Fast jeder Zentimeter in dem gewaltigen Gebäude strotzt vor revolutionären Sprüchen. „Gegen die Privatisierung der Universitäten!“, heißt es da in blutroten Lettern, oder „Bologna ist der Tod der freien Bildung“. In einem Seminarraum neben dem kleinen Protestcamp im Foyer der Fakultät widmen sich einige Studierende gerade den Grundlagen des europäischen Mediensystems. Als zwei Protestler mit Schlabberhosen eintreten, um noch einmal an den großen Streik in der nächsten Woche zu erinnern, sagt die Professorin: „Hört gut zu, das hier ist wichtig! Vielleicht nicht mehr für euch, aber für alle, die nach euch studieren gehen!“

Die Umstellung auf das Bachelor/Master-System ist in Spanien gerade in vollem Gange. Was auf EU-Ebene 1999 beschlossen wurde und bis 2010 umgesetzt sein soll, soll einen europäischen Hochschulraum schaffen. Das Studium soll international vergleichbar und die Absolventen sollen besser auf den Beruf vorbereitet werden. Nebenbei wird das Studium verschult und verdichtet - in sechs Semestern soll der Bachelor geschafft werden; der Master dauert in der Regel zwei Semester mehr.

In Spanien hat dieser ‚Bologna-Plan’ Wellen des Protestes, Demonstrationen und Besetzungen ausgelöst. In den letzten fünf Jahren wurden drei spanische Bildungsminister verschlissen. Die erste und zweite Generation, die nach dem totalitären Franco-Regime aufgewachsen ist, versteht unter Demokratie noch einen Ort der Mitbestimmung (und das nicht nur am Wahltag). Was in Deutschland in den 68ern passierte, zeigt sich derzeit zumindest ansatzweise in Spanien.

Glaubt man den Studenten, gefährdet der Bologna-Prozess die Unabhängigkeit der Bildung, die Freiheit der Forschung und die Gerechtigkeit des Systems. Bologna öffne die Tür für Einfluss der Wirtschaft, außerdem seien die Masterplätze zu rar und zu teuer. Die Art und Weise, wie die Neuerung zustande kam und wie sie umgesetzt werden soll,

empört die Spanier. Eine ausreichende Rücksprache mit der Basis, mit Professoren, Mittelbau, Verwaltung und natürlich den Studierenden gab es nicht. Damit hätten viele der jetzt offenbar werdenden Ungereimtheiten von vorne herein im Vertrag von Bologna vermieden werden können. Stattdessen wurde auf höchster europäischer Ebene entschieden, was nunmehr für alle Mitgliedsstaaten zu gelten habe.

Klar ist: Nicht alles, was Bologna fordert, ist schlecht. Die Hochschule nach humboldtschem Ideal entspricht nicht mehr den Ansprüchen unserer Zeit. Wegen der Fülle der politischen und demographischen Ansprüche und ‚Sachzwänge’ und aufgrund der selbstverschuldeten, komplizierten Hierarchien wurden die Unis zu „überlebenstüchtigen Versagern“. Sie bedurften einer Reform.

Doch warum wehrten sich die Studierenden in Deutschland nicht wirklich nachhaltig, als der Bologna-Prozess begann? Erst vor kurzer Zeit ist der durchaus mit Idealismus und Energie geführte Kampf gegen die Studiengebühren zu Ende gegangen. Aber der Widerstand war nicht ausreichend – von oben wurden und werden Tatsachen geschaffen, die nachträglich nur schwer verändert werden können. Die Studiengebühren sind Realität und werden es wohl auch vorerst bleiben. Mitbestimmung, so der Eindruck vieler, ist nicht erwünscht; sie durch Demonstrationen, Streiks oder andere Aktionen einzufordern, führt zu nichts.

Diese Grundstimmung ist nicht nur in der Universität zu beobachten. Auch bezogen auf die Politik fällt in Deutschland immer wieder das Wort „Verdrossenheit“: Den Parteien fehlen Nachwuchspolitiker, die Wahlbeteiligung war bei Europawahl und Bundestagswahl erschreckend gering. Fast schon bezeichnend für die Protestkultur der deutschen Studenten ist, dass sich ihre Professoren nun an ihrer Stelle wehren: Eine Riege von mehr als zwanzig Hochschullehrern aus mehreren Unis von Dortmund bis Duisburg schlägt jetzt die Wiedereinführung des Diploms vor – parallel zum Bachelor – dort wo es sinnvoll ist.

Bestandaufnehmen in Ruinen

Sammelband zum Zustand der Universität

Rolf van Raden

Ulrike Haß / Nikolaus Müller-Schöll (Hg.)
Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution.
2008 Bielefeld: Transcript
ISBN 978-3-89942-907-7
156 S., 12,80 €

Im Oktober 2009 kündigte die Kultusministerkonferenz (KMK) an, man wolle nach Protesten von Studierenden und Lehrenden das umstrittene Bachelor/Master-System reformieren. Schnell stellte sich heraus: Die zentralen Paradigmen der Reform, die während des Bildungsstreiks im Sommer massiv in Frage gestellt worden waren, werden von der KMK weiter verteidigt. Wie gut, dass zumindest an anderer Stelle kontrovers und kritisch über den Zustand der Hochschulen debattiert wird. Einen solch kenntnisreichen Blick auf die „ruinierte Institution" Universität wirft ein kleiner Sammelband, den die Theaterwissenschaftler*innen* Ulrike Haß (Bochum) und Nikolaus Müller-Schöll (Hamburg) herausgegeben haben.

Was ist aus der modernen Universität geworden, die – zumindest ihrem humboldtschen Gründungsmythos nach – nur der Erkenntnis und der Wahrheit verpflichtet sein sollte? Von was spricht man, wenn man heute „Bildung" sagt? Und wie behauptet sich diese „Bildung" gegenüber Forderungen nach reiner Ausbildung, Effizienz und Exzellenz? In insgesamt elf Beiträgen antworten Philosoph*inn*en, Historiker*innen*, Literatur-, Kultur- und Theaterwissenschaftler*innen* auf diese Fragen – und zwar in einer Dichte, wie man sie sonst selten geliefert bekommt.

Der Bochumer Philosoph Bernhard Waldenfels etwa setzt dem Paradigma der Ökonomisierung ein Plädoyer für die Überschussproduktion entgegen, welche grundsätzliches Prinzip der universitären Forschung sein müsse. Die Hamburger Literaturwissenschaftlerin Marianne Schuller kritisiert in ihrem Beitrag, dass die gegenwärtigen Reformen einen Keil zwischen Forschung und Lehre treiben. Den Entscheidungsstrukturen an der Hochschule widmet sich die Wuppertaler Romanistin und Kulturwissenschaftlerin Ursula Link-Heer: Sie beschreibt die Beratung durch hochschulpolitische Lobbyisten als „Regimewechsel", der seit den 1990er Jahren „mit äußerster Brutalität und Gewalt in einem besinnungslosen Tempo durchgesetzt wurde". Versöhnlich zeigt sich dagegen die Berliner Politikwissenschaftlerin und SPD-Bundespräsidentschaftskandidatin Gesine Schwan: Sie macht die politisch-aufklärerische Rolle der Universität stark und erklärt, „dass gute, gleichsam ‚nachhaltige' Ausbildung keineswegs im Gegensatz zur Bildung steht."

Es ist eine Stärke des Sammelbands, dass mancher Text auch zum differenzierten Widerspruch anregt. Der Mannheimer Literaturwissenschaftler Jochen Hörisch etwa dignostiziert einen Bedeutungs- und Funktionsverlust der Universität. Etwas widersprüchlich beklagt er einerseits die Formalisierung, Verschulung und Enterotisierung der ehemaligen „Alma Mater", um andererseits den notwendigen Stellenwert der Geisteswissenschaften ausgerechnet an Verwertungskriterien fest zu machen: „Zur Klärung der offensichtlichen Großprobleme zu Beginn des 21. Jahrhunderts tragen Genforschung, Neurophysiologie und Biochemie wenig bei; dazu braucht man vergleichende Religionswissenschaftler, Byzantinisten, Koranexperten, Kulturanalytiker, Historiker, Demographen, Textkundige, Psychologen, Politologen, Soziologen."

Dass so manchem Beitrag die eigene institutionelle Bedingtheit sichtbar eingeschrieben ist – dass hier also Wissenschaftler*innen* ihre eigenen Fachbereiche und Freiheiten zu verteidigen suchen – das kann nicht als Schwäche des Sammelbands ausgelegt werden. Denn gerade das kritische Nachdenken über die eigene Institution macht den authentischen Charme und die inhaltliche Qualität der Beiträge aus. Abschließend führt dies Mitherausgeber Nikolaus Müller-Schöll in seinem Aufsatz über die „Zukunft der Universität" beispielhaft vor, der einerseits auf einem hohen Abstraktionsniveau Jacques Derridas Schriften zur Universität heranzieht, um vor diesem Hintergrund andererseits politisch handhabbar die „Wunden" der aktuellen Hochschulreformen zu bestimmen.

Warum kümmern sich ausgerechnet Theaterwissenschaftler*innen* um diese Themen? Ulrike Hass und Nikolaus Müller-Schöll begründen das schon im Vorwort: Beide Institutionen, Universität und Theater, seien „auf das Engste mit der Idee der Aufklärung verknüpft und bilden Grundpfeiler für die Vorstellung der bürgerlichen Öffentlichkeit als eines Forums, in dem Fragen verhandelt werden können, welche die Gesellschaft als Ganze betreffen". Das ist eine plausible Antwort. Wer den vorliegenden Sammelband liest, dem kommen gleich zwei weitere gute Gründe in den Sinn: Weil sie es können, und weil es sonst viel zu wenige tun.

Radikale Rechte in Europa

Ein subjektiver Tagungsbericht

Martin Dietzsch

Vom 8. bis 10. Juli 2009 fand in Greifswald eine interdisziplinäre Fachtagung statt zum Thema „Europas radikale Rechte und der Zweite Weltkrieg". Als Referenten konnten von der Tagungsleitung wichtige Vertreter der Faschismusforschung gewonnen werden, unter ihnen Zeev Sternhell aus Jerusalem und Roger Griffin aus Oxford.[1]

Die Referate wissenschaftlicher Tagungen kann man in der Regel auch später nachlesen. Die Strapazen der Anreise und der Teilnahme lohnen sich aber dennoch, wenn man einen unmittelbaren Eindruck von den Referenten, vom Publikum und von der Stimmung gewinnen will. Das könnte auch kein Internet-Videostream ersetzen. Die Exkursion in's ferne Greifswald habe ich nicht bereut. Es war spannend zu beobachten, wie die doch ziemlich heterogene Schar der Referentinnen und Referenten und das ebenso heterogene Publikum miteinander kommunizierten, wie sich gegensätzliche Positionen manchmal sogar ein Stück annäherten. Akademische Hahnenkämpfe gab es erfreulicherweise nicht und unappetitliche Debatten, z.B. ob nicht Antisemitismusforscher die allergefährlichsten Antisemiten seien, blieben dem Beobachter erspart.

Diese Klippen umschifft zu haben, ist sicherlich auch das Verdienst der professionellen Tagungsregie von Claudia Globisch, Agneszka Pufelska und Volker Weiß vom Villigster Forschungsforum zu Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus.

Zeev Sternhell entwickelte seine Auffassung, dass die Gegenaufklärung keine Antimoderne, sondern eine zweite, anti-universalistische Moderne war und dass sie keineswegs erst als Reaktion auf die Französische Revolution entstand, sondern schon viel früher. Vertreter waren Herder, Burke und de Maistre. Sternhell meldete sich auch nach seinem Vortrag etliche Male in der Diskussion zu Wort, sympathisch, ohne Selbstdarstellerei und immer mit einem Fünkchen Witz.

Während die Referate zur deutschen extremen Rechten der Gegenwart den anwesenden nichtakademischen Kennern der Szene wenig Neues brachten, boten die Vorträge über Osteuropa interessante und wenig bekannte Informationen. So z.B. der Beitrag von Magdalena Marsovsky über das Budapester „Haus des Terrors". Dabei handelt es sich um ein Museum, in dem die Ungarn kollektiv als Opfer zweier Totalitarismen stilisiert werden, wobei die NS-Herrschaft und die Judenvernichtung allenfalls am Rande vorkommen. Vollkommen ausgeblendet werden einheimische faschistische Bewegungen, Antisemitismus und Kollaboration.
Wolfgang Wippermann verwies in seinem Vortrag auf Parallelen zwischen Antisemitismus und Antiziganismus, ein Thema, mit dem er sich schon seit längerer Zeit beschäftigt und für das er Fakten aufweist, die man nicht einfach von der Hand weisen kann. Glücklicherweise blieb in der Diskussion der Vorwurf aus, er wolle die Shoa relativieren. Wippermann vertrat, wie schon einige Zeit zuvor in einem Artikel im „Freitag"[2], die These, angesichts der Pogrome gegen Roma in einigen Ländern Osteuropas habe sich in den letzten Jahren eine Bewegung zur Errichtung eines eigenen Staates gebildet. Er parallelisierte sie mit dem frühen Zionismus. In den nächsten Jahren stehe uns möglicherweise so etwas wie eine Roma-Intifada ins Haus. Das war natürlich starker Tobak. Ich nahm seine Ausführungen als Warnung, das Problem nicht mehr länger zu verdrängen, und nicht als Hoffnung auf einen Aufstand der Unterdrückten.
Roger Griffin plädierte - wie immer mit Verve - für die Verwendung des Faschismusbegriffs und dafür, den Faschismus als eigenständige Ideologie zu begreifen.
„Wissenschaftlicher Faschismusbegriff" statt „Extremismusbegriff" war der gemeinsame Nenner nicht aller, aber vieler Beiträge dieser Tagung. Allerdings machte nur Wolfgang Wippermann in einem Diskussionsbeitrag explizit darauf aufmerksam, dass hauptamtliche Mitarbeiter des Verfassungsschutzes im Wissenschaftsbereich agieren und versuchen, dort den Extremismusbegriff zu etablieren. Unabhängige Wissenschaft muss sich gegen solche Versuche zur Wehr setzen.

1 Ich möchte hier nur einige subjektive Eindrücke wiedergeben. Für eine inhaltliche Zusammenfassung verweise ich auf die Rezensionen von Stefan Vogt auf H-Soz-u-Kult (http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2727&count=399&recno=12&sort=datum&order=down&geschichte=108) und von Frank Schubert in der jungle world 31-2009 (http://jungle-world.com/artikel/2009/31/36481.html).
2 Bald schlagen wir zurück. Freitag 9.2.2007, http://www.freitag.de/2007/06/07060601.php

phishing mit Bismarck

Jobst Paul

Google reagiert bei *Ferdinand von Bismarck,* dem 79-jährigen Urenkel des Eisernen Kanzlers und heutigen Chef des Fürstenhauses, etwas ratlos und verweist auf ein SPIEGEL-Dossier. Dort haben sich in der Tat insgesamt drei Meldungen angehäuft: 1996 bekämpften Bismarcks Erben den Ausbau der IC-Trasse durch den Sachsenwald, ein Jahr später eröffnete *Ferdinand* im kleinen Kreis seine rechtslastige Bismarck-Stiftung.

Da der SPIEGEL den vor allem von der WELT reportierten Drogentod des Sohns, des 44-jährigen Gottfried Graf von Bismarck in London (2007), übergeht, bleibt dem SPIEGEL-Archiv aus dem Leben des Bismarck-Urenkels nur noch zu berichten, dass dieser seit Juni 2008 unter dem Motto *Deutschland driftet nach links!* mit Briefkopf und Photo bundesweit um die Rettung Deutschlands vor der sozialistischen Machtübernahme, d.h. vor „Krieg, Stacheldraht und Diktatur“ bittet, hauptsächlich aber um die Zeichnung von Abonnements für die *Junge Freiheit*.

Dort gab er Anfang Juli 2008 auch ein Interview, mit dem das Blatt *Ferdinands* Eignung als Werbeträger herausstellte:

Bismarck: „Ich gehöre der CDU seit über dreißig Jahren an und glaube, es gehört zu meinem Selbstverständnis, nicht einfach von der Fahne zu gehen, wenn die Lage schwierig wird. So mancher Junker ist in der preußischen Geschichte schon an der Politik des Königs verzweifelt, aber er hat sich dennoch stets in der Verantwortung gegenüber seinem Vaterland gefühlt.“

JF: „Die Sie wie wahrnehmen? Sie sind nie in der Politik aktiv gewesen.“

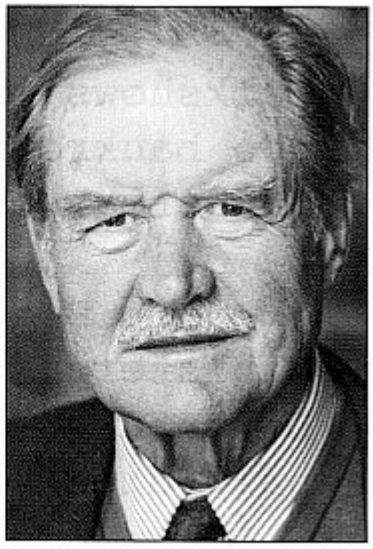
Bismarck: „So ganz stimmt das nicht. (…) Seit den siebziger Jahren bin ich CDU-Mitglied und war auch mehrere Jahre Ortsvorsitzender hier in Aumühle.“

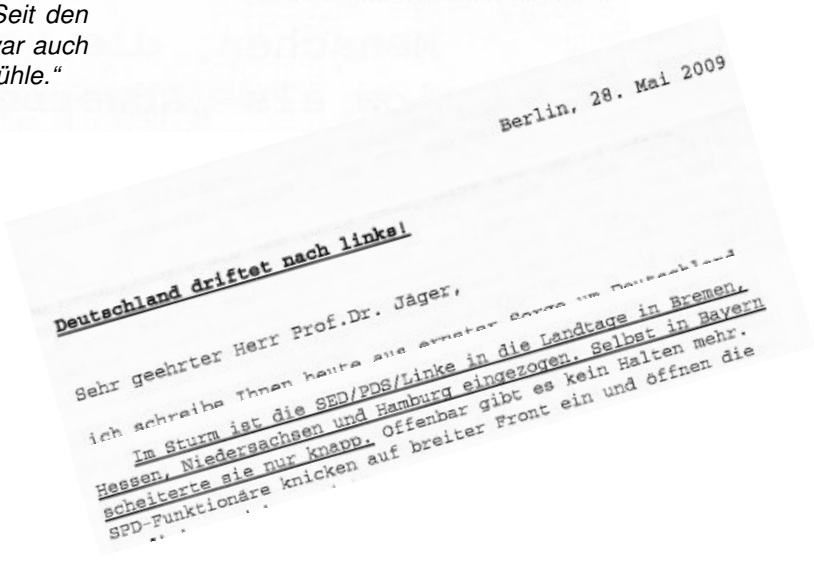
Die Brief-Postwurfsendung erreichte ein Jahr später (im Mai 2009) nicht nur *Herrn Prof. Dr. Siegfried Jäger* privat, sondern auch das Steinheim-Institut für Deutsch-Jüdische Geschichte, Duisburg. Der angeschriebene *Herr Prof. Dr. J.H. Schoeps* ist freilich seit 1991 nicht mehr Direktor des Instituts und das JF-Adressmaterial offensichtlich angegraut.

Tatsächlich versteht der JF-Leserdienst seine Adress-Verwaltung als Teil des politischen Kampfes: Auf dem beigefügten Bestellformular soll sich der künftige Abonnent zwar mit der Speicherung seiner Daten durch die JF einverstanden erklären, aber nur unter Protest. Dazu hat Frau Greb vom JF-Leserdienst einen Text vorformuliert, der nur noch unterschrieben werden muss – gegen die „absurde“ Vorgabe, dass eine solche Einverständniserklärung abgegeben werden muss. „So erstickt die Freiheit.“

„Ich erkläre also aus freien Stücken, daß ich ausdrücklich damit einverstanden bin, daß Sie meinen Wissensdurst stillen, indem Sie mit mir kommunizieren. Denn ohne Adresse kann man schlecht etwas mit der Post zusenden. Und ohne Telefonnummer kann man schlecht anrufen.“

Zugleich appelliert der JF-Leserdienst an potentielle Abonnenten, die Revolte nicht zu weit zu treiben und lieber die publizistische Arbeit der JF zu unterstützen, „indem Sie diesen Antwortumschlag ausreichend mit 0,55 Euro frankieren. Vielen Dank!“





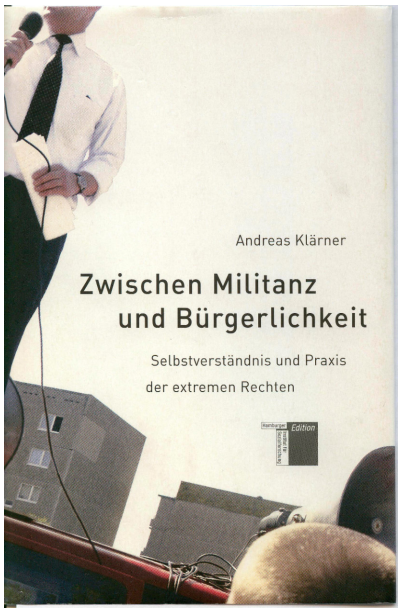
Berlin, 28. Mai 2009

Deutschland driftet nach links!

Sehr geehrter Herr Prof.Dr. Jäger,

ich schreibe Ihnen heute aus ernster Sorge um Deutschland.

Im Sturm ist die SED/PDS/Linke in die Landtage in Bremen, Hessen, Niedersachsen und Hamburg eingezogen. Selbst in Bayern scheiterte sie nur knapp. Offenbar gibt es kein Halten mehr. SPD-Funktionäre knicken auf breiter Front ein und öffnen die



Andreas Klärner
Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten
2008 Hamburg: Hamburger Edition
ISBN 978-3-936096-93-4
346 S., 25 €

„Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit" ist die äußerst lesenswerte Auswertung einer zweijährigen Feldforschung, mit der der Rostocker Soziologe Andreas Klärner das „nationale" Milieu einer als „A-Stadt" bezeichneten mittelgroßen ostdeutschen Stadt erkundet hat. Der dortigen Szene, die von Klärner als „jung und agil" beschrieben wird, nähert er sich mit dem analytischen Instrumentarium der „Bewegungssoziologie". Er wertet sie also grundsätzlich als soziale Bewegung und klassifiziert ihre Akteure im Laufe der Studie entsprechend in „Bewegungselite", „Basisaktivisten" sowie schließlich das weitere „Umfeld". Zwangsläufig rückt dabei das Verhältnis frei agierender Kräfte zur NPD in den Mittelpunkt, da schnell klar wird, dass die NPD als treibende und vor allem strukturierende Kraft weit über ihre Mitglieder hinaus Wirkung entfaltet. Auch dem Autor öffnet sich die Szene erst durch Vermittlung eines führenden NPD-Kaders, der als „Türöffner" die Interviews ermöglichte, die der Arbeit das empirische Fundament liefern. Neben diesem unter hohem persönlichem Einsatz erhobenen Material und der gängigen Forschungsliteratur basiert die Studie auf der Auswertung interner Quellen und Debatten der Rechten. Das Ergebnis ist ein detailliertes Portrait einer lokal aktiven rechten Szene, ihrer Geschichte, sozialen Struktur und – oftmals fragmentarischen und eklektizistischen – Ideologie.

Im besonderen Fall der ostdeutschen Stadt existierte der Kern der Szene bereits zu DDR-Zeiten, konnte aber aufgrund staatlicher Repression erst nach 1989 offen agieren. Auf einige Jahre unorganisierter Gewalt folgte ab Mitte der 90er das Konzept der „Freien Kameradschaften", das auch rechtsterroristische Aktivitäten einschließt. Ein nächster Schritt bestand im Zusammengehen mit der aus dem Westen importierten NPD. Diese strategische Umorientierung von der reinen Ausübung des Terrors gegen den Gegner auf die politische Bühne beschreibt Klärner auch als einen Lernprozess infolge der zunehmenden gesellschaftlichen Ächtung rassistischer Gewalt. Mit zunehmender Einbindung in organisierte Strukturen, so eine wichtige Beobachtung, ließ die diffuse Straßengewalt zunächst nach. Die Szene begann, Wert auf ein zivileres Erscheinungsbild zu legen und versuchte, sich in kommunalpolitischen Fragen zu profilieren. Damit beschreibt die Studie präzise die Strategie der Normalisierung, also den Versuch, nationalsozialistischen Inhalten durch ein bürgerlichen Vorstellungen eher gemäßes Auftreten zur politischen Mehrheit zu verhelfen. Vor allem hier übten parteipolitisch organisierte Kader ihren Einfluss aus. Aus dem brutalisierten Jugendmilieu wurde durch Verzahnung mit der NPD eine ideologisch und organisatorisch gefestigte Naziszene. Da mit diesem Prozess eine Disziplinierung der Aktivisten einherging, die mit einer vorläufigen Beruhigung der Situation zusammengeht, wird er meist als Endradikalisierung missverstanden. Dabei kündigt die relative Ruhe, wie Klärners Arbeit zu entnehmen ist, nur den nächsten Schritt an: den Aufbruch zum Marsch durch die bürgerlichen Wohnstuben in die Kommunal- und Landesparlamente. Unter Vermeidung negativer Schlagzeilen sehen sich ehemalige rechte Schläger auf dem Weg zum Vollstrecker des Mehrheitswillens „ihre Volkes". Klärner sieht hier ein offensichtliches Paradox: die Randgruppe, die sich auf eine schweigende Mehrheit zu stützen glaubt. Die Reihe der vorbestraften Kandidaten auf den NPD-Wahllisten gibt diesem Befund deutlich recht, wie auch Aussteiger aus der rechten Szene von einer stärkeren taktischen Reflexion der Gewaltanwendung berichten.

Klärners Arbeit verdeutlicht, dass die Grenzen innerhalb des rechten Milieus lange nicht so klar verlaufen, wie es eine totalitarismustheoretisch orientierte Politikwissenschaft oftmals glauben machen will. Gerade durch seine netzwerkhafte Struktur sind die Grenzen zwischen unterschiedlich radikalen Strömungen fließend. So treffen sich in der NPD und ihrem Umfeld ebenso Burschenschafter wie Angehörige von Jugendsubkulturen oder dem militanten „Nationalen Widerstand". Bemerkenswert an den Interviews ist auch, dass sich die einstmals heroische nazistische Identität in ein recht klägliches Selbstbild als Opfer von „Globalisierung und überstaatlichen Mächten" gewandelt hat. Trotz dieses Selbstmitleids besteht aber kein Zweifel daran, dass sich die Protagonisten dieser Bewegung in einer neuen nationalsozialistischen „Kampfzeit" wähnen. Immerhin: die gute Nachricht angesichts der Ergebnisse der Bundestagswahl ist also, dass der NPD der letzte Schritt „in die Parlamente" bislang nicht weiter gelungen ist. Die breite Ächtung rechter Gewalt im öffentlichen Diskurs trägt hier deutliche Früchte. Doch zeugt Klärners Studie von einer sozialen Verwurzelung der Rechten in manchen Regionen, so dass sich dies in wenigen Jahren wieder ändern könnte und für Entwarnungen kein Anlass besteht.

Volker Weiß

Alexander Häusler (Hg.)
„Rechtspopulismus als ‚Bürgerbewegung'. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien"
2008 Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft
ISBN 3531159194
292 S., 24,90 €

Im Gegensatz zu alteingesessenen Parteien wie die NPD, DVU oder „Die Republikaner" gelang der rechten „Bürgerbewegung Pro Köln" bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln ein unerwarteter Wahlerfolg von 4,7 % der Stimmen. Ein groß angekündigter „Anti-Islamisierungskongress" auf dem Kölner Heumarkt im September 2008 entwickelte sich dank eines breiten antifaschistischen Engagements zu einer politischen Farce. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 30. August 2009 feierte Pro Köln mit 5,36 % der Stimmen einen Achtungserfolg. Mit einem anti-islamistischen Rechtspopulismus feierte die „Bürgerbewegung Pro Köln" mit lokalen Kampagnen gegen einen geplanten Moscheebau in Köln-Ehrenfeld erste kommunalpolitische Erfolge. Dieses Modell soll nun sowohl landesweit („Bürgerbewegung Pro NRW") als auch bundesweit („Bürgerbewegung Pro Deutschland") ausgebaut werden. Die „Bürgerbewegung Pro NRW" erreichte bei den Kommunalwahlen landesweit 46 Mandate in den Kreistagen, Stadträten und Bezirksvertretungen. Dieser Trend soll bei der Landtagswahl im Jahr 2010 bestätigt werden.

Unter dem Titel „Rechtspopulismus als ‚Bürgerbewegung'. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien" erschien im Sommer 2008 ein von Alexander Häusler herausgegebener Sammelband, der den Versuch startet, „dieses Partei- und Kampagnenmodell im Kontext der Debatten um Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Islamfeindlichkeit detailliert zu beschreiben und systematisch wie phänomenologisch einzuordnen." (12)

Dies geschieht in vier analytischen Schwerpunkten. Im ersten Teil wird der Begriff des Rechtspopulismus in den Beiträgen von Karin Priester und Alexander Häusler unter Heranziehung jüngster Forschungsergebnisse der Rechtspopulismusforschung näher untersucht. Diese beiden Darstellungen gehen jedoch nicht auf die Tatsache ein, dass Populismus als Politik und Regierungsstil in westeuropäischen Parteidemokratien weit verbreitet ist.[1]

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Organisation sowie Agitation der Pro-Bewegung und dem Verhältnis zu anderen rechtsextremen Parteien in der BRD. Angesichts der Tatsache, dass die „Bürgerbewegung Pro Köln" bei dem Kommunalwahlen 2004 ca. 10% der Stimmen von ErstwählerInnen bekam, ist der Beitrag von Hans Peter Killguss und Jan Schedler zur Jugendarbeit von PRO Köln und PRO NRW aufgrund der inhaltlichen Analyse der Schülerzeitung „Objektiv" erwähnenswert.

Im dritten Teil werden die rechtspopulistischen Kampagnen in den Zusammenhang von Konfrontationen um Islam und Moscheebau in der BRD gestellt. Unter den qualifizierten Beiträgen ist der Aufsatz von Kemal Bozay über die Auseinandersetzung um den geplanten Moscheebau in Köln-Ehrenfeld besonders aufschlussreich. Bozay arbeitet eine „Ethnisierung des Sozialen" heraus und deutet dies als Ausgrenzungsprozess, der in der Gesellschaft Minderheiten herstellt, sie negativ beschreibt und dadurch Privilegien der herrschenden Mehrheitsgesellschaft festigt. Im vierten Teil werden verschiedene Maßnahmen und Gegenstrategien zu den antiislamistischen Kampagnen in den Kommunen diskutiert. Diese Beiträge sind kompetent praxisorientiert dargestellt. Eine Darstellung aus internationaler Perspektive wie z.B. Österreich, Niederlande, Belgien oder der Schweiz, wo rechtspopulistische Parteien in den letzten Jahren Wahlerfolge feierten, wäre wünschenswert gewesen, da die Pro-Bewegung vor allem von der österreichischen FPÖ und dem belgischen Vlaams Belang Strategieelemente und Argumentationsweisen übernahm.

Insgesamt gesehen bietet der Sammelband einen ersten Einstieg in die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der „Bürgerbewegung Pro Köln" und ihren landesweiten („Bürgerbewegung Pro NRW") und bundesweiten („Bürgerbewegung Pro Deutschland") Ausdehnungen. Vor allem die aufgezeigten Handlungsstrategien gegen die Pro-Bewegung in den Kommunen verdienen Beachtung. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine intensivere Auseinandersetzung vor allem mit der „Bürgerbewegung Pro Köln" weiterhin erforderlich ist. Neben der antiislamistischen Agitation versucht Pro Köln besonders bei den Themenbereichen Innere Sicherheit, Korruption, „Bürgernähe" und „Abwehr des Multikulturalismus" im Hinblick auf die anstehenden Kommunal- und Landestagswahlen in den nächsten beiden Jahren zu punkten.

Michael Lausberg

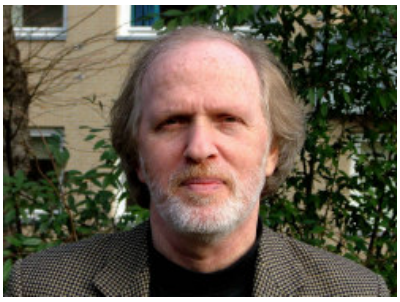
1 Jun, U.: Populismus als Regierungsstil in westeuropäischen Parteidemokratien: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, in: Decker, F. (Hrsg.): Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv, Bonn 2006, S. 233-254, hier S. 233f

Eine neue Nahostpolitik der USA?

Moshe Zuckermann

Die Frage, ob es eine wirklich neue Nahostpolitik der USA gebe, kann vordergründig als trivial und unzulässig zugleich abgeschmettert werden. Trivial – weil nicht in Frage gestellt werden kann, daß das, was unter George W. Bush die Nahostregion (und nicht nur sie) acht Jahre lang gebeutelt hat, mit der Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten an sein Ende gelangt ist. Obamas Weltsicht ist eine andere als die seines Vorgängers; daran kann nicht gezweifelt werden, mag man die Ausrichtung des neuen Präsidenten nun mögen oder nicht. Unzulässig – weil eine solche Frage, die ja eines der komplexesten, mithin am schwierigsten zu lösenden Konflikte der bestehenden Weltpolitik tangiert, nicht nach einem dreiviertel Jahr der Amtsperiode Obamas als US-Präsident gestellt werden kann. Obama hat zwar mit einiger Rasanz und erheblicher rhetorischer Verve die neuen Koordinaten seiner Ausrichtung auf die islamische Welt überhaupt und den Nahen Osten im besonderen verkündet, um aber recht bald feststellen zu müssen, daß zwischen der Proklamation seiner Maximen und ihrer praktischen Umsetzung realpolitisch eine nicht gar zu leicht zu überbrückende Diskrepanz besteht. Absichtserklärungen sind noch keine implementierte Politik; und wenn sie ernstgenommen werden wollen, muß man ihnen die Zeit zur Heranreifung der Bedingungen für ihre Verwirklichung lassen.

Und doch darf die Frage für legitim und relevant erachtet werden. Denn die Antwort auf sie betrifft etwas Grundsätzliches, das gemeinhin mit Vorbedacht außer Acht gelassen wird. Allzu leicht und gern wird nämlich die Politik der US-Einmischung in die Nahostregion (und nicht nur in diese) unter moralisierenden, zumeist emotional aufgeladenen Gesichtspunkten betrachtet und gewertet. Von fast familiär anmutenden Gesinnungsverwandtschaften ist da die Rede; eine Affinität zwischen Israel als „einziger Demokratie im Nahen Osten“ und



der demokratischen Tradition der USA wird behauptet, die dann in Zeiten kriegerischer „Demokratisierung“ der arabischen Welt (wie etwa im Irakkrieg) höchste Lobpreisung erfährt. Man braucht aber nur andere Verbündete, die sich die USA über Dekaden militärisch wie finanziell warmgehalten hat, mithin auch am Sturz welcher Regimes sie tatkräftig beteiligt waren, anzusehen, um sich das Geschwätz von der Demokratie-Liebe der USA in der Weltpolitik als krude Ideologie abzugewöhnen (wenn man sich’s denn abgewöhnen möchte).

Die Politik der USA (und davon ist auch Barack Obama nicht ausgenommen) mußte schon immer unter dem Gesichtspunkt geopolitischer Interessen anvisiert werden, wenn man die reale Handlungslogik dieser Weltmacht ergründen wollte. Die Möglichkeit einer Splendid Isolation ist spätestens mit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs und der Etablierung des Blocksystems irrelevant geworden. In dieser Zeit des Kalten Krieges galt der Nahe Osten als Region, auf die es unbedingt Einfluß zu nehmen galt, und zwar nicht nur, weil man kommunistischer Einflußnahme Einhalt gebieten wollte, sondern weil es handfeste materielle Interessen wahrzunehmen und zu verteidigen gab, allen voran die, welche die Energiepotentiale der Region betrafen. Bei dieser Politik der Einflußnahme konnte man sich mit einem „demokratischen“ Israel, das für den Kampf gegen die UdSSR-abhängigen Staaten instrumentalisiert werden mochte, gleichmaßen verbünden wie mit dem nun ganz und gar nicht demokratisch regierten Saudiarabien. Die Verbündungsgesinnung war stets elastisch. Sie ist es auch geblieben.

Als aber dann der Sowjetkommunismus zusammenbrach, änderte sich die Situation dahingehend, als die Einflußnahme nicht mehr an ideologisch definierten Feinden, wie sie das Blocksystem noch geboten hatte, orientieren konnte, wofür freilich eine ominöse „Achse des Bösen“ als Ersatz konstruiert wurde. Zu fragen ist gleichwohl, warum die USA heute, wo die Strukturvorgaben des Kalten Krieges evaporiert sind, keine rigorose Friedenspolitik im Nahen Osten angehen. Die Antwort darauf ist einfach: Sie brauchen keine Friedenspolitik zu betreiben, solange der gegenwärtige Zustand ihre geopolitischen Interessen nicht bedroht. Der nahöstliche Frieden war schon zu Clintons Zeiten (und ist es unter Obama vorerst geblieben) ein Nice-to-have, kein strukturell aufgezwungenes Muß. Die USA könnten, wenn sie wollten, Israel in kürzester Zeit in einen realen Friedensprozeß hineinpeitschen. Sie müssen es aber auch wollen, und sie wollen es bislang nicht unbedingt, weil sie es nicht müssen. Sollte sich Israels Außenpolitik so auswirken, daß die geopolitischen Interessen der USA ernsthaft bedroht würden, dürfte das verbündete Israel wie eine heiße Kartoffel fallengelassen werden; die Interessen der USA hätten allemal Priorität – daran würde keine, wie immer geartete „Lobby“ oder moralisierende Larmoyanz ändern. So weit ist es noch lange nicht – Israelis und Palästinenser dürfen sich also vorerst weiterhin gegenseitig niedermetzeln. Barack Obama könnte diese althergebrachte strukturelle Konstellation im Sinne einer veränderten Geopolitik neu auszurichten versuchen. Er hat auch bereits angekündigt, daß dies seine Intention sei. Ob er diese aber auch verwirklichen wird, muß vorerst abgewartet werden.

Vexierbild

Anmerkungen zu Jürgen Links Roman
Bangemachen gilt nicht auf der Suche nach der Roten Ruhr-Armee. Eine Vorerinnerung

Marianne Schuller

In einem wahrscheinlich 1928 geschriebenen Essay hat Ernst Bloch die alltägliche, gleichwohl rätselhafte Figur des ‚Déjà-vu' in den Horizont seines Denkens der Utopie gerückt[1]. Im Déjà-vu sieht Bloch nicht die Wiederkehr von etwas Gewesenem, sondern ganz im Gegenteil: die ‚Begegnung' mit etwas Nicht-Gewordenem: als Figurierung ungewordener Erlebnisse. Es sind „solche zwischen Lippe und Kelchesrand." Nach diesem ebenso fragilen wie haarscharfen Bild eines Zwischen – zwischen Lippe und Kelchesrand, zwischen eben noch und noch nicht – erscheint das Déjà-vu als Gegenwärtigkeit eines Ungewordenen, als Erfahrung eines nie Erfahrenen[2]. Blochs utopisches Denken ist nicht auf die Ausrichtung auf ein fixiertes Ziel, sondern auf die Öffnung eines beweglichen Raumes des Zwischen – zwischen Nicht-Mehr und Noch-Nicht – gerichtet.

Warum diese Erinnerung? Weil die Lektüre des großen Romans von Jürgen Link über revolutionäre Prozesse im Ruhr-Gebiet zurzeit und im Umfeld der Studentenbewegung sowie deren einstweilige Zerstreuung[3] bei aller literarischen Avanciertheit und aller enormen Denkkraft ein Déjà-vu in Permanenz auslöst[4]: Immer wieder stellt sich die Reaktion eines ‚So ist es' ein. Dabei handelt es sich nicht um eine beruhigte Feststellung, vielmehr erzwingt diese rätselhafte Reaktion unverzüglich Fragen: Kenne ich das? Woher kenne ich das? Wieso sage ich zu etwas, was ich nicht kenne ‚So ist es'? Wie also konstituiert sich diese Leseerfahrung des Déjà-vu, in der sich Wissen und Unwissen verschränken? Was für ein ‚Wissen' tut sich da auf und wie verhält es sich zum revolutionären Projekt dieses Romans? Schauplatz der verzweigten Geschichte ist das Ruhrgebiet im Zeichen des politischen Datums 1968. Es geht um die Zeit der Formierung linker, von Kollegen und Kolleginnen aus den Betrieben sowie von Studenten getragener Gruppierungen und Parteien wie es um deren Auflösung und Zerbröselung geht. Aber wie wird hier erzählt? Der Erzähler ist nicht der einsame, alles wissende Schöpfer, sondern eine sich pluralisierende, verschiedene Stimmen aufnehmende und empfangende Instanz. Dieses Erzähler-Subjekt behandelt die Sprache, in der es sich mitteilt, nicht als Besitz, vielmehr als das, was es mit anderen teilt. In dieser an Hölderlins Wechsel der Töne rührenden Vielstimmigkeit kommen Vorstellungen, Affekte, Reflexionen, Wünsche, Erfahrungen, die Not des Lebens zu Worte, die eine assoziale kollektive Textur bilden, in der gleichwohl das subjektiv Eigene spürbar nachklingt und vibriert. Die eingeflochtenen Stimmen und Diskurse, obwohl geradezu platzend von Wissen und Analyselust, bringen sich weniger konstativ als Wissen zur Sprache – zum Beispiel ein Wissen vom richtigen Weg zum Marxismus –, sondern als Diskurse, die das Ereignis, von dem sie sprechen, zugleich hervorbringen. Der Roman ist also nicht bloß eine Geschichte über die vergangenen revolutionären Bewegungen im Zeichen von 68, sondern das Ereignis eines Aufbruchs, der insofern nicht nur vergangen ist, sondern zugleich aussteht. Genau deswegen lässt einen dieser Text nicht in Ruhe, genau deswegen entlockt er einem mit seinen artistischen Simulationen und Fiktionen das „So ist es": das Déjà-vu als Auftauchen des Ungewordenen, des Ausstehenden, des vielleicht Kommenden.

Von hier aus erschließt sich auch die rätselhafte Gattungsangabe „Vorerinnerung". Die „Vorerinnerung" scheint zunächst etwas zu sein, das ‚vor' der Gegenwart einer Erinnerung liegt. Im kunstvollen Spiel von Simulationen und Fiktionen, also in einem Spiel des „als ob", wird dieses ‚Vor' der Erinnerung gleichsam vorgebracht und den realistischen Szenarien als Momente der Realität eingefügt. Damit nimmt der Roman die Züge eines Vexierbildes an: Das Vexierbild als ein Modus von Déjà-vu nämlich meint nicht ein Bild ‚hinter' oder ‚unter' dem manifesten Bild (wie es im metaphysischen Paradigma der Fall ist), sondern es ist im Bild, im Text, in dessen Oberfläche, nirgendwo sonst. Weder Abgesang noch Wiederauflage, sondern nachträgliche Öffnung auf ein Vor, welches das Nicht-Gewesene im Gewesenen der revolutionären Prozesse fingiert, entwirft die Vorerinnerung des Romans von Jürgen zugleich realistische Bilder von Zukünften. Wir wollen diese Vexierbilder lesen, lesen lernen.

---

1 Ernst Bloch, „Bilder des déjà-vu.", in: *Gesamtausgabe in 16 Bdn.* Bd. 9, 232-242.

2 Während das „uneigentliche des Déjà-vu allemal selber halb ist, indem es lediglich auf frühere Halb[...]erlebnisse zurückführt, und das nicht bestürzend, sondern hell, verstehend, lösend." Ebenda, 232/33.

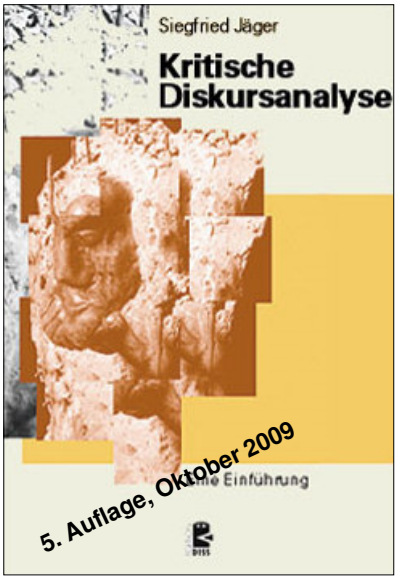
3 Jürgen Link, *Bangemachen gilt nicht auf der Suche nach der Roten Ruhr-Armee. Eine Vorerinnerung,* Oberhausen: Asso-Verlag 2008. (ISBN 978-3-938834-29-9, 924 S., 29,90 €)

4 Ich spiele auf eine Beobachtung, die Adorno einmal bezogen auf Kafka geäußert hat Theodor W. Adorno, „Aufzeichnungen zu Kafka", in: *Gesammelte Schriften,* Bd. 10/1, hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1977, 254-287.

Edition Diss Bd. 24
ISBN 978-389771-753-4
322 S., 29,80 €

Kurt Lenk
Von Marx zur Kritischen Theorie
Dreißig Interventionen

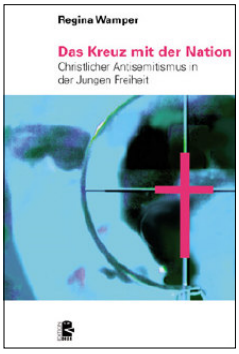
In den in diesem Band vereinten Texten geht es zum einen um Entstehung und Fortentwicklung der Marxschen Theorie und zum anderen um die Genese der Kritischen Theorie und ihrer spezifischen Marxrezeption.
Kurt Lenk geht es um eine Verständigung zentraler marxscher Schlüsselmotive, die er vor allem in den Kategorien »Dialektik«, »Ideologie« und »Revolution« ausmacht. Dabei handelt es sich zugleich um jene Begriffe, die im Selbstverständnis der Gründergeneration der »Frankfurter Schule« eine dominierende Rolle spielen.
Darüber hinaus werden einige der zentralen Themen »Politische Soziologie« in kritischer Perspektive aufgenommen. Im Vordergrund stehen Kategorien wie »Macht«, »Herrschaft« und »Elite« bzw. ihr Komplementärbegriff »Masse«.
Der Band bietet einen Zugang zu einer Theorietradition, die in vielen Zweigen der Sozial- und Geisteswissenschaften eingegangen ist. Im Zeichen von Finanz- und Wirtschaftskrisen könnten Impulse dieser kritischen Analysen erneut wirksam werden.



Siegfried Jäger
Kritische Diskursanalyse
Eine Einführung

Edition DISS Bd. 3
ISBN 3-89771-732-8
404 S., 24 €

Diskurse „können nicht unmittelbar verstanden werden, sondern müssen durch ein methodisches Instrumentarium diskursanalytisch erschlossen werden. Die D(iskurs)-Analyse hat sich nicht nur zu einem spezifischen kultur- und sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramm, sondern auch zu einer spezifischen Methodologie entwickelt, die die historische Rekonstruktion gesellschaftlicher Strukturen anleitet. Hervorzuheben ist die im Anschluss an Foucault verfasste ‚Kritische Diskursanalyse' Siegfried Jägers (1993), die theoretische und methodologische Überlegungen mit detailliert praktischen Analysen vereint." (Prof. Dr. Hannelore Bublitz im Lexikon ‚Soziologie und Sozialtheorie. Hundert Grundbegriffe')



Edition DISS Bd. 18
ISBN 978-3-89771-747-3
208 S., 22 €

Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation
Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit

Religion und Glaube spielen in der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung Junge Freiheit eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form von Judenfeindschaft ist und dass dieser christliche Antisemitismus mit Strategien des modernen und sekundären Antisemitismus verschränkt und gekoppelt ist.
Die diskursanalytische Studie richtet sich nach den zentralen Themen dieser Diskurse. Dazu gehören z.B. die Rede des damaligen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann von 2003, in der er mit antisemitischen Argumenten die Shoa zu relativieren versuchte, die Diskussionen um den Film »Die Passion Christi« von Mel Gibson sowie die Debatte um das Buch »Die katholische Kirche und der Holocaust« von Daniel Jonah Goldhagen.

Förderkreis des DISS

Als unabhängiges Institut finanziert sich das DISS über Drittmittel. Das ist nicht immer einfach. Deshalb existiert im DISS ein Förderkreis, der dabei hilft, einen Teil der Grundkosten des Instituts abzudecken.

Sie können die Arbeit des DISS mit einer monatlichen, jährlichen oder einmaligen Spende unterstützen. Sie erhalten dann das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den jährlichen Colloquien und Workshops eingeladen. Natürlich sind die Spenden steuerlich absetzbar.

Bitte spenden Sie auf das Konto 2 090 011 667 bei der Sparkasse Duisburg (BLZ 35050000).